

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

212 · Juni 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 483

Essay

WOLFGANG BEUTIN

Der Frühexpressionismus Kurt Hillers.
Literarische Anfänge und der »Neue Club« (1909-1913) 485

Sozialpolitik

MEINHARD CREYDT

Gesundheitswesen, Bildungswesen, Wissenschaften
und Sozialarbeit. Professionelle Tätigkeiten
als Gegenstand kritischer Reflexion 495

GARNET HELEN BRÄUNIG

Zwang und Soziale Arbeit – Ein Widerspruch in sich? 506

RICHARD SORG

Soziale Lage und Sozialpolitik in Deutschland 512

Linke Debatte

HEERKE HUMMEL

Warenwert, wo ist er geblieben? 522

STEFAN MÜLLER

Reflexionen über Dialektik.
Argumente für eine Neubelebung der Diskussion 530

Geschichte des Sozialismus

JÜRGEN MEIER

Der lange Schatten des Stalinismus 539

Zur Person

GÜNTER WIRTH
Harald Poelchau als Hochschullehrer 550

HARALD JENTSCH
Otto Brenner – ein Streiter um soziale Demokratie 554

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 562

Bücher & Zeitschriften

Oliver Hilmes:
Die Herrin des Hügels. Das Leben der Cosima Wagner
(KAI AGTHE) 564

Max Gustav Lange:
Zur Grundlegung der Erziehungswissenschaft.
Texte zur soziologischen Begründung
der Pädagogik 1946-1950
(EBERHARD MEUMANN) 565

Robert B. Marks:
Die Ursprünge der modernen Welt.
Eine globale Weltgeschichte
(BERND HÜTTNER) 567

Dirk Hoeges:
Niccolò Machiavelli. Dichter – Poeta.
Mit sämtlichen Gedichten, deutsch/italienisch
(ANDREAS HEYER) 568

Andreas Elter:
Propaganda der Tat. Die RAF und die Medien
(FRANK SCHUBERT) 569

Peter Ullrich:
Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus,
Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis
zu Judentum und Nahostkonflikt
(DIRK BIESTMANN-KOTTE) 570

Summaries 574

An unsere Autorinnen und Autoren

Impressum 576

VorSatz

Das Wort »overkill« bedeutet, dass mögliche kriegführende Seiten über Waffensysteme und Vernichtungspotenziale in solchen Mengen und Qualitäten verfügen, dass sie in der Lage sind, sich wechselseitig mehrfach völlig zu vernichten. Die Ursprungsidee dieses Konzeptes wird Alfred Nobel (1822-1896), dem Erfinder des Dynamits und Stifter des Nobelpreises, zugeschrieben, der die Auffassung vertrat, dass die Rüstung der Neuzeit Waffen entwickeln kann, die ob ihrer Vernichtungspotenziale mögliche Kriegsgegner von Kampfhandlungen abhalten werden, also mögliche Zerstörungskraft als Abschreckung. Die Geschichte hat gezeigt, dass sich Alfred Nobel geirrt hat.

Die durch das Ende des »Kalten Krieges« bewirkte Aufhebung äußerer Bedrohungen für die USA und die anderen Mächte der kapitalistischen Metropolen hat keineswegs dazu geführt, dass militärische Vernichtungspotenziale verringert oder gar als überflüssig abgebaut werden. Die USA, in ihrem Gefolge die NATO und verstärkt auch die Europäische Union beweisen gegenwärtig in der Praxis, dass sie keine äußere Bedrohung – etwa seitens feindlicher Nachbarstaaten – brauchen, um weiter zu rüsten und ihre militärischen Potenziale zu modernisieren. Sie definieren für sich eine neue Bedrohung und einen neuen Feind, den »internationalen Terrorismus«. Anlass dafür sind die Anschläge auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon am 11. September 2001. Nach wie vor sind bei weitem nicht alle Umstände und Zusammenhänge aufgeklärt. Zu konstatieren ist aber eine erhebliche Disproportionalität zwischen Anlass und Reaktion: Bei aller Tragik waren die menschenverachtenden terroristischen Anschläge punktuell; die Reaktion darauf gerät global. Die USA behalten es sich allein vor, »Schurkenstaaten« zu benennen (oder diesen Status gleichsam nach Belieben wieder aufzuheben oder zu suspendieren) und geostrategische Räume terroristischer Aktivitäten zu definieren. Damit einher gehen qualitative Veränderungen in den militärstrategischen Konzeptionen, den entsprechenden Planungen und realisierten Entwicklungen: Von einer bilateralen Bedrohung und damit bilateralen overkill-Potenzialen zu einer als möglicherweise global denunzierten Bedrohung und real hergestellten, global einsetzbaren Vernichtungspotenzialen. Das semantische Problem – die Annahme einer imaginären Bedrohung einerseits, die Realisierung global einsetzbarer Vernichtungspotenziale andererseits – ist ein existenzielles Politikum, das öffentlich weitgehend unbemerkt bleibt.

»Rüstungskontrolle und Abrüstung werden zur Zeit zurückgefahren«, führte Professor Götz Neuneck vom Institut für Friedensfor-

schung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg Ende April im Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus. Weltweit sind die Rüstungsausgaben seit 1999 wieder stark angestiegen, sie lagen 2006 erheblich über dem Stand von 1992. Der Anstieg wird vor allem durch die USA bewirkt, die in dieser Zeit ihre Rüstungsausgaben etwa verdoppelt haben. Nahezu zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben werden in den USA und dem übrigen NATO-Raum (insbesondere der EU) realisiert.

Zwei Entwicklungsrichtungen werden forciert und miteinander verschränkt: die Ausweitung und die Modernisierung. Während die meisten aktuellen internationalen Konflikte mit konventionellen Mitteln geführt werden (nicht ohne, dass die Großmächte als Waffenexporteure davon profitieren), wurden und werden die Kriege in Nahost, im Kosovo, in Afghanistan, Tschetschenien und im Irak mit Mitteln der Hochtechnologien geführt. Das umfasst die modernen Möglichkeiten der Aufklärung, Präzisionswaffen, neue Waffenwirkungen, Diversifizierung von Waffensystemen, den möglichen globalen Zugriff, Raketenabwehrsysteme etc.; ihre makabre Wirksamkeit wird durch die »Computerisierung«, durch Netzwerk-zentrierte Kriegsführung erheblich erhöht. Das hat ideologische Nebeneffekte. Krieg wird gleichsam als Computerspiel inszeniert, das produziert Distanz und Entfremdung, der Feind erscheint virtuell. Zugleich wird verschleiert, dass höhere Präzision und Zielgenauigkeit keine Reduzierung von Schäden bedeuten. Es ist zu erwarten, dass auch alle weiteren Kriege, an denen die USA beteiligt sein werden, für Tests modernisierter Waffen und Waffensysteme genutzt werden – ein Schneeballeffekt.

Nachdem es nach 1987 zu Abrüstungsschritten auf dem Gebiet der Kernwaffen gekommen war, kann die jetzt eingetretene Stagnation oder gar Umkehrung nicht übersehen werden. Die Arsenale sind nach wie vor groß, der ABM-Vertrag (Begrenzung von Raketenabwehrsystemen) ist gekündigt, START II (weitergehenden Reduzierung strategischer Waffen von 1993) wird nicht umgesetzt, der Vertrag zum Verbot der Weiterverbreitung wird ausgehöhlt und die Gefahr der Weltraumrüstung wird immer größer. Damit bleiben die Risiken von Nuklearwaffeneinsätzen hoch, sei es durch Unfälle o. ä. oder sei es regional, und es wächst in der Tat die Gefahr eines »Nuklearterrorismus«.

Unter dem Titel »Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland« hat die Bundestagsfraktion von CDU/CSU ein Konzept vorgelegt, das belegt, dass ein Teil der deutschen politischen Elite dabei sein will bei einer global ausgerichteten militärischen Interessenpolitik der kapitalistischen Metropolen. »Ziel ist es, präventiv Sicherheitsrisiken zu minimieren und dort schnell und effektiv eingreifen zu können, wo sich für unsere Sicherheit relevante Krisen konflikthaft zuspitzen«, Energie- und Rohstoffversorgung sind dabei eingeschlossen.

Das Fazit ist alles andere als beruhigend: Im Vergleich mit 1978, dem Jahr der »Nachrüstung«, ist die Rüstungsdynamik ungleich höher, die Bedrohungs- und Vernichtungspotenziale haben ein qualitativ höheres (d. h. gefährlicheres) Niveau erreicht. In einem klaren Missverhältnis dazu – im Gegensatz zu 1978 – steht die relative Schwäche der Gegenkräfte, der Friedensbewegung. Das muss nicht so bleiben, das darf nicht so bleiben.

WOLFGANG BEUTIN

Der Frühexpressionismus Kurt Hillers

Literarische Anfänge und der »Neue Club«
(1909-1913)

Kurt Hiller (1885-1972) begann seinen Weg als Schriftsteller nach einem Jurastudium mit einem rechtsphilosophischen Buch (»Das Recht über sich selbst«) 1908. Ein Jahr später gründete er zusammen mit einigen Freunden in Berlin den »Neuen Club«. Mit diesem etablierte sich in Berlin der Frühexpressionismus. In den Folgejahren wurde Hiller der herausragende Vordenker der Berliner Moderne.¹ Er veröffentlichte zahlreiche literaturtheoretische und kritische Essays, Abhandlungen und Glossen, dazu Aphorismen, eine avantgardistische Lyrik-Anthologie (»Der Kondor«, 1912) und eigene Lyrik. Um die Zeit des Ersten Weltkriegs entwickelte er sich zu einem politischen Autor, dessen Beiträge in einflussreichen Zeitschriften der Linken erschienen, während der Weimarerzeit z. B. recht regelmäßig in der »Weltbühne«.

Hiller verbrachte ein knappes halbes Jahrhundert in Berlin; Unterbrechungen durch Studium, Reisen und Haftzeiten (1933/34) abgerechnet, die Jahre 1885-1934. Hiernach zwangen ihn die politischen Verhältnisse, nach schweren Drangsalierungen in mehreren Konzentrationslagern und der unerwarteten glücklichen Freilassung in die Emigration zu gehen. Im Exil verbrachte er 21 Jahre, vier in Prag und siebzehn in London, von 1934-1955. Er war schon siebzig, als er remigrierte und seinen Wohnsitz in Hamburg nahm. Kurt Hiller erlebte – oder beobachtete – vier Perioden deutscher Geschichte (Kaiserzeit, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Nachkrieg) –, die seine Biographie und sein Wirken tief prägten. Vorzugsweise beteiligte er sich an ihnen, indem er sich den darin jeweils dominierenden Tendenzen widersetzte. Das nannte er: »Leben gegen die Zeit«. So der Titel seiner Autobiographie².

Am Beginn des 21. Jahrhunderts steht es um die Bekanntheit von Hillers Werk weniger gut als um diejenige anderer Autoren seiner Epoche. Zu Lebzeiten des Verfassers gab es nur eine Handvoll wissenschaftlicher Veröffentlichungen über ihn, die meisten davon Artikel, Lexikoneinträge oder Rundfunksendungen, dazu eine Bibliographie. Nach Hillers Tod war seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein allmählicher Wandel zu verspüren, die literaturwissenschaftliche Forschung setzte ein, und es entstanden Anthologien mit Texten von ihm und seinen literarischen Gefährten, Neudrucke von mehreren seiner Schriften, einige Sammelbände mit Abhandlungen, die ihm gewidmet sind, und einzelne Untersuchungen zu Teilaspekten seines Werks und Wirkens.³ Doch liegt bis heute keine Gesamtausgabe seiner Schriften und Briefe vor, es fehlt eine repräsentative

Wolfgang Beutin – Jg. 1934, Dr. phil., Privatdozent an der Universität Bremen, Arbeitsgebiet: Vergleichende Literaturwissenschaft, zahlreiche Publikationen; darunter Studien über Fritz Reuter und »Knief oder Des großen schwarzen Vogels Schwingen«.

1 Vgl. Heidi Beutin, Wolfgang Beutin, »Die entscheidenden Vorstöße befahl Kurt Hiller.« – Kurt Hiller als Theoretiker der Berliner Moderne, in: *Rinnsteinkunst? Zur Kontroverse um die literarische Moderne während der Kaiserzeit in Deutschland und Österreich, Frankfurt/M.* 2004 (= Bremer Beiträge zur Literatur- und Ideengeschichte, Bd. 44), S. 47-70.

2 Reinbek 1969.

3 Aufgelistet im Vorwort

zum 1. Band der Schriften der Kurt Hiller Gesellschaft 2001, S. 7 ff.

4 Dies trifft wesentlich auf Hillers Biographie und Schriften im Zeitraum von 1934-1972 zu. Grundlegende Materialien für das erste Vierteljahrhundert von Hillers literarischer Tätigkeit, darunter der wichtige Briefwechsel, wurden 1933 von den Beauftragten des NS-Regimes vernichtet. Dazu vgl.: Hillers Anmerkung 5, in: *Ratioaktiv. Reden 1914-1964*. Ein Buch der Rechenschaft, Wiesbaden 1966, S. 18.

5 Zur Erläuterung des Begriffs vgl.: Kurt Hiller, *Liebestanz der Ismen*, in: *Ratioaktiv*, wie Anm. 4, S. 163. Der Terminus war bereits um 1900 in Gebrauch. Siehe dazu: Franz Mehring, *Gesammelte Schriften*, Bd. 1, Berlin 1961, S. 183 (Text von 1898!).

Auswahlausgabe, eine umfassende Darstellung ebenfalls. Ein Grund für diese unerfreuliche Situation ist, dass Hillers literarische Hinterlassenschaft seit seinem Tode zunächst für dreißig Jahre von einem privaten Vermächtnisempfänger unter Verschluss gehalten worden war (1972-2002).

1998 wurde in Hamburg in den Räumen des Instituts für Germanistik I der Universität die Kurt Hiller-Gesellschaft gegründet, die als ihren Zweck die Erforschung der Biographie und des Werks von Hiller benennt. Ihr gelang es bereits nach fünf Jahren (2003), den literarisch außerordentlich ergiebigen Nachlass zu erwerben. Was sie seither verwaltet, ist ein umfangreicher Fundus an Manuskripten, Korrespondenzen (mit über 2 000 Partnern) und Handexemplaren. Damit sind die Bedingungen für die künftige Erforschung von Hillers Leben und Werk entscheidend verbessert worden.⁴

Berliner Moderne, Frühexpressionismus, Expressionismus

Die Berliner Moderne war als künstlerische Tendenz oder Richtung kein isolierter Regionalismus. Vielmehr bildete sie einen Ausschnitt aus einer Bewegung, die über Berlin hinausreichte, auch über Preußen, Deutschland und die deutschsprachigen Länder; diese war ein Ereignis umfassenden Charakters: die europäische Moderne. Wie andere regionale künstlerische Strömungen in Europa im letzten Drittel des 19. und ersten des 20. Jahrhunderts brachte auch die Berliner Moderne mehrere unterschiedliche Phasen hervor. In einer jeden davon dominierte eine besondere Teilströmung, die ihr den Namen gab und sich kennzeichnete durch ein spezifisches, manchmal exakt umrissenes, meist eher vages Programm und, damit zusammenhängend, eine eigentümliche Gestaltungsweise. Die künstlerischen Produktionen, die in jedem Abschnitt entstanden, gaben in der Regel ihre Zugehörigkeit zu diesem und damit zu einer der Teilströmungen zu erkennen. Es erweist sich, dass die Verfasser und bildenden Künstler in ihren Werken die ausgewählten Stoffe, Motive und Themen verarbeiteten, die ihnen die Theoretiker der Richtung nahelegten, und dass sie sich dabei der Gestaltungsmittel bedienten, die von der Programmatik postuliert worden waren.

Es fiel schon den Zeitgenossen auf, wie rasch die unterschiedlichen Teilströmungen einander ablösten, in ständig sich beschleunigendem Wechsel. In ihrer zeitlichen Erstreckung sind sie nicht immer exakt fixierbar, und zudem gab es Überlagerungen, so dass die Endphase der einen und die Anfangsphase der anderen zeitlich zusammenfallen konnten, womit temporär ein Nebeneinander entstand. Da sich für die Teilströmungen vielfach Bezeichnungen einbürgerten, die mit dem Suffix »-ismus« endeten (Naturalismus, Impressionismus, Expressionismus, Aktivismus usw.), nannte man sie, wenn man sie zusammenfassen wollte, gelegentlich kurz und lax auch »Ismen«. Kurt Hiller fand für ihr Neben- und Nacheinander den Ausdruck: »Liebestanz der Ismen«.⁵

Trotz einigen zeitlichen Überlagerungen ist die Abfolge der Phasen oder Teilströmungen der Berliner Moderne doch einigermaßen verlässlich bestimmbar. Sie hatte Anteil, manchmal: erheblichen Anteil an fünf Strömungen der europäischen Moderne, die meist unter einer Benennung mit »-ismus« auftraten, sonst als Sammelsurium

unterschiedlicher Bestrebungen, für die Namen teils auch wieder mit »-ismus« aufkamen, teils ohne diesen Bestandteil. Es sind: 1. der Naturalismus, in Deutschland von 1885 bis zum Ausklang des 19. Jahrhunderts; 2. ein Komplex von Richtungen, die um die Jahrhundertwende auftreten und die Dekade bis etwa 1910 anfüllen: Ästhetizismus, Fin de siècle, Décadence, Symbolismus, Impressionismus, Jugendstil. Für die Summe dieser Tendenzen war eine Zeitlang der zusammenfassende Begriff *Neuromantik* in Gebrauch. In der jüngeren Forschung heißen sie nicht selten die *Wiener Moderne*, also nach der Stadt, wo sie – oder mehrere davon – auffällig blühten; 3. der Expressionismus mit seinen unterschiedlichen Phasen, darunter der Frühexpressionismus, dazu die späteren vom Expressionismus abgeleiteten Bewegungen Aktivismus und Dadaismus, 1909/10-1924/25; 4. die proletarisch-revolutionäre Kunst (als Literatur, Malerei, auch als Film) im Folgejahrzehnt; 5. gleichzeitig die Neue Sachlichkeit. Diese Strömungen oder Komplexe von Strömungen, so unterschiedlich sie waren und so energisch sie – oder vielmehr ihre maßgeblichen Wortführer – sich gegeneinander abgrenzten, zeigen partiell doch vergleichbare Eigenschaften. Darunter die unleugbare Affinität zur Politik im Naturalismus, im Expressionismus (vor allem in seiner Gestalt als Aktivismus) und in der proletarisch-revolutionären Kunst, während es die übrigen geradezu charakterisierte, dass ihnen dieselbe Affinität fehlte; nicht nur das, sondern ihre Protagonisten erstrebten häufig auch die Entwicklung eines *unpolitischen* Kunstbegriffs.

Kurt Hiller wurde zum unzweifelhaft wichtigsten Theoretiker der Berliner Moderne in dem Zeitabschnitt, der mit den Stichwörtern *Expressionismus* sowie *Aktivismus* zu bezeichnen ist. Dichterische Werke gibt es kaum von ihm, weder epische noch Dramen. Charakteristisch für seine literarische Produktion ist vielmehr eine große Zahl von Glossen, Aufsätzen, Reden, Aphorismen, Besprechungen und Pamphleten.⁶ Er publizierte nicht einmal eine theoretische Grundschrift, will man nicht seine zweibändige Sammlung von Prosa-Kurztexten, die 1913 unter dem Titel »Die Weisheit der Langenweile« erschien, als solche bewerten.⁷ Der Ruf des Theoretikers Hiller beruht daher im Wesentlichen auf der Fülle von Kleintexten seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sowie auf den literarischen, politischen und juristischen Aktivitäten, die er gleichzeitig entwickelte.

Wann begannen diese? Bis gegen Anfang 1908, so berichtete ein Club-Mitglied, gefiel sich Hiller »in der Rolle des Ästheten vom Schlage Oscar Wildes« und war »noch keinesfalls der revolutionäre Aktivist«.⁸ Hiller selber neigte dazu, in der »Weisheit der Langenweile« sein Debut als Autor zu sehen, womit er den Beginn seiner eigentlichen Lebensarbeit auf 1913 datierte.⁹ Dagegen ist aber ein um ein Jahrfrüherer Beginn zu erwägen: im Jahr 1908, dem Erscheinungsjahr der strafrechtsphilosophischen Studie »Das Recht über sich selbst«¹⁰.

»Die Weisheit der Langenweile«, so Hiller, sei angesiedelt »an der (sozusagen) Dreikaiserinnenecke, wo Rechtsphilosophie, Politik und Litteratur zusammenstoßen«.¹¹ Richtig ist, dass er hier die drei Grundkomponenten benannte, die sein Denken und Schreiben sowie

6 Ausgezeichnete Übersicht: Harald Lützenkirchen: Vorläufige Gesamt-Bibliographie der Schriften Kurt Hillers, in: Rolf von Bockel, Harald Lützenkirchen (Hrsg.): Kurt Hiller. Erinnerungen und Materialien, Hamburg 1992, S. 125-201.

7 Thomas Bleitner nennt dies Buch: »Hillers expressionistisches Hauptwerk«. Vgl.: Zur Genese politischer »Litteratur« im Expressionismus. Kurt Hillers Weg zum Ziel, in: Wolfgang Beutin, Rüdiger Schütt (Hrsg.), »Zu allererst ANTIKONSERVATIV«. Kurt Hiller (1885-1972), Hamburg 1998, S. 14-35; hier: S. 32. Die Weisheit der Langenweile. Eine Zeit- und Streitschrift, 2 Bde., Leipzig 1913 (im Folgenden zitiert: WdL mit Bandangabe plus Seitenzahl).

8 Zit. von Thomas Bleitner, in: Golo Gangi und der »soziologische Schlachtochse«. Über Erwin Loewenson und Kurt Hiller, in: Schriften der Kurt Hiller Gesellschaft, Bd. 1, 2001, S. 11-24; hier: S. 13.

9 Nach Martin Klaußners Bericht: Über Kurt Hiller's Sein und Sollen und vom Geldbeutel, in: Schriften, wie Anm. 8, S. 95-117; hier: S. 97.

10 Es ist die vollständige Fassung von Hillers Heidelberger Dissertation (1907).

11 Wie Anm. 9. »Litteratur« nach dem Muster Schopenhauers bei Hiller stets mit doppeltem »t« (< lat. »littera«).

seine organisatorischen und institutionellen Tätigkeiten in fast zwei Dritteln des Jahrhunderts, unmittelbar bis zu seinem Lebensende determinierten.

Zu seinen organisatorischen und institutionellen Aktivitäten zählten zunächst – bis zu dem Einschnitt von 1933:

- 1909: die Gründung des »Neuen Clubs«. Als dessen der Öffentlichkeit zugewandte Seite fungierte das »Neopathetische Cabaret«.
- 1911: die Gründung des literarischen Kabarets »Gnu«. Er rief es nach seinem Austritt aus dem Neuen Club ins Leben.
- 1911, also im selben Jahr: zusammen mit Franz Pfemfert Gründer einer der bedeutendsten expressionistischen Zeitschriften, der »Aktion«.
- 1912: Edition der ersten Anthologie expressionistischer Lyrik: »Der Kondor«.
- 1914: Gründung des »Aktivismus«, den man als eine politisierte Variante des Expressionismus bewerten könnte.
- 1916-1924: im Sinne des Aktivismus Herausgabe der »Ziel«-Jahrbücher (insgesamt 5 Bände).
- 1926: in Berlin Gründung der »Gruppe Revolutionärer Pazifisten« (GRP).

Als Hiller um 1910 begann, sich zum führenden Theoretiker der Berliner Moderne in ihrer expressionistischen Phase zu entwickeln, richtete er seine Bemühungen darauf, spezifische Vorstellungen in bezug auf die expressionistische Kunstproduktion zu präsentieren, eine Lehre vom Schaffen und das Ideal eines Kunstwerks, wie es der neuen avantgardistischen Strömung angemessen war. Genau dies erwartete man auch von dem Vordenker einer Kunstrichtung. Zwar brauchte er keinesfalls selber die seiner Lehre entsprechende Dichtung hervorzubringen, musste aber sicherlich die große Vision des Kunstwerks entwerfen, das der Künstler schaffen sollte, der ihm folgte.

Zur Geschichte des »Neuen Clubs«

In seiner »Weisheit der Langenweile« berichtet Hiller: »Im März 1909 schuf ich, mit etlichen ähnlich Wollenden, einen Litteraturverein (›Der neue Club‹). Nach einer Reihe privater Monate begannen wir, ›Neopathetische Cabarets‹ zu veranstalten, in denen wir uns, unter dem Gefeix des Pöbels, einer kleinen Schar Sachverständiger (die blieb und wuchs) kraft Sprechens zu Gemüte führten. Erich Unger, J. van Hoddis, Heym, Ernst Blaß traten hier zuerst auf ... Nach zwei Jahren, aus teilweise geistigem Grund, verkrachte man sich: ich eilte, von Blaß begleitet, ins Freie ... und gründete das ›Gnu‹. Wieder, wengleich organisierter, ein litterarisches Cabaret, welches sich bald zwischen den trübalkigen Wänden hinterer Caféhausstuben, bald auf Teppichen mondäner Buchläden vollzog ...«¹²

12 WdL 1, 235.

Was war der Neue Club, was beabsichtigte er, was unternahm er? Juliane Habereder sieht in ihm das »Beispiel einer Künstlervereinigung und publizistischen Plattform der künstlerischen Avantgarde«. Sie beruft sich auf die Forschungen von Gunter Martens, der zwei Aspekte des Neuen Clubs als wichtigste benannte: eine »vermittelnde und anregende Funktion des ›Neuen Clubs‹ für den *frühen Ex-*

pressionismus«, dessen »Kristallisationspunkt« er gewesen sei, sowie eine »Vermittlungsposition«, um der gerade entstehenden Dichtung des Expressionismus das Denken und den Stil Nietzsches zu überschreiben. Der Neue Club habe sich somit die Aufgabe gestellt, eine »Revitalisierung und Reorganisation der Gesellschaft« zu initiieren.¹³

Der Neue Club ging aus einer studentischen Verbindung der Universität Berlin, der »Freien Wissenschaftlichen Vereinigung«, hervor.¹⁴ Er veranstaltete in unregelmäßigen Abständen private (bzw. interne) Lesungen und öffentliche.

Nach Richard Sheppard fand der erste öffentliche Abend in Neumanns Festsälen am 8. November 1909 statt. Erwin Loewenson, der zweite wichtige Inspirator des Clubs neben Hiller, hielt eine Ansprache: »Die Décadence der Zeit und der ›Aufwurf‹ des ›Neuen Clubs‹. Ein Aufstand«. Der Ausdruck »Aufstand« bildete hier die Gattungsbezeichnung für die Ansprache! Hiller hielt eine Rede »Das Wesen der Kultur« (variiertes Titel »Über Kultur« in WdL 1, 49-72). Was sonst an Texten vorgetragen wurde, stammte nicht allein von Club-Mitgliedern, sondern auch von respektierten – teils schon älteren – Kollegen außerhalb, so u. a. von Karl Kraus.¹⁵ Andere Namen, die sich in den Programmen finden, sind z. B. Kant, Nietzsche, Heinrich Mann, Max Brod, Ferdinand Hardekopf.

Das erste »Neopathetische Cabaret« fand in Form einer privaten Veranstaltung am 1. Juni 1910 statt. Es folgten weitere interne sowie auch öffentliche Abende; einer der internen war Sigmund Freud gewidmet.¹⁶

Was wollte der eigentümliche Name mit dem Attribut »neopathetisch« besagen? Hiller führte in seiner Eröffnungsrede »Salut zum ersten Neopathetischen Cabaret« aus: »Dies ist das Kennzeichen einer höher gestimmten Lebendigkeit und des neuen Pathos: das alleweil lodernde Erfülltsein von unserm geliebten Ideelichen, vom Willen zur Erkenntnis und zur Kunst und zu den sehr wundersamen Köstlichkeiten dazwischen. Das neue Pathos ist weiter nichts als: erhöhte psychische Temperatur.«¹⁷ Und ergänzend, etwas später: »Pathos: nicht als gemessener Gebärdengang leidender Prophetensöhne, sondern als universale Heiterkeit, als panisches Lachen.«¹⁸ Mit Hillers Verwendungsweise des Begriffs ging eine Bedeutungsverkehrung fast ins Gegenteil einher; Pathos, ursprüngliche Bedeutung: »Leiden«. Als Brücke zur »Heiterkeit« die Bedeutung »leidenschaftlicher Gefühlsausdruck«, ehe der Begriff bei Hiller als Äquivalent für den nietzscheanisch-leidenschaftlichen Gefühlsausdruck der Heiterkeit erschien. Für das Programm künstlerischer Darbietungen hieß das, »seriöseste Philosopheme zwischen Chansons und (zerebrale) Ulkigkeiten zu streun«, sei Philosophie doch, richtig betrachtet, im Kern »Erlebnis«.¹⁹

Sheppard untersuchte, ob die Veranstaltungsreihen der Jahre 1910-1912 eine »aufs Ganze gesehen ... einigermaßen klare Entwicklungslinie« erkennen ließen. Am Anfang, so glaubt er, habe »eine in metaphysischen Pessimismus übergehende Skepsis« dominiert. »Nach dem Aufruhr vom Frühjahr 1911 beginnt sich jedoch ein metaphysischer Optimismus abzuzeichnen ...«²⁰

In der Forschung besteht keine vollkommene Klarheit über das Ende der Mitarbeit Hillers im Neuen Club. Sheppard notierte: Es sei

13 Kurt Hiller und der literarische Aktivismus. Zur Geistesgeschichte des politischen Dichters im frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1981 (Regensburger Beiträge zur deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft, Bd. 20), S. 9, 13 und 17.

14 Ebenda, S. 35.

15 Richard Sheppard (Hrsg.): Die Schriften des Neuen Clubs 1908-1914, 2 Bd., Hildesheim 1980/83; Bd. 1: Okt. 1908-Januar 1912, Bd. 2: Januar 1912-Januar 1914; hier: 1, 179 f. Die Datierung 1908 besagt, daß Texte aus dem Vorfeld der Gründung einbezogen werden. Die Ausgabe ist wichtig auch wegen der Kommentare des Herausgebers. Erwin Loewenson (Thorn 1888-Tel Aviv 1963) veröffentlichte seit 1910 unter dem Pseudonym Golo Gangi.

16 Ebenda Bd. 1, 369.

17 Ebenda, 237.

18 Ebenda, 238.

19 Ebenda.

20 WdL 2, 546.

21 WdL 1, 459 und 530.

22 WdL 2, 464.

23 Bleitner, a. a. O., S. 21. Armin Wassermann (Bruder des Schriftstellers Jakob Wassermann) müsste es sein, der in Vicki Baums Autobiographie eine wichtige Rolle spielt, weil er die angehende Autorin einstmals sehr ermunterte. Vicki Baum: Es war alles ganz anders. Erinnerungen, Zürich 1964, S. 294 ff.

24 Habereeder, a. a. O. 12, S. 47 f.

25 Sheppard, a. a. O. Bd. 2, S. 11/34.

26 Ebenda, S. 534.

27 Ebenda, S. 529.

zum Bruch gekommen, Hiller etwa Ende Februar 1911 ausgeschlossen worden; dafür auch einmal die Vokabel: er habe sich »ohne besonderen Widerstand aus dem Club relegieren« lassen.²¹ Oder war es doch ein »Austritt«?²² Mit Hiller verließen Ernst Blass und Armin Wassermann den Neuen Club. Der Anlass der Sezession scheint der folgende gewesen zu sein: Es wurde gegen Hiller der Vorwurf erhoben, er sei unzureichend für eine öffentliche Aufführung von Georg Heyms »Atalanta« eingetreten. Daraufhin habe van Hoddiss erfolgreich die Absetzung Hillers vom Amt des Club-Präsidenten betrieben.²³

Hillers Nachfolgegründung, das Cabaret »Gnu«, bestand von 1911 bis Mitte 1914. Es veranstaltete in der Saison 1911/12 vier und 1912/13 fünf Abende.²⁴

Vermutlich bildete aber nicht Hillers Ausscheiden den definitiven Wendepunkt in der Geschichte des Neuen Clubs, sondern der Tod Georg Heyms am 16. Januar 1912. Bis Mitte des Jahres zerfiel der Club dann praktisch, so dass nur noch ein Restbestand von drei Mitgliedern übrig blieb. Ende 1913 war er endgültig erloschen.²⁵

Sheppard ging der Ursache für Hillers Ausscheiden aus dem Neuen Club nach. Verfügte der Club über eine feste Programmatik, und hatte es einen Verstoß Hillers dagegen gegeben? Es kann diskutiert werden, ob die in Betracht kommende Programmatik sich um den Begriff des Neopathetischen gruppierte. Sheppard vermerkte allerdings, dass in den Veranstaltungen eine »kohärente Philosophie des ›Neopathos« nicht vorhanden gewesen sei, auch nicht ableitbar aus der Eigenart der dargebotenen Kunstwerke, »da die Neopathetischen Cabarets auf den ersten Blick ein formloses, kunterbuntes Durcheinander bilden, in dem sich Beiträge verschiedenartigster Provenienz nebeneinander finden«.²⁶ Dennoch leitete Hiller selber die Entzweiung »aus teilweise geistigem Grund« her (siehe oben; sonst wohl aus persönlichen Animositäten und, wie ja bekanntlich leicht in Vereinen zu finden, aus Intrigen). Eine geistig-philosophische Ursache sah auch Sheppard: »In erster Linie hat Hillers bis zum Frühjahr 1911 sich vollziehende Bekehrung zum politisch engagierten Voluntarismus und seine gleichzeitige Ablehnung der Metaphysik ... ihn den im Club verbleibenden, immer noch mit einer metaphysischen Problematik ringenden Mitgliedern entfremdet.«²⁷

Thomas Bleitner vermochte »die Auseinanderentwicklung der theoretischen Grundpositionen« der beiden Hauptakteure, Kurt Hiller und Erwin Loewenson, bereits in der Gründungszeit des Neuen Clubs aufzuzeigen, einen Riss, der schließlich dann zu dem »Aufbruch« von 1911 geführt habe: »Während Loewenson ... einen ›vitalisierenden Weltaspekt‹ im Sinn hatte, der nach dem, so Gunter Martens, ›mystische Erfüllung verheißenden Vitalrausch‹ strebte, vertrat Hiller eine weitaus pragmatischere, rationalistischere Sehweise. Für ihn bedeutete Kultur die ›synthetische Verfeinerung der Gesamtheit eines geistigen Daseins‹: Der ›Kultivierte‹ war für Hiller ein Betrachter der ›Gegebenheiten‹ des sozialen Lebens, der Philosophie, der Kunst; ein Betrachter, der dadurch, dass er sich seiner Rolle als avantgardistischer Ideenträger bewusst würde und diese Ideen publizistisch und künstlerisch nach außen trage, seine passive Position überwinde. Hiller konfrontierte damit das ›untätige‹ Ästhetentum

mit einem *Erkenntnisakt*: mit der kulturellen Bewusstwerdung, die auch das ethische Moment – in Form eines ›starken Willenselements‹ beinhaltete.«²⁸

28 Wie Anm. 8, S. 17.

Der Hiller-Forscher Rolf von Bockel, so Thomas Bleitner, erkenne »zu Recht, dass bei den Neopathetikern ›ein Anspruch zur Weltveränderung‹ vorhanden gewesen sei, deren Aktivitäten jedoch nicht sozialreformerisch, sondern vielmehr ›rein philosophisch-literarischer Natur‹ waren«. Bleitner schrieb: Dagegen in der Sicht Hillers, »und das unterschied ihn von Loewenson, sollte eine unter neopathetischen Vorzeichen existierende ›kulturelle Gesinnung‹ möglichst auch ethisch zum Tragen kommen.« Was sei es, was »die gesamte Frühphase sowohl des Hillerschen Schaffens als auch die des *Neuen Clubs* insgesamt« charakterisiere? – Das Bemühen um Bestimmung kunsttheoretischer Positionen. Hiller erkannte eine Diskrepanz zwischen Ethik und Ästhetik und hat diese später weiter spezifiziert. Aus dieser Erkenntnis leitete er aber (noch) keine Verpflichtung zum Handeln, zur »Tat« ab. – Hillers Aktivitäten als Literat sind zu jenem Zeitpunkt ästhetischer, dichtungstheoretischer Natur – und nicht politischer.²⁹

29 Ebenda, S. 18.

Mit Zugrundelegung dieser Ausführungen Bleitners erklärt sich endlich eine Darlegung Hillers in einem seiner bekanntesten Aufsätze: »Die Jüngst=Berliner«. Dieser fand in der Forschung viel Beachtung, aber es steht darin eine Sonderbarkeit: die rigorose Absage an das revolutionäre Prinzip, ein antirevolutionäres Bekenntnis, das vor allem deshalb auf Unverständnis stoßen muss, weil es von einem Propagandisten herrührt, der gerade im Begriff ist, eine Literaturrevolution auszurufen. erinnert man sich an das Motto, das einem Friedrich Schiller ebenso nahe war wie Jahrhunderte zuvor schon dem Reichsritter Ulrich von Hutten, das berühmte »in tyrannos!«, so bezog der junge Hiller damals exakt die Gegenposition. Er schrieb: »Was wollen wir? – Zunächst mal: wir wollen mit nichten Tyrannen stürzen. Kitschcelebritäten, darauf vertrauen wir, sinken von selber zusammen; und die sechs, sieben wahrhaft Großen, die leben³⁰ – ... denen fühlen wir uns nicht nur nicht antipodisch, sondern geradezu religiös subjiziert. Ich weiß nicht, ob es eine Kunstsoziologie gibt, und, falls es eine gibt, ob sie an ein Gesetz glaubt, wonach die jeweils jüngere Generation zu der älteren sich eminent kriegerisch verhalte; auf uns träfe solch Gesetz jedenfalls nicht zu. Wir bekämpfen Richtungen, Theorien – nicht Meister. Ob wir den revolutionären Gestus haben, entzieht sich meiner (wundervollen) Distanzlosigkeit: – daß nie eine Gruppe der Jugend frömmel, begeisterter, autoritätengläubiger war als wir, steht fest.«³¹

30 Er zählte auf: Heinrich Mann, Wedekind, Kerr, Karl Kraus, Rilke, Stefan George, den »frühen« Hofmannsthal.

Es dreht sich also um das Verhältnis zwischen voranstrebenden »jüngsten« Poeten und ihren Vorbildern, oft Älteren, den »Meistern«. Sollte es umzustürzen sein, wäre dies ein Umsturz einzig im innerliterarischen Bereich, eine Literaturrevolte. Dieser setzte Hiller sein schroffes Nein entgegen (niemand »autoritätengläubiger« als wir »Jüngst=Berliner«); das Revolutionäre, das Kriegerische, Vokabeln in seinem Wortschatz, bezeichnen hier also nicht etwas Außerliterarisches oder Soziales, weder die politische noch die soziale Revolution. Derselbe antirevolutionäre Gestus findet sich etwas später noch in einem Gedicht von Ernst-Wilhelm Lotz (1890-1914), einem engen

31 Der Aufsatz erschien in einer Zeitungsbeilage. Sie war betitelt: Literatur und Wissenschaft. Monatliche Beilage der Heidelberger Zeitung, Nr. 7 (22. 7. 1911); ich zitiere nach dem Sonderabdruck, S. 2 f.

Freund Hillers aus seiner Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Neuen Club:

Begreift!

Von Dumpfheit summt das halbe Kaffeehaus,
Das halbe ist getaucht in leichtes Glühen
Und flackert in den Lampentag hinaus,
Wo dünne Nebel an die Scheiben sprühen.

Es wollen ernste Freunde mich bedeuten,
Ich sei zu leicht für diese Gründerjahre,
Weil ich, statt kampfenössisch Sturm zu läuten,
Auf blauer Gondel durch den Äther fahre.

Ich sah bisher nur Zeitungsfahnenwische
Und warte längst auf Barrikadenschrei,
Daß ich mich heiß in eure Reihen mische,
Besonnt vom Wind des ersten Völkermai!

Den Kopf ganz rot, malt ihr Kulissenbrand
Und überträumt die Zeiten mit Besingung.
Begreift: Ich wirke, spielend freier Hand,
Mein helles Ethos silberner Beschwingung!³²

32 Zit. bei Hiller, *Ratioaktiv*, wie Anm. 4, S. 15.

Das ist ein Stück Poesie, das den Begriff des Neopathos in Hillers Sehweise der Jahre 1909 ff. womöglich völlig erfüllt. Es ist aber auch ein Stück Absage an die Politik, an das Eingreifen des Dichters in die Politik, sosehr Ambivalenz mitschwingt: auf den »Barrikadenschrei« warten, den »Wind des ersten Völkermai«. – Der Wandlungsprozess, der in der Berliner Moderne stattfand, ging wie an anderen, so an Lotz nicht vorüber. Das wird deutlich, wenn man zum Vergleich das später entstandene Gedicht desselben Lyrikers: »Aufbruch der Jugend« (1913) heranzieht. Darin heißt eine Strophe:

Wir fegen die Macht und stürzen die Throne der Alten,
Vermoderte Kronen bieten wir lachend zu Kauf,
Wir haben die Türen zu wimmernden Kasematten zerspalten
Und stoßen die Tore verruchter Gefängnisse auf.³³

33 Aus: *Menschheitsdämmerung*. Ein Dokument des Expressionismus, neu hrsg. von Kurt Pinthus, Leipzig 1968, S. 250.

34 Wie Anm. 7, S. 19.

35 *WdL* 1, 55.

Für die Entwicklung Kurt Hillers zum politischen Schriftsteller ist nach dessen eigener Aussage ein erstes Zeugnis der Artikel »Über Kultur« (1909). Nach Thomas Bleitners Bewertung ist darin »ein etwas diffus wirkendes Verständnis von Kultur«³⁴ zugegen: »So bleibt denn ›Kultur‹ ... uns übrig als die Bezeichnung für einen logisch kaum faßbaren, aber gefühlsmäßig doch recht bestimmten Verfeinerungsgrad der Bewegungen und Funktionen einer Seele.«³⁵ In demselben Essai, quasi im Nachsetzen: »Kultur ... bedeutet nicht: bloße Verfeinerung einer einzelnen Funktion; auch nicht: eine Addierung von zufälligen Verfeinerungen verschiedener (!) Vermögen; eher schon: eine Verfeinerung des Unsagbaren, das zwischen ihnen fließt; die synthetische Verfeinerung der Gesamtheit eines geistigen Daseins. Dem kultivierten Menschen weist seine Kultur überall a priori

den Ort an, von dem aus er die Gegebenheiten des sozialen Lebens, der Philosophie, der Kunst betrachte ...«³⁶

Immer noch ist nicht die Rede von der Tat, dem Tun, dem Eingreifen, der Politik; die Rede ist von – Betrachtung, der Kontemplation aus der Perspektive des Kultivierten. Dennoch, so Bleitner, »markiert« dieser Artikel »sicherlich den Ausgangspunkt des Hillerschen Weges zum ›Wollen‹, der 1915 schließlich im Aktivismus mündete«. Zwar rede er in dem Essay noch »eindeutig vom Standpunkt des Ästheten«, versuche jedoch gleichzeitig, »dem passivischen Ästhetentum einen Erkenntnisakt, nämlich die kulturelle Bewusstwerdung entgegenzusetzen und damit auch ethische Momente zu integrieren. Voluntaristische Ansätze jedenfalls – die ›starken Willenselemente‹, die sich ›beimischen‹ – tauchen im kunstästhetischen Kontext bei Hiller hier erstmals dezidiert auf. ›Vom Zweifeln zum Wollen: diese Straße führt, nicht arm an Windungen, durch dieses Buch‹, heißt es im Prolog der *Weisheit der Langenweile*.«³⁷

Hillers »geistesaristokratische Anschauungen«, die sich in dem Essay »Über Kultur« andeuteten, so Bleitner weiter, hätten in einem späteren Artikel, betitelt: »Litteraturpolitik«, »deutlichere Konturen« erhalten.³⁸ Zentral bleibt darin der »Erlebnis«-Begriff. Die »geistige Politik«, eben »Literaturpolitik«, wird der Politik des Alltags, der Politik der Regierungen und Parlamentarier, aber auch der Politik der Parteien und der Arbeiterbewegung vorgeordnet: »Sonderbar: falls das Leben irgendwozu da ist, dann doch gewiß nicht für seine Regelung, sondern für sein Erlebnis; nicht für den Unterbau, auf dem sich der Palast der erlauchteren Sensationen erst erhebt, sondern für die erlauchteren Sensationen selber. Kurz: das, worum die Geister kämpfen in Philosophie, Kunst, Schrifttum, ist wichtiger, ernster, wesentlicher als das, worum mit Recht Bezirksvereine, Leitartikler, Volksvertreter kämpfen. Sonderbar: gerade wer nicht so seicht ist, der niederen Nützlichkeit die höchste Dignität zuzusprechen, wer im Zivilisatorischen nur das (unentbehrliche, aber belangarme) Mittel zum Zwecke des Kulturellen erblickt, gerade ein solcher sollte doch – wofern er Politik als Form überhaupt billigt – Litteraturpolitik als etwas auffassen, was an Würdigkeit die Parlamentspolitik bei weitem übertrifft.«³⁹

Dass dies kein Standpunkt war, den ein Politiker der Zeit, geschweige ein redlicher Streiter in den Reihen der Arbeiterbewegung hätte ernstnehmen, gar gutheißen können, liegt auf der Hand – und Hiller hatte immerhin einen der wichtigsten Arbeiterführer der Epoche neben Bebel in seiner Verwandtschaft, Paul Singer (1844-1911). Die Wendung: »im Zivilisatorischen nur das (unentbehrliche, aber belangarme) Mittel ...« musste – und muss – denjenigen zum Widerspruch reizen, ihn empören, dem das Unentbehrliche fehlt und der jeden Tag darum kämpft, es seiner Familie und sich zu verschaffen. Für ihn wird der alltägliche Kampf zum Belangvollsten.⁴⁰

Ähnliches wendete der beste Kritiker in den Reihen der Arbeiterbewegung der Kaiserzeit, Franz Mehring, zum damaligen Zeitpunkt gegen die Jüngst-*Wiener* ein, in erster Linie gegen Hofmannsthal: »Es ist eine Poesie reicher Söhnchen für reiche Söhnchen; wer sich mit der handfesten Wirklichkeit des rauhen Lebens herumschlagen muß, erwirbt sich nicht die Feinheit der Sinne, um diesen luftigen Nektar genießen zu können.«⁴¹

36 Ebenda, 69 f.

37 Ebenda, S. 20.

38 Ebenda, S. 24.

39 Ebenda, S. 92.

40 Das Ganze könnte missverstandener Karl Kraus sein, der in vielen Texten davor warnte, das »Lebensmittel« zum »Lebenszweck« zu erheben, also in der Sicherung der materiellen Basis des Lebens das Höchste zu sehen und den Anspruch auf den »Lebenszweck« (die Kultur) hinterzuordnen.

41 Franz Mehring, a. a. O., S. 527.

Der Name Hofmannsthal spielte wieder im Streit zwischen Hiller und Loewenson eine Rolle. Die Differenz Hiller/Loewenson zeigte sich nämlich auch darin, wer von beiden welchen Gegenwartsautor mehr schätzte, Hiller: Heinrich Mann und Alfred Kerr; Loewenson: Hofmannsthal.⁴²

42 Bleitner, a. a. O., S. 17 f.

Von dem zitierten Kulturbegriff Hillers abgeleitet ist sein Ideal der neuen Poesie: »Und wenn es heute eine Dichtkunst gibt, welche das Erlebnismäßige und den Gefühlston intellektischer Problematik zum Gehalt hat, eine Dichtkunst, geschaffen von solchen und für solche, die weder ihre Seele aushängen, wenn sie nachdenken, noch den Relevanzen ihres geistigen Selbst den Eintritt in die Bezirke des Erlebnisses verwehren: so möge man dies als eine wundervolle Errungenschaft begrüßen, als eine göttliche Gabe letzter Verfeinerungen, als das glitzernde Zeichen einer gesteigerten Kultur.«⁴³

43 WdL 1, 64.

Ging die Mehrzahl der am Frühexpressionismus Beteiligten in der Folgezeit den Weg weiter, der sie zur Politisierung führte, nun doch zu einer Politik im Bereich außerliterarischer Bestrebungen, zur Alltagspolitik fern der »Litteraturpolitik« gar, so fiel dafür dem Text eines Älteren eine außerordentliche Funktion zu: Heinrich Manns Aufruf »Geist und Tat« (1910). Thomas Bleitner spricht von dessen »initialzündender Bedeutung für die gesamte expressionistische Generation«; sie habe »ein neuartiges dichterisches Selbstverständnis innerhalb linksorientierter Schriftstellerkreise Deutschlands« hervorgerufen.⁴⁴ Hiller selber rühmte in der Retrospektive (1936) Heinrich Mann: »Große Kunstwerke, die er schuf, während eines Dritteljahrhunderts, und jene Mit-Initiation des Aktivismus durch seine Essays ›Geist und Tat‹ (1910), ›Zola‹ (1915) und andere, auf denen allen schon die Patina des Klassischen und ein Glanz der Geschichte ruht, würden ihm die Dankbarkeit derer in Mit- und Nachwelt, auf die es ankommt, selbst dann sichern, wenn er als Alterder unter der Herrschaft der Barbaren schwiege. ... niemand inbrünstiger als er, niemand mit so gestalterischem Hasse wie er predigt gegen den Teufel für uns alle.«⁴⁵

44 A. a. O., S. 21.

45 Publizist Heinrich Mann, in: Köpfe und Tröpfe. Profile aus einem Vierteljahrhundert, Stuttgart 1950, S. 43-51; hier: S. 43 f.

Hillers und Loewensons Gründung, der Neue Club, existierte rund vier Jahre, von 1909 bis 1913. Die Auseinandersetzungen, in die sich seine Mitglieder verwickelten, haben wie so viele andere ihresgleichen in literarischen Bewegungen und Einrichtungen nur noch das literaturgeschichtliche, man könnte sagen: ein antiquarisches Interesse für sich. Von einer einheitlichen weltanschaulichen Lehre, die der Tätigkeit des Clubs zugrunde gelegen hätte, oder auch nur von einer fest umrissenen Kunstauffassung, kann nach allem nicht die Rede sein. Eines aber, was ihn selbst in der heutigen Zeit noch als vorbildhaft erscheinen lässt, ist: seine Relevanz als Institution, die half, Kunstwerke hervorzubringen, die selbst nach hundert Jahren noch viel zu sagen haben. Seiner Tätigkeit und derjenigen seines kabarettistischen Seitenstücks, des Neopathetischen Cabarets, ist also eine weit über die Spanne ihres Bestehens hinausreichende Wirkungskraft zu attestieren.

MEINHARD CREYDT

Gesundheitswesen, Bildungswesen, Wissenschaften und Sozialarbeit

Professionelle Tätigkeiten als Gegenstand kritischer Reflexion

Kritik an den Inhalten professioneller Tätigkeiten bildet einen von der gegenwärtigen Linken wenig bedachten Bereich. Das war in der Bundesrepublik der 1970er Jahre anders. Dieser Artikel vergegenwärtigt das damals existente Ausmaß der Auseinandersetzung, nennt einige ihrer Inhalte und Autoren, verortet arbeitsinhaltliche Ansprüche innerhalb der Widersprüche des Kapitalismus und geht der Frage nach, warum es um die auf kritische Gesellschaftstheorien bezogene Kritik an den Inhalten professioneller Tätigkeiten ruhig geworden ist.

In den 1970er Jahren gab es in der Bundesrepublik eine vergleichsweise breite Kritik am Gesundheitswesen, der Schule, der Sozialarbeit sowie der Universität. Vielfältige diesbezügliche Arbeitsgruppen und Initiativen existierten. Sie sammelten sich u. a. in den verschiedenen »Arbeitsfeldern« des »Sozialistischen Büro«. Seit 1968 existierte ein Sozialistischer Lehrerbund, dessen »Informationsdienst für sozialistische Lehrer« 1973 »eine verkaufte Auflage von mindestens 5 000 Exemplaren« aufwies, »davon etwa 2 000 feste Abonnenten« (Vack 1973, 338). Das »Arbeitsfeld Gesundheitswesen« bestand seit 1974 und gab einen »Informationsdienst Gesundheitswesen« heraus. Der »Informationsdienst Sozialarbeit« wandte sich ab 1972 »an Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Heimerzieher, Kindergärtnerinnen, Sozialplaner, Psychologen, Erziehungsberatungsstellen; Kriminologen, Pfarrer, Berufsschullehrer, Dozenten und Studenten an Fachausbildungsstätten, Studenten, die in sozialpolitischen Projekten arbeiten, und andere, die beruflich im Sozialbereich tätig sind« (Vack 1973, 338). In der Ausgabe 14 (1976) ist eine Auflage von 5 000 vermerkt. Die verschiedenen »Informationsdienste« des SB wurden Anfang der 1980er Jahre zu einem Periodikum zusammengefasst, das bis heute erscheint: »Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich«.

Im Bereich der Schule wurde in den 1970er Jahren vergleichsweise breit die Notwendigkeit gesehen, den verbreiteten Lehrinhalten andere Inhalte entgegenzusetzen. »Kritische Lehrer stehen vor der Schwierigkeit, tagtäglich unterrichten zu müssen, vorhandene Unterrichtshilfen wegen ihres überwiegend apologetischen Inhalts jedoch nur selten verwenden zu können. Mit der Reihe Roter Pauker werden Materialien aus der Unterrichtspraxis dargestellt: einerseits als Arbeitshilfe bei der Unterrichtsvorbereitung, andererseits als Gegenstand kritischer Reflexion und Diskussion« (Sozialistisches Büro

Meinhard Creydt – Jg. 1957, Dr., Dipl.-Soziologe, Dipl.-Psychologe; lebt und arbeitet in Berlin; Bücher – u. a. »Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit«, Frankfurt a. M. 2000 – sowie zahlreiche Artikel u. a. in »Das Argument«, »Berliner Debatte Initial«, »Kommune«, »Widerspruch« (Zürich), »Weg und Ziel« (Wien); zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Befreiung der Arbeit, Heft 189/190 (Juli/August 2006).

1 Der SHB hieß bis zum Namensentzug seitens der SPD 1973 Sozialdemokratischer Hochschulbund.

2 Vgl. beispielsweise Georg Auernheimer: Mündigkeit und Allgemeinbildung als Erziehungsanforderungen der bürgerlichen Gesellschaft, in: Demokratische Erziehung 1977, H. 3.

3 »Ferner muss die Widerlegung nicht von außen kommen, d.h. nicht von Annahmen ausgehen, welche außer jenem System liegen, denen es nicht entspricht. Es braucht jene Annahmen nur nicht anzuerkennen; der Mangel ist nur für den ein Mangel, welcher von den auf sie gegründeten Bedürfnissen und Forderungen ausgeht... Die wahrhafte Widerlegung muss in die Kraft des Gegners eingehen und sich in den Umkreis seiner Stärke stellen; ihn außerhalb seiner selbst anzugreifen und da Recht zu behalten, wo er nicht ist, fördert die Sache nicht.« (Hegel).

4 Sie ist Teilmenge einer übergreifenden Problematik, »die ungeheure Marxsche Arbeit der Kritik und ›Verarbeitung‹ lebendig zu erhalten«, so dass die Ergebnisse nicht zu »toten Evidenzen, wie Maschinen ohne Arbeiter« werden. »Die marxistische Theorie kann sich der Geschichte gegenüber verspäten und sich selbst gegenüber verspäten, wenn sie jemals glaubt, angekommen zu sein« (Louis Althusser 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg, 76 f.). Die Negativität missrät bei der MG bzw. ihren Anhängern oft zu einer neuen Positivität. Die Wahrheit wird dann, einem Wort Brechts zufolge, geglaubt wie die

1973, vorletzte, nicht mit einer Seitenzahl versehene Seite). Die Marxistische Gruppe gab noch in den späten 1980er Jahren Broschüren heraus, in denen sie zentrale Inhalte des Deutschunterrichts, des Politik/Gemeinschafts- und Geschichtsunterrichts kritisierte und dies z. B. an literarischen Klassikern (Kafka, Brecht u. a.) verdeutlichte (»Was man im Unterricht lernt – Marxistische Schulzeitung«) – es handelte sich um Zusammenstellungen von zuvor an Schulen verteilten Flugblättern.

Auch andere Organisationen unterhielten eigene Zeitschriften, die einzelne professionelle Praxisfelder diskutierten: Die Zeitschrift »Demokratische Erziehung« war eher DKP-nahen Organisationen wie dem Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB)¹ zuzuordnen, was nicht verhinderte, dass hier Aufsätze erschienen, die auch 30 Jahre später lesenswert sind.² Von diesem Milieu wurde auch lange der im Jahre 1968 entstandene »Bund demokratischer Wissenschaftler« dominiert, der sich nach 1989 inhaltlich öffnete.

Die Marxistischen Gruppen (MG) bzw. ihre Vorläuferorganisation Rote Zellen/Arbeitskonferenz legten den Schwerpunkt ihrer Praxis darauf, seit Anfang der 1970er Jahre in großem Umfang eine Kritik an vornehmlich den Sozial- und Geisteswissenschaften zu betreiben. Anspruch war hier, sich auf die Stärken des Gegners einzulassen.³ Zusammengefasst wurde diese Kritik und die an sie geknüpfte politisch-strategische Einschätzung im damals breit diskutierten Band »Wissenschaft und Kapital« (München 1972, Nachdruck Marburg 1973). Als gelungenes Beispiel dieser Kritik kann die auch heute noch lesenswerte Auseinandersetzung mit G. H. Mead gelten – auf drei eng bedruckten Zeitungsseiten in der »Münchner Studentenzeitung« vom 2. 5. 1974. Eindruck machte damals auch die in diesem Milieu als Prototyp einer durchgeführten Wissenschaftskritik gehandelte Kritik der Kommunikationsforschung (inklusive 80 S. Linguistikkritik) von Karl Held. Sie erschien 1973 (für heute undenkbar) im Hanser-Verlag. Die oft kurzschlüssige Selbstgewissheit⁴ und das penetrante Auftreten⁵ vieler MG-Adepten, das der in den Roten Zellen Marburg führende Michael Stamm bereits 1975 in seiner Austrittserklärung prägnant charakterisierte (abgedruckt in der Frankfurter Zeitschrift »diskus« 3/1975, 25. Jg.), hat dieser Formation viel Antipathie und berührungsscheue Distanz eingetragen, bei gleichzeitiger Unterstützung durch Teile der Studentenschaft⁶ und immanent gesehen durchaus erfolgreicher Rekrutierung langfristig treuer Anhänger. Die MG vermochte zu den seltenen von ihr veranstalteten Demonstrationen bundesweit in den 1980er Jahren jeweils über 10 000 Teilnehmer zu versammeln. Früh sind die im positiven Sinne immunisierenden Effekte einer gründlichen kritischen Befassung mit Wissenschafts- bzw. Arbeitsinhalten wahrgenommen worden.⁷ Von der Kritik *im* Beruf unterschied sich die MG-Kritik an Wissenschaften und Berufen dadurch, dass sie explizit nicht als Vorbereitung auf irgendwie kritische Berufspraxis gedacht war. Die MG hielt ihre Mitglieder und Sympathisanten dazu an, Tätigkeiten im Erwerbsleben danach zu wählen, dass sie möglichst viel Zeit und Einkommen ermöglichen für die getrennt von ihnen stattfindende politische Betätigung.

Auch andere studentische Organisationen wie die NRW-weit tätige Gruppe Rheinische Zeitung (1977, 15 ff., 127 ff.) und der (sich später z. T. der MG anschließende) SHB/SF betrieben eine auf Gesellschaftsstrukturen des Kapitalismus bezogene Wissenschaftskritik. Selbst die »Arbeitshefte für sozialistische Theorie und Praxis – Beiträge zur Arbeit der Juso-Hochschulgruppen« hatten in Heft 3 (im April 1977) zum Themenschwerpunkt die Kritik bürgerlicher Wissenschaft. In der späteren MG wurde in den 1980er Jahren der Schwerpunkt eher auf innen- und weltpolitische Themen gelegt. Kurz vor der Auflösung der MG 1991 erschienen in hoher Auflage Broschüren, die die Kritik an den Inhalten der Medizin, der Psychologie und der Pädagogik zusammenfassten (unter dem Titel: Argumente gegen die Medizin bzw. Psychologie bzw. Pädagogik bzw. VWL u. a.). Die spätere Zeitschrift »Gegenstandspunkt« hat seit 1992 hier kaum neue Resultate vorgelegt. Eine Abspaltung der MG organisierte sich im »Arbeitskreis Bildung«, der von 1978 bis 1980 neun Ausgaben der Zeitung »Bildung« herausgab und in zwei Bänden die Kritik an Schule auf eine konkretere und näher mit der Praxis befasste Weise artikulierte.⁸ Auch die seit 1973 bis Ende der 1970er Jahre in Münster erschienenen »Arbeitshefte zur materialistischen Wissenschaft« von Autoren, die später die Zeitschrift »Peripherie« und den Verlag »Westfälisches Dampfboot« gründeten, gehören in dieses Spektrum.⁹

Im Editorial zu Nr. 1 von »Psychologie und Gesellschaftskritik«¹⁰ hieß es für den hier vorgestellten Teil der Wissenschaftskritik einschlägig: »Eine Kritik bürgerlicher Psychologie sollte aufzeigen, dass deren Fehler, Widersprüche und Ungereimtheiten – kurzum ihre Borniertheit – der kapitalistischen Produktionsweise entsprechen und innerhalb ihrer ökonomischen, politischen und ideologischen Grenzen nicht zu überwinden sind. Mit diesem Aufweis werden Illusionen zerstört, die das Erscheinen der Widersprüche mit dem Ort ihrer Bekämpfung und Aufhebung gleichsetzen. (...) Nur die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und ihrer Organisationsstruktur lässt zu, dass sich Intellektuelle politisch richtig gegenüber den Widersprüchen in ihrem Arbeitsbereich verhalten (...) Die Auseinandersetzung mit bürgerlicher Psychologie kann nicht heißen, ihr durch einen bloßen, subjektiven Willensakt eine ›bessere‹, nunmehr ›Wissenschaft (...) im Interesse (...) der arbeitenden Bevölkerung« (FACIT 1974, Nr. 36 – eine Zeitschrift des MSB, Verf.) an die Seite zu stellen« (S. 4 f.). Die Autoren hätten auf eine Argumentation Max Horkheimers hinweisen können, die hier – um den Luhmannschen Klempnerjargon zu benutzen – anschlussfähig wäre: Es geht nicht darum, »irgendwelche Mißstände abzustellen, diese erscheinen (...) vielmehr als notwendig mit der ganzen Einrichtung des Gesellschaftsbaus verknüpft. (...) Die Kategorien des Besseren, Nützlichen, Zweckmäßigen, Produktiven, Wertvollen, wie sie in dieser Ordnung gelten, sind ihm vielmehr selbst verdächtig und keineswegs außerwissenschaftliche Voraussetzungen, mit denen es nichts zu schaffen hat. Während es zum Individuum in der Regel hinzugehört, dass es die Grundbestimmungen seiner Existenz als vorgegeben hinnimmt und zu erfüllen strebt (...), ermangelt jenes kritische Verhalten durchaus des Vertrauens in die Richtschnur, die das ge-

Lüge. »Die Selbstzufriedenheit des Vorwegbescheidwissens und die Verklärung der Negativität zur Erlösung sind unwahre Formen des Widerstandes gegen den Betrug.« (Adorno, Horkheimer: Dialektik der Aufklärung. Amsterdam 1947, S. 36).

5 Den einschlägigen Habitus – auch und gerade in innerlinken Auseinandersetzungen – hat Rudolf Burger treffend charakterisiert in »Ästhetik und Kommunikation« 31/1978.

6 Die Rote Zellen/AK besetzten bis zur Abschaffung 1974 den AstA der Münchener Uni (LMU). Die MG errang 1978 in Bremen 5 von 25 und in Marburg 6 von 40 Sitzen im Studentenparlament.

7 »Was sich auf den ersten Blick als Rückkehr zu bürgerlichem Wissenschaftsverständnis ausnimmt, als Leugnung von Habermas' ›Erkenntnis und Interesse‹..., kann, als Wirkung in der Sozialisation der Studenten gesehen, Kontrollfunktion gegen ihre Herkunft und Zukunft gewinnen. Wer sich als Kleinbürger und künftiger Akademiker vornimmt, sich kein anderes Lebensziel zu setzen als das der Überwindung des Kapitalverhältnisses, stellt sich radikal in den Dienst eines Ziels, das er selbst nur durch den Kopf zu gewinnen glaubt ... Wer als Lehrer, als Volkswirt, als Jurist so in den Beruf geht, hat eine hohe Mauer gegen den Weg nach oben gebaut, jedenfalls eine charakterliche.« (Fuchs 1977, 219).

8 Auch heute noch von Interesse sind die Texte: Schule (I): Auslese. Kassel

1978, Programmatische Erklärung des Arbeitskreis Bildung, in: Ders.: Bildung Nr. 5. Göttingen 1979; Schule II: Anforderungen (1). Sich als Bürger verhalten können – Die Lernziel-erfassung des Bürgers, Kassel 1979.

9 Vgl. am prononciertesten das 140 Seiten umfassende Heft 13 (1978) zum »Hochschulsozialismus« und den Band 7/8 »Zur politischen Praxis von Lehrern« (1977).

10 Die Zeitschrift hieß 1977 zunächst »Psychologie und Gesellschaft«.

sellschaftliche Leben, wie es sich nun einmal vollzieht, jedem an die Hand gibt« (Horkheimer 1970, 27 f.).

Gegenüber Vorstellungen von einer irgendwie alternativen Berufspraxis wäre in diesem Spektrum ein Vorbehalt geäußert worden, den bereits Gottfried Keller in »Der grüne Heinrich« formulierte (2. Fassung, 4. Teil, 2. Kapitel): »Es gibt eine Redensart, dass man nicht nur niederreißen, sondern auch wissen müsse aufzubauen, welche Phrase von gemüthlichen und oberflächlichen Leuten allerwegs angebracht wird, wo ihnen eine sichtende Tätigkeit unbequem entgegentritt. Diese Redensart ist da am Platze, wo obenhin abgesprochen oder aus törichter Neigung verneint wird; sonst aber ist sie ohne Verstand. Denn man reißt nicht nieder, um wieder aufzubauen; im Gegenteil, man reißt recht mit Fleiß nieder, um freien Raum für Licht und Luft zu gewinnen, welche überall sich von selbst einfinden, wo ein sperrender Gegenstand weggenommen ist. Wenn man den Dingen ins Gesicht schaut und sie mit Aufrichtigkeit behandelt, so ist nichts negativ, sondern alles ist positiv, um diesen Pfefferkuchenausdruck zu gebrauchen.« Ähnliches artikuliert auch Walter Benjamin in seinen Thesen zum (von ihm »positiv« gesehenen) »destruktiven Charakter«.

Anspruch einer im Praxisbereich betriebenen kritischen Arbeit war es, beispielsweise in der Schule »gegen die Schul-Bildung, deren Mittel (Unterrichtsgegenstände) zum Zweck des Erkennens zu machen.(...) Nur indem man die besonderen Unterrichtsgegenstände selbst für sich ernst nimmt (...), ermöglicht man eine Erklärung jener Umwelt, die die kapitalistische Bildung als nicht mehr zu »hinterfragende« Voraussetzung zur Einübung ihr gemäßen Verhaltens nimmt. Wissen vermitteln heißt, die Inhalte aus ihrer Instrumentalisierung durch Erkennen zu lösen. Im Resultat werden die Abstraktionen abstrakt allgemeiner Bildung auf das zurückgeführt, wovon sie Abstraktionen sind, nämlich auf die kapitalistische Gesellschaft« (Arbeitskreis Bildung 1979, 12).

Eine Diskussion um kritische Berufspraxis fand sich u. a. im Kursbuch 40 von 1975 (Titel: Beruf: Langer oder kurzer Marsch) und in Nr. 10 der in Berlin erschienenen »Schwarze Protokolle« (1975). Im Argument-Verlag erschienen in der Reihe »Schule und Erziehung« in den 1970er Jahren und Anfang der 1980er mehrere Argument-Sonderbände mit Artikeln zur Kritik des Bildungswesens. Eine Mischung zwischen Kritischer Theorie, Foucault und Kritik der politischen Ökonomie enthielt die für die Kritik der Pädagogik wesentliche Zeitschrift »Randgänge der Pädagogik«. Sie erschien in Marburg von 1976 an in 13 Bänden. Als organisationsunabhängige Zeitschriften bzw. Schriftenreihe erscheinen bis heute zur Kritik der Psychologie das »Forum Kritische Psychologie« als Publikation der Holzkamp-Schule und seit 1977 die Zeitschrift »Psychologie- und Gesellschaftskritik«. Sie hatte zunächst den Untertitel »Zeitschrift zur Kritik bürgerlicher Psychologie«. An ihr lässt sich ablesen, wie der ursprünglich kritische Impuls, die Analysen im Kontext eines grundsätzlichen, kritischen gesellschaftstheoretischen Horizonts zu verorten, verloren ging zunächst zugunsten irgendwie alternativer Vorschläge und Meinungen. Schließlich wurde dieses Blatt (und seine Tendenz ist prototypisch auch für andere Blätter) zum Tum-

melplatz von Nachwuchswissenschaftlern und ihres Profilierungseifers (»publish or perish«). Psychologie- und psychiatriekritische Artikel fanden sich auch in den 1970er Jahren in der Zeitschrift »Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis«, die entgegen landläufigen Auffassungen von Verhaltenstherapie politisch kritischer war als das Gros der Psychoanalytiker.

Eine organisationsunabhängige Zeitschrift zur kritischen Auseinandersetzung mit der Medizin erschien im Argument-Verlag ab 1970 unter dem Titel »Kritik bürgerlicher Medizin«, hieß ab 1972 »Argumente für eine soziale Medizin« und ab 1976 Reihe bzw. Jahrbuch »Kritische Medizin«. Weiterhin gab es das »Forum für Medizin und Gesundheitspolitik« (ab 1977) und das »Gesundheitspolitische Forum. Kollektives Organ im Gesundheitssektor arbeitender Gruppen« in der Mitte der 1970er Jahre sowie die heute noch existierende Zeitschrift »Dr. med. Mabuse«. In München erschienen von 1979 bis 1986 elf Ausgaben der psychiatrie- und psychologiekritischen Zeitschrift »Türspalt«.

Vielfältige und zum Teil nicht an grundsätzliche Gesellschaftskritik anknüpfende Ansätze zur Kritik am Medizinsystem fanden ihren Ausdruck in Großveranstaltungen wie dem Gesundheitstag 1980 in Berlin. Zeitweise bestanden »Gesundheitsläden«, in denen ganz pragmatisch und verbraucherfreundlich Patienten beraten und alternativmedizinische Praktiken empfohlen wurden. Die grundsätzliche Kritik an der Medizin in der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie André Gorz (1977, 97-108) knapp und prägnant formulierte, wurde hier selten erreicht.¹¹ Die Kritik bewegte sich von der gesellschaftsformationsspezifischen Kritik weg zu einer allgemein modernekritischen Thematisierung *des* Experten. Von der »potentiellen Gemeingefährlichkeit« (Goode 1972, 160) der Professionen wird gesprochen, sind sie doch von außen, von Vorgesetzten oder vom Laienpublikum, aus Kompetenzmangel nicht wirksam zu beurteilen oder gar zu kontrollieren. Mit Illich wurde die Macht in der Gesellschaft auf die Macht der Experten eng geführt.¹²

Seit 1976 existieren oppositionelle Listen in den Landesärztekammern und seit 1986 ein »Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte« (vdää). 1976 errang in Hessen die »Liste demokratischer Ärzte« »mit einem deutlich linken Wahlprogramm« (Beck 2002, 78) aus dem Stand 10 Prozent der Stimmen. Die Listen in anderen Bundesländern – in den neuen Bundesländern entstanden laut Beck keine – nannten sich »Liste Gesundheit«, »Liste Soziales Gesundheitswesen«, »Liste unabhängiger demokratischer ÄrztInnen«. »Bis etwa 1992 legten die oppositionellen Listen Wahl für Wahl zu und erreichten schließlich einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 22 Prozent. Seit 1996 allerdings hat sich das Blatt gewendet, stabilisieren sich die Wählerstimmen bei durchschnittlich 15-20 Prozent« (Ebenda, 78 f.). In Berlin gelang es der »Fraktion Gesundheit« über Koalitionen, ab 1987 den Präsidenten der Ärztekammer zu stellen. Ellis Huber wurde 1998 abgewählt. Seine Positionen (vgl. sein Buch »Liebe statt Valium. Plädoyer für ein neues Gesundheitswesen«, Berlin 1993, Taschenbuchausgabe 1995) waren Beispiel für eine radikale, wenn auch gesellschaftstheoretisch nicht fundierte Kritik am Medizinsystem. Es wäre zu fragen, inwieweit die von Winfried

11 Vgl. zu einer frühen Kritik an der Ausblendung grundsätzlicher, an Gesellschaftskritik anknüpfender Überlegungen den Beitrag von Thomas Willmann und mir im Info des Berliner Gesundheitsladens von 1982.

12 »Ich schlage vor, dass wir die Mitte des 20. Jahrhunderts die Epoche der entmündigenden Experten-herrschaft nennen«. Die Experten werden zu »Machern der gesellschaftlichen Wünsche und Phantasien und der kulturellen Werte« (Illich 1979, 7). Aus den jeweiligen Sonderrollen der Experten und Professionellen scheint sich selbst noch in ihrer Selbstkritik die Gewohnheit fortzusetzen, die eigene Stellung nicht relativieren zu können. Sie bleiben Gläubige ihres eigenen Scheins – wenn auch nun mit umgekehrtem Vorzeichen.

Beck (2002, 79), Vorsitzender des »vdää« seit 1986, für die 1970er Jahre genannten inhaltlichen Schwerpunkte der Medizinkritik (Aufmerksamkeit für Umweltmedizin, für Nazivergangenheit der Medizin, für § 218, für psychosoziale Fächer als Inhalt der Ausbildung, für Psychiatriereform) den Horizont der Medizinkritik richtig umreißen. Becks eigener »radikaler Reformvorschlag« (Ebenda, 81 f.) geht darüber weit hinaus, thematisiert aber nicht gesellschaftstheoretisch fundiert die Hindernisse der Realisierung solcher Vorschläge und die Denk- und Habitusformen im medizinischen Bereich (vgl. dazu Creydt 2006).

Kritik an Technik und Ingenieurskünsten formulierte die Zeitschrift »Wechselwirkung«¹³ seit 1978 und die in vergleichsweise hoher Auflage erschienene Taschenbuchreihe »Technologie und Politik« im Rowohlt-Verlag in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Leider wurde hier nicht angeknüpft an eine bereits 1932 von Heinrich Hardensett formulierte Analyse der zur kapitalistischen Gesellschaftsformation in Divergenz stehenden Momente von Technik.

Ulrich Beck und Michael Brater haben arbeitsinhaltliche Ansprüche als notwendiges und nicht zu tilgendes Moment kapitalistischer Gesellschaften analysiert. Ihre These lautet, »dass diese Maßstäbe und Ansprüche aus den widersprüchlichen Strukturbedingungen der Berufsarbeit selbst hervorgehen und damit in genau derselben Weise gesellschaftlich-historisch begründbar und ›realistisch‹ sind wie die anderen, gemeinhin als sehr viel unproblematischer empfundenen ökonomisch-tauschbezogenen Interessen und Ansprüche im Beruf. Etwas pointiert ausgedrückt wollen wir den Gedanken ausarbeiten, dass sich unser Gesellschaftssystem über den Beruf potentiell selbst kritisiert und in Frage stellt, indem es hier strukturell Zwecke für subjektives Handeln hervorbringen muss, die ihm zugleich widersprechen bzw. den Maßstab darstellen, an dem es selber kritisch zu messen ist« (Beck, Brater, Daheim 1980, 265). In der Zeitschrift »Leviathan« wurden 1976 diese Thesen breit diskutiert.

Zwar bildet der Gebrauchswert kein exterritoriales Gelände gegenüber den kapitalistischen Strukturen, Formen und Bewusstseinsinhalten und wird von ihnen nicht einfach äußerlich unterworfen, setzt aber immerhin einer instrumentalistischen Warentauschorientierung Grenzen. Hoffnung mache, »wie wenig letztlich die subjektive Bedeutung der konkreten Inhalte der Berufsarbeit psychisch substituierbar ist durch abstrakte Gratifikationen« (Beck, Brater 1976, 207). Allerdings müssen unter herrschenden Bedingungen die Arbeitenden schon aus eigenem Interesse ihre arbeitsinhaltlichen Ansprüche dann senken, wenn die sonst überbeanspruchte Arbeitskraft geschont werden soll und insofern Leistungszurückhaltung und -einschränkung nahe liegen. Und ebenso sind eigene Karrierechancen allzu oft mit einer Identifizierung mit dem »Angesagten« verbunden. Hartwig Schmidt (1995) hat die hier einschlägigen Selbstunterwerfungen und Verkehren meisterlich charakterisiert. Emanzipatorische arbeitsinhaltliche Ansprüche geraten in Konflikt mit dem Bedürfnis nach Anerkennung.¹⁴ Es kommt zu einer Art doppelter Verkehrung zwischen – etwas moralisch formuliert – betrogenen Betrügnern (vgl. Creydt 2000, 296-303). Die Anbieter sichern

13 In einer Werbeanzeige (von 1981) heißt es: »Wechselwirkung berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte. Wechselwirkung analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf. Wechselwirkung ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.«

14 Die viel beschworene »offene Gesellschaft« funktioniert unter der Voraussetzung, dass sie »keine Differenz mehr kennt, die ihre Offenheit bezeugte. Natürlich erlaubt das System die Formulierung kritischer oder gar oppositioneller Ansichten. Doch wen interessierte das? Für die meisten Leute geht es schon lange nicht mehr darum, in irgendeiner Form Recht zu behalten gegen die normative Dampfwalze des Faktischen. Im Wesentlichen geht es vielmehr darum, dabeizubleiben – um nicht zu den Verlierern zu gehören« (Rossum 2004, 38).

sich ihren Absatz auch, indem sie der Herausarbeitung der Bedürfnisse mit ihrer Kompetenz zuvorkommen, vor der Frage die Antwort zu liefern. Umgekehrt finden sich die Anbieter beschränkt durch die entsprechend inhaltlich-qualitativ umstrittene Nachfrage, die sich zwar am vorfindlichen Angebot hatte bilden können, die Anbieter dann aber auf das entsprechende Niveau festlegt.

Beck/Brater betonen zu Recht, dass die individuelle konkrete Berufsarbeit lebensgeschichtlich in einen individuellen Entwurf eingestellt ist, der das Arbeiten in einen umfassenden Deutungs- und Sinnzusammenhang rückt. Alle Kritik an den die Individuen der Vergegenwärtigung ihrer eigenen prosaischen Realität enthebenden Sinnangeboten kann sich zum Sinnbedürfnis insofern nicht einfach negierend verhalten, als dieses auch »eine lebendige verdrängte, aber nicht aufgelöste Realität« (1976, 191) beinhaltet. Arbeitsinhaltliche Ansprüche widersprechen der Orientierung am Prinzip, »erst dann etwas für andere zu tun, wenn man selbst ›etwas davon hat« (ebenda). Selbstverständlich sind »Selbstlosigkeit und Verantwortung für andere« sowie »Interesse und Engagement an einer Aufgabe um ihrer selbst willen« sowie »die Bereitschaft, die Arbeit nach ›sachadäquaten‹ und inhaltlichen Maßstäben zu verrichten« (ebenda) ambivalent. Die Berufs- und Helferideologien sind gewiss Gegenstand der gründlichen Auseinandersetzung, wenn an arbeitssinhaltlichen Ansprüchen im emanzipatorischen Sinne angesetzt werden können soll, sie veröden dieses Terrain aber nicht apriori zum für emanzipatorische Ansätze verbrannten Boden.

Dass die Arbeit von ihrer subjektiven Seite her Selbstzweck wird, wird bisweilen von Berufsmenschen anders realisiert als Gesellschaftskritiker sich es vorstellen. Auf die subjektive Verausgabung kommt es dann oft dem Individuum an (neben der extrinsischen Belohnung), und dies überwuchert die Aufmerksamkeit für die soziale Dimension der Arbeit. So ist beispielsweise zu beobachten, wie Ingenieure in der Produktion sich gleichgültig gegenüber Zweck und Grund des Produktes und der sozialen Abwicklung der Produktion (z. B. Entlassungen) verhalten, wenn es ihnen nur selbst gelingt, sich mit einer Tätigkeit geltend zu machen, in der sie sich, wie es so heißt, »einbringen« können. Die Konkurrenz um die interessanten Arbeitsaufgaben vergiftet die Atmosphäre. »Wenn man mit ›denen ganz oben‹, ›privat‹, über sein ›eigenes Projekt‹ verhandeln kann, das man dann in der Freizeit zu Hause für den Betrieb realisiert, so sichert man sich die Arbeit, die kreativ ist, mit der man sich identifizieren kann, in die keiner reinreden kann, mit der man quasi sein eigener Unternehmer wird. Einmal abgesehen von dem finanziellen Vorteil sichert man sich im Konkurrenzkampf nicht nur die interessanten Entwicklungsaufgaben, sondern zugleich auch ein Stück Autonomie und berufliche Identität. Damit lässt sich auch jenes psychische Gleichgewicht erhalten, das durch die Verunsicherung durch die alltägliche Routinearbeit im Betrieb verloren zu gehen droht. Zwar arbeitet man bis spät in die Nacht und achtet wenig auf die Gesundheit; aber man arbeitet nicht für den Papierkorb« (Leithäuser u. a. 1987, 203 f.).

Arbeitsinhaltliche Ansprüche sind demgegenüber im emanzipatorischen Sinne immer auf im emphatischen Sinne gute Arbeit für gute

Zwecke bezogen. Beck/Brater betonen, dass es einer an ihrer emphatisch verstandenen Gestaltung interessierten Gesellschaft daran gelegen sein muss, die instrumentelle Orientierung der Arbeitenden und deren Gleichgültigkeit gegenüber den Arbeitsinhalten zu überwinden. Zwar vermeidet diese Orientierung eine Schönfärbung der Arbeitsrealität unter Beanspruchung des sozialen Sinns der Arbeiten für ihre Adressaten, geht aber mit einer Delegation der Inhaltsbestimmung an Arbeit»geber« und einer entsprechenden Entmündigung der Arbeitenden einher. »In dem Maße dagegen, in dem die Arbeitenden ihre Arbeit aus subjektiven Motiven heraus inhaltlich ernstnehmen, entwickeln sie Vorstellungen und Ansprüche, in Bezug auf diese Arbeit, werden sie in diesem Sinne zu deren bewusstem Subjekt, das nach eigenen Kriterien gestaltend und fordernd eingreift« (Beck, Brater 1976, 209), und stellen das arbeitsinhaltliche Verfügungsmonopol der Arbeitgeber infrage. Insgesamt verbindet sich mit dieser arbeitsinhaltlich motivierten Gesellschaftskritik eine Utopie, in der »Arbeitsbedingungen und -ziele sich tatsächlich nach menschlichen Bedürfnissen richten, Persönlichkeit wirklich in der Arbeit entfaltet und gefordert wird, Produktionsarbeiter tatsächlich Nützliches herstellen, Werbefachleute wirklich kritische Informationen erarbeiten, Ärzte tatsächlich heilen, Lehrer Schülern wirklich Sinnvolles beibringen« (Ebenda, 212).

Die grundsätzlich kritische Aufmerksamkeit in und gegenüber den benannten professionellen Praxisfeldern ist im Laufe der 1980er Jahre in den Hintergrund gerückt. Eine auf das Ganze der Gesellschaft bezogene Kritik der Professionen verlor mit einer Infragestellung dieses Theorietypus u. a. durch ökologische und feministische Perspektiven an Bedeutung. »Zwar lässt sich vermuten, dass die Zahl der im weitesten Sinne ›links‹ oder ›alternativ‹ politisch arbeitenden Menschen keineswegs abgenommen hat, aber ihre Orientierungen und Zielsetzungen sind anders geworden. Mangels praktikabler Perspektiven einer wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse konzentriert sich ›linke‹, kritische und emanzipative Politik immer stärker auf Schadensbegrenzung, Abwehr von Diskriminierung und Übergriffen aller Art, Notfallhilfe und Katastropheneinsatz. Sie wird immer sektoraler und bereichsspezifischer, defensiver, auf punktuelle Missstände, spezifische soziale Gruppen und aktuelle Konflikte konzentriert. Was weitgehend fehlt, ist eine etwas umfassendere gesellschaftliche Perspektive« (Joachim Hirsch, in: links, Zeitung des Sozialistischen Büros, H. 3/94, S. 51).

Der Abschied von der Einheit der Gesellschaftskritik motivierte sich auch oft aus dem reduktionistisch-abstrakten Charakter der gesellschaftskritischen theoretischen Entwürfe bzw. ihrem unentwickelten Stand. Auch die Propagandisten der Gesellschaftskritik und -theorie nahmen oft die Absicht für die Tat.¹⁵ Auch ihnen fehlte der lange Atem. Die »neuen Franzosen« und die Foucault-Rezeption trugen dazu bei, dass ein auf Allgemeinheit gerichteter Theorietyp als selbst gewaltsame Mimesis ans Schlecht-Allgemeine in Verruf geriet. Die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre erstarkende spontaneistische Bewegung war größtenteils mit einem starken Affekt gegen Theorie verbunden. Ihr wurde eine intellektualisierende Entfernung von vermeintlich unmittelbaren »Betroffenheiten« vorge-

15 Dabei kritisierte Marx die »klassische Ökonomie« dafür, »unmittelbar, ohne die Mittelglieder die Reduktion zu unternehmen und die Identität der Quelle der verschiedenen Formen nachzuweisen. [...] Sie (die klassische Ökonomie – Verf.) hat nicht das Interesse, die verschiedenen Formen genetisch zu entwickeln, sondern sie durch Analyse auf ihre Einheit zurückzuführen [...]«. (MEW 26.3, 491).

worfen. Zudem schoben sich auch andere, wiederum einheitsstiftende übergreifende Themen in den Vordergrund – wie beispielsweise die »Repression« 1976/77, die Abwehr von F. J. Strauß als Kanzlerkandidat oder die »Nachrüstung«. Auch die Ökologie wurde zu einer Art neuer Weltanschauung mit apokalyptischem Zeithorizont. Diese Themen einer alarmistischen Fünf-vor-Zwölf-Stimmung, die Ende der 1970er, Anfang der 1980er den kritischen Zeitgeist beschlagnahmten, standen einer geduldigen Arbeit an einer allgemeinen Gesellschaftskritik, die intern derart differenziert ist, dass sie in der Lage ist, die Praxisfelder von innen aufzuschließen, ebenso entgegen, wie einer geduldigen Aufbauarbeit kritischer Praxis und einschlägiger Gegenöffentlichkeiten. Weiterhin zeigten bereits die Alternativbewegung und die Etablierung der Grünen das Bedürfnis, unmittelbar praktische Umsetzungsergebnisse der Kritik zu erzielen. Dies ging zulasten von deren Tiefe und führte zu einer pragmatischen Verwässerung im »Bessermachen« unter unveränderten übergreifenden gesellschaftlichen Strukturen. Gewiss hat zum Erlahmen der Kritik der Berufsinhalte auch beigetragen, dass die im Vergleich zu den 1970er Jahren später ungleich höhere Arbeitslosigkeit bereits Studenten nolens volens karriereorientierter werden ließ.

Allerdings ist auch aus den letzten 15 Jahren von Zeitschriften und Publikationen zu berichten, die den kritischen Impuls der grundsätzlichen Kritik an den professionellen Praxisfeldern weiterentwickeln. Die Kritik am Schulwesen wird im letzten Jahrzehnt formuliert u. a. von Andreas Gruschka und in der von ihm initiierten Zeitschrift »Pädagogische Korrespondenz«, in Klaus Holzkamps Buch von 1993 über das »Lernen« (vgl. auch die entsprechenden Diskussionen u. a. im »Forum Kritische Psychologie«), von Freerk Huiskens (1991, 1992) und Rolf Gutte (1994). Diese Publikationen zeigen an, dass eine grundsätzlich gesellschaftstheoretisch fundierte und zugleich sich auf die Besonderheit des Gegenstands einlassende Schul- und Pädagogik-Kritik formuliert und nachgefragt wird. Neuere Literatur zur grundsätzlichen und nicht nur verteilungstheoretisch oder gerechtigkeitsbezogenen (»Die Armen sterben früher«) Kritik am Gesundheitswesen nenne ich in Creydt 2006. Eine sowohl mit ihrem Gegenstand vertraute als auch grundsätzliche Kritik an der Sozialarbeit hat Kurt Bader (1985, 1990) vorgelegt. Auch aus Fachbereichen wie der Landschaftsplanung ist von grundlegenden Analysen und Kritiken zu berichten, die das Besondere aus sich selbst heraus zum Allgemeinen aufschließen und über die Landschaftsplanung hinaus für die Debatten um das Verhältnis Gesellschaft-Natur, Ökologie, Nachhaltigkeit und Geschlechterverhältnis zentral sind.¹⁶

Eine studentische Initiative zur Wissenschaftskritik veröffentlichte ab 2002 in Bremen eine »Schriftenreihe zu Bildung&Wissenschaft des AstA Uni Bremen«. ¹⁷ Auch im »Forum Wissenschaft« – der Zeitschrift des BdWi – finden sich bisweilen kritische Artikel zur Wissenschaft und zu einzelnen Professionen. Einen Text, der die Notwendigkeit von Wissenschaftskritik als Schwerpunkt linker Praxis an den Hochschulen begründet, sowie eine nach behandelten Themen und Autoren gegliederte Liste jener Veröffentlichungen aus den letzten 30 Jahren, die als gute Exemplare bereits durchgeführter Wissenschaftskritik gelten können, liefert Creydt 2001.

16 Vgl. die vielfältigen Publikationen von Ulrich Eisel seit 1980. Die Herausgabe eines ›best-of-‹ Bandes der von Eisel neben seinen Büchern veröffentlichten Artikel ist überfällig.

17 Gegenstand der Kritik waren der »Radikale Konstruktivismus«, das »Lernen unter dem Diktat der Note«, »Victor Klemperers antifaschistische Sprachkritik als Faschismuskritik aus dem Geist des Nationalismus« u. a.

In heutigen Positionsbestimmungen des der LINKSPARTEI nahe stehenden studentischen Verbandes mit dem sehr anspruchreichen Namen SDS spielen hingegen eine Kritik an Wissenschaften und Professionen keine Rolle. Wenn aber Studentenpolitik mehr sein soll, als Werbung oder Nachwuchsrekrutierung für eine Wahlpartei oder akademischer Syndikalismus, dann ließe sich an vielen der oben genannten Analysen und Kritiken, Erfahrungen und Projekte anknüpfen.

18 Vgl. dazu Creydt 2006.

Auch bewegungs-, gewerkschafts¹⁸- und ordnungspolitisch überschreiten die hier thematisierten arbeitsinhaltlichen Ansprüche den Begriff einer ergonomisch, arbeitsrechtlich und verteilungspolitisch verstandenen »guten Arbeit«, wie er bei vielen Linken dominiert. Demgegenüber geht es um die Aufmerksamkeit und Urteilskraft, die die externen und indirekten Effekte des Arbeitens, der Arbeitsprodukte und -voraussetzungen und der mit ihnen verbundenen Sozialbeziehungen im Blick hat. Auch Ursachen, Gründe und Motive des Bedürfnisses lassen sich vergegenwärtigen, wenn im kommunikativen Austausch von Produzenten, Konsumenten und anderweitig Betroffenen gefragt wird, welches Arbeitsprodukt welche Arbeitsmühe lohnt und welche Mängel der Lebensweise nicht selbst bearbeitet werden, sondern kompensatorisch oder überkompensatorisch Ausweichkonsum nahe legen. Diese Aufmerksamkeit übersteigt den Horizont der Warentauschenden.

Die jeweils Tätigen sind nun »Repräsentanten« ihrer Kunden, Klienten und von den Tätigkeiten und ihren direkten und indirekten Resultaten sonst Betroffenen (MEW 1, 325). Über die Qualität der sozialen Synthesis erweist sich als mitentscheidend, dass in der im guten Sinne professionellen Tätigkeit mitreflektiert wird, welche problematischen Effekte und Voraussetzungen dieses Tun nicht bedienen darf, soll es als Tun gelingen. Zu kritisieren ist z. B. der Missbrauch der Medizin zum Reparaturbetrieb für andernorts durch Arbeit an den Ursachen von Krankheiten zu beseitigendes oder zu minimierendes Leid. Medizin – um bei diesem Beispiel zu bleiben – muss über sich selbst hinausgreifen, um selbst gelingen zu können.¹⁹ Dass sich professionelles Tun an den beschriebenen arbeitsinhaltlichen Maßstäben orientiert, errichtet zudem Schranken gegenüber der individuellen Vorteilsnahme oder der minderwertigen Pseudoleistung vor dem Hintergrund des Kompetenzgefälles zum Kunden oder Klienten. Zu vergegenwärtigen und entwickeln ist in vielen Arbeiten eine ihnen eigene, nicht bornierende und nicht monopolisierungs- und immunisierungsanfällige professionelle »Ehre«, die sich nicht auf eine selbstwerdendliche Stilisierung des eigenen Tuns, sondern auf eine Innenlenkung bezieht, welche arbeitsinhaltliche Ansprüche und die Verortung des eigenen Tuns in der sozialen Welt zur Bremse für merkantile Ambitionen und zum fördernden Moment für die Arbeit an der Gestaltung der Gesellschaft geraten lässt: »Arbeit für mich und für die Welt« (Marx).

Mit dem Scheitern des sogenannten »real existierenden Sozialismus« gewannen die Anreizvorteile der »Marktwirtschaft« an Glanz. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung und dem Mangel an intrinsischer Arbeitsmotivation auch im modernen Kapitalismus²⁰ stellt sich die für jede sozialistische Perspektive zentrale Frage, wie die Betei-

19 Vgl. ausführlicher dazu Creydt: Selbstverantwortung (...).

20 »Nur 47 Prozent der deutschen Arbeitnehmer sind wirklich motiviert im Job. Die restlichen 53 Prozent haben sich innerlich schon von ihrem Arbeitgeber verabschiedet oder werden von anderen Motivationen geleitet - vielen geht es nur um den Job, sie arbeiten um zu leben und nicht umgekehrt. Das kam jüngst bei einer Befragung von »The Executive Committee«, einer Organisation mittelständischer Führungskräfte, heraus« (Schmincke 2005, 30).

ligten zu einer sorgsamem, effizienten und ihrer Effekte und Voraussetzungen bewussten Arbeit finden. Auch für die Antwort auf diese Frage bildet die Vergegenwärtigung und Entwicklung der hier beschriebenen arbeitsinhaltlichen Ansprüche ein wesentliches Moment.

Literatur

- Bader, Kurt: Viel Frust und wenig Hilfe. Die Entmystifizierung sozialer Arbeit. Weinheim 1985. Bd. 2 erschien 1990.
- Beck, Ulrich; Brater, Michael: Grenzen abstrakter Arbeit. Subjektbezogene Bedingungen der Gebrauchswertproduktion und ihre Bedeutung für kritische Berufspraxis, in: Leviathan 2/1976.
- Beck, Ulrich; Brater, Michael, Daheim, Hansjürgen: Soziologie der Arbeit und Berufe. Reinbek bei Hamburg 1980.
- Beck, Winfried: Gesundheitsmarkt – Oppositionelle Strömungen in der Ärzteschaft, in: Forschungsjournal NSB (Neue Soziale Bewegungen), Jg. 15 2002, H. 3.
- Creydt, Meinhard: Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit. Frankfurt/M 2000.
- Ders.: Die Wissenschaft, die nicht denkt, in: Fachschaftsreferat des AstA FU Berlin (Hrsg.): Reader zum kritischen Hochschultag am 23. 5. 2001, S. 2-11 und 111 ff..
- Ders.: Selbstverantwortung als Ideologie. Die Medizin des Gesundheitswesens, in: Forum Wissenschaft 1/2006. Meine Texte finden sich unter: www.meinhard-creydt.de.
- Ders.: Die Befreiung der Arbeit, in: UTOPIE kreativ, Heft 189/190 (Juli/August 2006).
- Fuchs, Werner: Der Weg nach oben, in: Ortmann, Hedwig; Müller, Burkhard; Fuchs, Werner: Universitärer Alltag. Gießen 1977.
- Goode, William J.: Professionen und die Gesellschaft. In: T. Luckmann, W. Sprondel (Hrsg.): Berufssoziologie. Köln 1972.
- Gorz, André: Zerschlagt die Universität, in: Sozialistisches Jahrbuch 3. Berlin 1971.
- Gorz, André: Ökologie und Politik. Reinbek bei Hamburg 1977.
- Gruppe Rheinische Zeitung: Sozialistische Hochschulpolitik. Bonn 1977.
- Gutte, Rolf: Lehrer – Ein Beruf auf dem Prüfstand. Reinbek bei Hamburg 1994.
- Hardensett, Heinrich: Der kapitalistische und der technische Mensch. München 1932.
- Holzkamp, Klaus: Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt/M. 1993.
- Horkheimer, Marx: Traditionelle und kritische Theorie. Frankfurt/M. 1970.
- Huisken, Freerk: Die Wissenschaft von der Erziehung. Hamburg 1991.
- Huisken, Freerk: Weder für die Schule noch fürs Leben. Hamburg 1992. Die beiden Bände erschienen inzwischen in einem Band.
- Illich, Ivan u. a.: Entmündigung durch Experten. Reinbek bei Hamburg 1979.
- Leithäuser, Thomas u. a.: Lebenswelt Betrieb. Opladen 1987.
- Rossum, Walter von: Meine Sonntage mit »Sabine Christiansen«. Wie das Palaver uns regiert. Köln 2004.
- Schmidt, Hartwig: Subjektivierende Unterwerfung. Erlebt in vorzugsweise intellektuellen Milieus, in: Ders.: Das unterwürfige Selbst. Mainz 1995.
- Schmincke, Polly: Krankmacher Karriere, in: Hochschulanzeiger (der FAZ) Nr. 80, 2005.
- Vack, Klaus: Bericht über die Entwicklung des Sozialistischen Büros, in: Sozialistisches Büro (Hrsg.): Für eine neue sozialistische Linke. Frankfurt/M. 1973.

GARNET HELEN BRÄUNIG

Zwang und Soziale Arbeit – ein Widerspruch in sich?

Trotz des Doppel- oder Dreifachmandats der Sozialarbeit, die nicht nur den Ansprüchen der Klienten, sondern auch ihren eigenen als Profession sowie denen ihres jeweiligen Trägers verpflichtet ist, spricht man gemeinhin von der Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession, deren Ziele zum einen die individuelle Autonomie und zum anderen die soziale Integration ihrer Klienten sind. Aber in ihrem Engagement für die Interessen der Klientel kommt die Soziale Arbeit bekanntlicherweise nicht ohne Zwang aus.

Was versteht man eigentlich unter Zwang? »Zwang ist Einwirkung von außen auf ein Individuum, durch welche dessen Handlungsspielraum beschnitten wird. Erlebter Zwang ist all das, wogegen man relativ zu seinen Mitteln nichts unternehmen kann, was man, unabhängig vom Willen, aushalten muß. Zwang ist also der Gegensatz zur Freiheit« (Brockhaus). Ludwig Börne hielt sogar jeden Zwang für Gift für die Seele, und Adolph Freiherr von Knigge war der Meinung, dass Zwang tötet. Wie lässt sich also Zwang in der Sozialen Arbeit mit ihrem hehren Ziel der Hilfe zur Selbsthilfe und ihrer stützenden und integrativen Funktion vereinbaren?

Zwang der Klientel

Vornehmlich liegt der Zwang, dem die Klientel unterworfen ist, im Blickpunkt. Niemand wird freiwillig zum Klienten, vielmehr ist es meist eine Institution, die jemanden durch eine Auflage oder ein Urteil dazu macht. In allen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit zusammen ist nur ein gutes Drittel der Klientenkontakte selbstinitiiert. Und diese Klienten, die »freiwillig« den Sozialarbeiter aufsuchen, tun dies in der Regel auch nur infolge eines unerträglichen Leidensdrucks. In allen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit ist bei einer Begegnung zwischen Klient und Sozialarbeiter ein unsichtbarer Dritter mit im Spiel, nämlich der Auftraggeber, der Gesetzgeber, also die Person, die diese Begegnung initiiert oder finanziert. In der absoluten Mehrzahl ihrer Fälle werden die Einrichtungen der Sozialen Arbeit von dritter Seite (andere Kontrollinstanzen, Verwandte, Arbeitgeber etc.) über Normverstöße informiert. Der Dialog zwischen Klient und Sozialarbeiter ist somit eher ein Trialog bzw. sogar Multilog. Es scheinen fast weniger die Handlungsadressaten der Sozialarbeit unter einem Problem zu leiden als vielmehr die Informanten unter einem von ihnen erkannten Normbruch.

Und als wenn es des institutionellen Zwangs, dem die Klientel unterworfen ist, noch nicht genug wäre, hat die Soziale Arbeit selbst,

Garnet Helen Bräunig – Jg. 1957, 1976-2004 Krankenschwester, Tätigkeit in der Kranken-, Alten- und Privatpflege; 1986-1989 Mitarbeit in der Friedensinitiative, 1996-2003 ehrenamtliche Tätigkeit mit Migranten; Seit 2004 Studium der Sozialpädagogik, 2006-2007 Arbeit im Frauenhaus und Stadtteilarbeit in Hamburg.

die doch den Klienten unterstützen und integrieren soll, eine Doppelfunktion der Hilfe und Kontrolle, erwarten ihre Träger und Geldgeber doch die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit der Gesellschaft von ihr, zu deren Zweck abweichende Individuen soweit zu bringen sind, dass sie gesellschaftlichen Normen wieder entsprechen. So ist es nicht verwunderlich, dass die Soziale Arbeit sogar selbst Zwang auf den Klienten ausübt, um ihn zur Anpassung an und Integration in die Gesellschaft zu bewegen, sei es in Form von Gutachten, von Zwangseinweisungen oder Zwangserziehung, damit sie ihren Ordnungs-, Schutz- und Kontrollauftrag erfüllen kann. Je größer die Bedeutung des Klienten für den Produktionsprozess ist, desto kontrollierender und disziplinierender sind die Maßnahmen des Sozialarbeiters ihm gegenüber (z. B. Jugendliche im Gegensatz zu Älteren, Kranken oder Müttern). Zielsetzung und methodisches Vorgehen der Sozialarbeit bestimmt sich also nicht primär aus dem eigentlichen Problem, sondern aus dem angenommenen Wert des Klienten für den Produktionsprozess.

Zwang der Sozialarbeit

Kann man vor diesem Hintergrund die Sozialarbeit überhaupt als Interessenvertretung der Klientel, als Menschenrechtsprofession bezeichnen? Oder ist der Sozialarbeiter nichts als ein unselbständiger, mäßig bezahlter Angestellter ohne viel Initiative und Verantwortung und ohne Einfluss auf die Sozialarbeit, die er verrichtet? Sind es nicht vielmehr die Vereine, Verbände und Behörden, in deren Dienst der Sozialarbeiter steht, die die Sozialarbeit finanzieren und deshalb auch planen, dirigieren und verändern? Spiegeln diese gesellschaftlichen Institutionen nicht die Interessen der Gesellschaft wider, die der Sozialarbeiter beim Klienten durchzusetzen hat? Ist es überhaupt immer das Interesse des Klienten, an die Gesellschaft angepasst und in die Gesellschaft integriert zu werden?

Wie bereits eingangs erwähnt, wird niemand freiwillig zum Klienten, sondern er wird dazu gemacht, sei es durch Institutionen oder durch den eigenen Leidensdruck. Die Auflage einer Institution bzw. den Leidensdruck verdankt der Klient wiederum seinem devianten Verhalten, das der gesellschaftlichen Norm widerspricht. Sein deviantes Verhalten ist wiederum in der Regel die Folge von gesellschaftlichen Widersprüchen, deren Opfer er unfreiwillig geworden ist. Die Klientel rekrutiert sich nicht aus der besitzenden Oberschicht, sondern aus der besitzlosen Unterschicht, genau genommen aus dem unteren und mittleren Drittel der Lohnabhängigen. Je tiefer die Stellung in der sozialen Hierarchie der Lohnabhängigen ist, desto größer ist die Gefahr der Deklassierung zur Klientel. Die Mehrheit der Klientel ist sogar aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess herausgefallen und weist infolgedessen gesellschaftlich bedingte individuelle Schwächen auf. Die Sozialarbeit bearbeitet also nichts anderes als gesellschaftliche Widersprüche. Dies tut sie jedoch weniger im Auftrag der Klientel, als vielmehr im Auftrag von Institutionen, die Apparaturen zur Durchsetzung von Verwertungsbedürfnissen und Herrschaftsansprüchen des Kapitals gegenüber den Unterprivilegierten darstellen. Mit allen anderen Institutionen sozialer Kontrolle bilden die Einrichtungen Sozialer Arbeit ein Se-

lektionssystem sektorieller Kontrolle, das eine Eigendynamik entwickeln kann, die sich von dem eigentlichen problematischen Verhalten der Klientel relativ ablöst.

Devianz und Delinquenz, die die Sozialarbeit zu bearbeiten hat, sind die Folgen der gesellschaftlichen Widersprüche, eine Reaktion auf Schäden der Gesellschaft und verraten ein Protestpotential dessen, der abweicht. »Kriminalität scheint eine verzweifelte, anarchis-tische und destruktive Weise der Umkehr erlebter Ablehnung und Feindseligkeit gegen die Gesellschaft zu sein« (Tilman Moser). Die gesellschaftliche Reaktion auf dieses Protestpotential der Deklassierten ist eine organisierte Verfolgung bestimmter Formen abweichenden Verhaltens zur Neutralisierung des latenten Protestpotenzials in Form von:

- verniedlichenden Bezeichnungen für die Deklassierten (Randgruppen, Marginalexistenzen), obwohl es sich um riesige Gruppen bzw. Bevölkerungsteile handelt (mindestens 15 Mio. Menschen in der BRD);
- Linderung und Trost durch Sozialarbeit;
- Bestrafung und Abschreckung durch Polizei und Justiz.

Die Sozialarbeit scheint also die gesellschaftlichen Widersprüche dergestalt zu bearbeiten, dass sie das Protestpotential der Klientel neutralisiert. »Die Soziale Arbeit nimmt das Moment der Revolte, welches sich in der Devianz ausdrückt, nicht auf, sondern kaschiert es durch Linderung und Trost, anstatt Anlaß zur Veränderung ihrer Produktionsfaktoren zu geben, die unverändert von neuem Devianz bewirken« (Walter Hollstein).

Dennoch zelebriert die Soziale Arbeit seit 1955 ein gänzlich neues Selbstverständnis. War ihre vordringliche Aufgabe in den Jahrhunderten vor der Wohlstandsgesellschaft die Fürsorge, die Bekämpfung materiellen Elends, so proklamierte Hans Muthesius 1955 auf dem Deutschen Fürsorgetag Lebenshilfe zur Beseitigung psychosozialen Elends als Bestimmung, als eigentliche zentrale Funktion der Sozialarbeit. Ihr Bezugsrahmen hierbei sind die gesellschaftlich gültigen Wertvorstellungen. Gleichzeitig begann sie einen verzweifelten Kampf um ihre Angleichung an den professionellen Status der Vollakademiker. Zur Unterstreichung dieses Anspruchs betont sie ihre Autonomie, die sich in Selbstbestimmung und eigenen Konzeptionen ausdrückt. Gemäß dieser Konzeptionen ist eine persönliche, vertrauensvolle Beziehung zwischen Sozialarbeiter und Klient Voraussetzung für eine effiziente und effektive Bearbeitung der jeweiligen Problemlage.

Dieses neue Selbstverständnis der Sozialen Arbeit lässt jedoch nicht nur außer Acht, daß in der Sozialen Arbeit die Grundvoraussetzung einer wahrhaft persönlichen Beziehung zwischen Sozialarbeiter und Klient, nämlich die Freiwilligkeit, in der Regel fehlt, sondern auch, dass die Sozialstaats-Illusion in Form eines garantierten Existenzminimums für jeden nicht Arbeitsfähigen nicht der Sozialarbeit zur Erfüllung ihrer wahren Bestimmung verhilft, indem gesellschaftliche Widersprüche verringert oder beseitigt werden, sondern vielmehr eine Neutralisierungstechnik des latenten Protestpotenzials der Deklassierten darstellt, indem die Reproduktion der kollektiven Arbeitskraft durch die Sozialpolitik des Staates sicherge-

stellt wird. Verelendung ist und bleibt als Unterschied zwischen Wunsch und Wirklichkeit immer relativ. »In der modernen Überflusgesellschaft besteht eine derartige Diskrepanz zwischen den gegenwärtigen Existenzformen und den erreichbaren Möglichkeiten menschlicher Freiheit, daß die Gesellschaft, will sie zu starkes Unbehagen vermeiden, eine wirksame Koordination der Individuen vornehmen muß« (Herbert Marcuse).

Die Koordination der Sozialarbeiter wird, wie bereits erwähnt, durch die Vereine, Verbände und Institutionen, in denen sie tätig sind, vorgenommen:

- So wurde 1973 die Sozialarbeiterin K., die in einer Frankfurter Obdachlosen-(Baracken-)Siedlung eine Kinderstube betreute, von ihrem Arbeitgeber, der Arbeiterwohlfahrt (AWO), gekündigt, als sie die Eltern der Kinder aktivierte, einen Bewohnerrat zu gründen, der die Einrichtung eines Abenteuerspielplatzes und den Einbau von Duschen in den von ihnen bewohnten Notunterkünften forderte. Die AWO begründete ihre Kündigung mit diversen unbewiesenen und unbeweisbaren Vorwürfen. Als die Eltern sich mit K. solidarisierten, schloß die AWO kurzerhand die Kinderstube und löste den Konflikt damit auf Kosten der Betroffenen. Diese besetzten jedoch die Spielstube, so dass es zu Polizeieinsätzen kam und die Angelegenheit vor dem Sozialausschuss der Stadt Frankfurt verhandelt wurde. Trotz darauffolgender Einigungsbemühungen der AWO mit dem Bewohnerrat machte dieser in einer Presseerklärung den Konflikt mit der AWO publik, so dass nach einer Gesamt-AWO-Tagung in Koblenz nicht nur die Sozialarbeiterin K., sondern auch AWO-Vorstandsmitglied und -Geschäftsführer in Frankfurt arbeitslos waren.

- Weiterhin wurde 1974 in Wiesbaden ein Caritasdirektor, für dessen Arbeit nicht der perfekte Apparat der Caritas, sondern gemäß ihres Leitbildes das soziale, christliche Engagement an der Basis ausschlaggebend war, wegen angeblicher Fehler in der Buchhaltung entlassen, weil er den Erwartungen der Caritas von straffer Verwaltungskontrolle und Imagepflege nicht gerecht wurde.

- Ebenfalls 1974 verlor der spanischer Sozialarbeiter M., der im Dienste der Caritas in Gießen die spanischen Arbeiter der Firma Tonwerke Gail betreute, seine Arbeit, als es zum Arbeitskampf der Spanier aufgrund verschärfter Akkordarbeit kam, in dessen Verlauf die Caritas M. Hausverbot für die Firma erteilte. Trotz seiner rein vermittelnden Tätigkeit zwischen Arbeitern und Personalchef geriet er zwischen alle Fronten und diente schließlich der Firma als Sündenbock im Arbeitskampf. In seinen Vermittlungsbemühungen im Interessenkonflikt zwischen Arbeitgeber und -nehmern verweigerte ihm sein eigener Arbeitgeber, die Caritas, die Rückendeckung, da er ihrer Weisung, sich strikt aus innerbetrieblichen Problemen herauszuhalten, nicht Folge geleistet hätte. Der Caritas lag offensichtlich mehr an der Interessenvertretung ihrer zahlungskräftigen Sponsoren aus dem Personalrat der Firma Tonwerke Gail als ihrer unterprivilegierten spanischen Klienten.

Diese Konflikte geben keine Antwort darauf, wie Sozialarbeiter im Dienste der Klientel arbeiten können. Es scheint vielmehr so zu sein, dass sie sich nur für die Interessen der Klientel engagieren können, wenn sie sich gegebenenfalls gegen die Interessen der Institu-

tionen stellen, wobei sie jedoch ihren Arbeitsplatz riskieren. Eine eigendynamische Entfaltung der Sozialarbeit wird von externen Kräften behindert, die Aufgabenstellung der Sozialarbeit richtet sich gezwungenermaßen nach den Bedürfnissen der Institutionen, wodurch der Sozialarbeiter zum Agenten und Repräsentanten des herrschenden Staates degradiert wird. Sozialarbeit hat somit keinesfalls die Aufgabe, Armut und Verelendung als Ursachen für Abweichung zu bekämpfen und zu beseitigen, sondern bei der Klientel für die materielle und ideologische Reproduktion des bestehenden Systems, dem diese doch seine Deklassierung zu verdanken hat, zu sorgen. Im Dienste für gesellschaftliche Institutionen ist die Aufgabe der Sozialarbeit die moralische Deklassierung der Klienten durch Hilfsmittel sozialer Kontrolle, um diese zur notwendigen Anpassung und Unterwerfung im Sozialprozess zu bewegen und auf eine anomale »Normalität« auszurichten, in der die Deklassierung großer Bevölkerungsteile ein gesellschaftliches Interesse für die Aufrechterhaltung der ungleichen Verteilung ist.

Resümee

Der Widerspruch der Sozialen Arbeit liegt darin, dass die (Wohlfahrts-)Institutionen ebenso durch die Verelendung der Klientel ihre Existenz sichern und dem Sozialarbeiter seinen Arbeitsplatz bewahren, wie die herrschende Klasse dadurch ihre Herrschaft aufrecht erhält. Ebenso wie große Teile der Unterschicht der Lohnabhängigen zum Sozialfall deklassiert werden, so werden die Sozialarbeiter zu Agenten und Repräsentanten des herrschenden Staates deklassiert. Da die Soziale Arbeit im Grunde genommen denselben Zwängen wie ihre Klientel unterworfen ist, läuft sie in Gefahr, sich in eine vermeintlich »überlebenswichtige Vogel-Strauß-Taktik (...), in eine Berufsblindheit vor dem gesellschaftlichen Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital und dessen sozialen Konsequenzen« und eine daraus »resultierende Ideologisierung des Selbstverständnisses von Sozialer Arbeit« (Hans Bilger) zu flüchten, was sich u. a. dadurch äußern kann,

- dass der Sozialarbeiter im Interesse seines Arbeitsplatzes die ihm von den Institutionen auferlegte Aufgabe, bei der Klientel die Reproduktion des Systems zu erreichen, erfüllt, indem er deren Notlagen als individuell bedingt diagnostiziert und therapiert und dabei ein gesellschaftliches Problem individualisiert;
- dass sich die Sozialarbeit im fachlichen Theoretisieren mit wissenschaftlichem Anspruch flüchtet, um durch seine Anerkennung als Vollakademiker die Tatsache zu verschleiern, dass der Sozialarbeiter zum gesellschaftlichen Neutralisierungsinstrument des Protestpotenzials seiner Klientel verkommen ist.

»Es gehört zum Mechanismus der Herrschaft, die Erkenntnis des Leidens, das sie produziert, (durch Erziehung) zu verhindern oder (durch Abschreckung) zu verbieten« (Theodor Adorno).

Dieser Mechanismus wird bei Sozialarbeitern und Klienten gleichermaßen angewandt. Vor diesem Hintergrund sollte die Sozialarbeit deshalb nicht müde werden, sich immer wieder aufs Neue bewusst zu machen, dass ihre vordringliche Aufgabe nicht in der Erfüllung der Erwartungen ihrer Träger und Geldgeber liegt, sondern in

- der Befähigung der Klienten durch psycho-soziale Lebenshilfe;
- der Aufklärung der Klienten, daß ihre Probleme nicht individuelle, sondern kollektive, gesellschaftlich bedingte sind;
- der Ausrichtung der Klienten auf Selbsthilfeorganisationen.

Denn eine grundlegende Verbesserung oder Veränderung ihrer Problemlagen kann nur von den Betroffenen selbst ausgehen. Wenigstens zu dieser Erkenntnis kann (und soll) ein Sozialarbeiter seinen Klienten verhelfen. Der Vorteil eines Sozialarbeiters – etwa gegenüber einem Polizisten – liegt nämlich darin, daß der Klient durchaus das Bedürfnis nach materieller und persönlicher Hilfe hat und nicht grundsätzlich den Kontakt zum Sozialarbeiter ablehnt. Mag die primäre Funktion Sozialer Arbeit auch darin liegen, die beschädigte Arbeitskraft der Klientel zu erhalten und reparieren, so liegt dies doch auch im Interesse derselben, denn ihre Arbeitskraft ist ihr einziger Besitz. Insofern findet Sozialarbeit grundsätzlich auch im Interesse der Klientel statt. Sie kann deren Problemlagen zwar nicht ursächlich beheben, aber sie kann ihr den Weg aufzeigen, die Lösung bzw. Bewältigung ihrer Schwierigkeiten selbst in die Hand zu nehmen.

Literatur

- Hans Bilger: Konflikte in der Sozialarbeit, Weinheim und Basel 1978.
Brockhaus, Mannheim 1993.
Walter Hollstein, Marianne Meinhold: Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt/M. 1973.
Harro Kähler: Soziale Arbeit in Zwangskontexten, München 2005.
Peter Malinowski, Ulrich Münch: Soziale Kontrolle, Darmstadt 1975.

RICHARD SORG

Soziale Lage und Sozialpolitik in Deutschland*

Von den sozialen Lagen und Problemen ausgehen

Die leitende systematische Grundkonzeption dieses herausragenden Standardwerks, Sozialpolitik als Antwort auf soziale Probleme zu verstehen, war schon bei seinem erstmaligen Erscheinen 1980 das Markenzeichen des seinerzeit vierköpfigen Autorenteam, das nun mit Jennifer Neubauer auch eine Autorin hinzugewonnen hat. Beschränkte sich in der Erstauflage das Werk unter dem Titel »Sozialpolitik – Eine problemorientierte Einführung« neben der Einleitung auf fünf Kapitel, auf die »Gefährdungsbereiche« Einkommen, Beschäftigung, Qualifikation, Gesundheit und Alter, zusammengefasst in einem Band auf ca. 400 Seiten, so hat sich in der nunmehr bereits vierten, zwei Bände umfassenden Auflage nicht nur der quantitative Umfang auf 1200 Seiten verdreifacht, sondern auch das Spektrum der behandelten Bereiche erheblich ausgeweitet (so etwa die Kapitel »Familie und Kinder« sowie »Soziale Dienste«). Die Inhaltsübersicht zeigt, wie breit dieses Werk angelegt ist und auf welches Spektrum an Fragen es Antworten und Informationen bietet.

In Band I werden zunächst als Einführung die beiden grundlegenden Kapitel behandelt: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland (Kapitel I) sowie Ökonomische Grundlagen und Finanzierung (Kapitel II). Dann folgen detailliert ausgeführt die jeweiligen Einzelbereiche: Einkommen (Kapitel III), Arbeit und Arbeitsmarkt (Kapitel IV); fortgeführt in Bd. II mit Arbeit und Gesundheitsschutz (Kapitel V), Gesundheit und Gesundheitssystem (Kapitel VI), Familie und Kinder (Kapitel VII), Alter (Kapitel VIII) und schließlich Soziale Dienste (Kapitel IX).

Unverändert ist das »grundlegende Konstruktionsprinzip, die Darstellung an den sozialen Problemen und Risiken der Bevölkerung zu orientieren und von dort aus zur Sozialpolitik mit ihrem vielfältigen Geflecht von Maßnahmen, Leistungen und Institutionen fortzuschreiten«. Die »materielle und immaterielle *Lebenslage* der Menschen« bleibt für die Autorin und die Autoren die »Leitlinie« für die Beurteilung der sozialen Risiken und der Auswirkungen der Sozialpolitik (S. 5). Zusätzlich zu den staatlichen werden auch die zahlreichen nichtstaatlichen sozialpolitischen Aktivitäten berücksichtigt. Das gilt neben den tarifvertraglichen und betrieblichen Regelungen insbesondere auch »für den Bereich der sozialen Dienstleistungen im Spannungsfeld von Staat, Wohlfahrtsverbänden, Familie sowie Selbsthilfe und Ehrenamt.« Diese »problemorientierte Herangehensweise« (S. 6) bestimmt den Aufbau des Werks: erst mit den so-

Richard Sorg – Jg. 1940; Prof. Dr. phil., Studium der Theologie, Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie; Professor für Allgemeine Soziologie am Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg (heute: Hochschule für angewandte Wissenschaften, HAW); seit 2005 im Ruhestand. Neuere Publikationen: Von der Wissenschaft des Sozialwesens (2000) (zusammen mit Hans Pfaffenberger und Albert Scherr); Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft (2003); zuletzt in UTOPIE kreativ: Kapitalismus und soziale Arbeit, Heft 194 (Dezember 2006).

* Der Beitrag stellt das Buch vor: Gerhard Bäcker, Gerhard Naegele, Reinhard Bispinck, Klaus Hofemann, Jennifer Neubauer: Sozial-

zialen Lagen und Problematiken zu beginnen, bevor dann in einem zweiten Schritt die sozialpolitischen Aktivitäten und institutionellen Regelungen als Antworten darauf dargestellt werden.

Demokratische Teilhabe setzt soziale Sicherheit voraus

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Grundsatzdebatte über die Zukunft des Sozialstaats ist für die Autorin und die Autoren die Einsicht zentral, »dass sich eine demokratische Gesellschaft, die auf die Beteiligung und Teilhabe der ganzen Bevölkerung zielt, nur auf der Grundlage verlässlicher sozialstaatlicher Strukturen entwickeln kann« (S. 7), dass Demokratie und Sozialstaat sich wechselseitig bedingen, was ja auch in den entsprechenden fundamentalen Artikeln des Grundgesetzes festgeschrieben ist. Dabei geht es für sie nicht um ein einfaches Festhalten am Tradierten, sondern um »ein *kritisch-konstruktives* Verhältnis zum deutschen Sozialstaat«, um die Option »einer *reformorientierten Weiterentwicklung*« entsprechend den gesellschaftlichen Veränderungen (z. B. dem Wandel der Familienformen und der Geschlechterrollen).

Wenn vermieden werden soll, dass soziale Risiken – ob Arbeitslosigkeit oder Krankheit, familiäre Krisen oder Armut – »zur gesellschaftlichen Ausgrenzung führen« (S. 43), ist Sozialpolitik vonnöten. Diese wird definiert als »all jene Maßnahmen, Leistungen und Dienste, die darauf abzielen,

- dem Entstehen sozialer Risiken und Probleme vorzubeugen,
- die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger befähigt werden, soziale Probleme zu bewältigen,
- die Wirkungen sozialer Probleme auszugleichen und
- die Lebenslage einzelner Personen und Personengruppen zu sichern und zu verbessern« (S. 43).

Der Gesamtkomplex der Sozialpolitik, quantitativ etwa ein Drittel des Sozialprodukts umfassend, kann auch als *Sozialstaat* oder als *Wohlfahrtsstaat* bezeichnet werden. »Der Begriff Sozialstaat ist Ausdruck für die aktive, gestaltende Rolle, die der *demokratische* Staat im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben einnimmt und kennzeichnet zugleich einen historisch-konkreten Gesellschaftstyp, der eine entwickelte marktwirtschaftlich-kapitalistische Ökonomie mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs verbindet.«(44)

Sozialpolitik kompensiert das Versagen des Marktes

Historisch waren es insbesondere die »mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft und den sozialen Folgewirkungen der kapitalistischen Ökonomie verknüpften Arbeitnehmerrisiken«, die sozialpolitische Antworten erforderten, und zwar durch die Politik bzw. durch den Staat, da der Markt allein diese Probleme nicht zu lösen vermochte. Dies habe Gültigkeit bis heute: Sozialpolitik hat darum nicht zuletzt die Funktion, das Versagen des Marktes zu kompensieren. Zusätzlich zu den spezifischen Arbeitnehmerrisiken gewannen die allgemeinen Lebensrisiken wie z. B. Krankheit oder Pflegebedürftigkeit zunehmend ihren Platz auf der sozialpolitischen Agenda, insbesondere weil im Gefolge der gesellschaftlichen Umbrüche die traditionellen, vor allem familiären Ressourcen und Fähigkeiten zur Problembewältigung abnehmen. Doch obwohl der

politik und soziale Lage in Deutschland, Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung, 622 S.; Band 2: Gesundheit, Familie, Alter und Soziale Dienste, 616 S., 4., grundlegend überarbeitete und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2008.

Bedarf an sozialpolitischen Sicherungen und Hilfen sich bis weit in die Mittelschichten hinein verallgemeinerte, kumulieren und konzentrieren sich nach wie vor die »sozialen Risiken auf Angehörige der unteren sozialen Schichten«, da die gesellschaftliche Modernisierung keineswegs die soziale Ungleichheit beseitigt hat.

In dem von der Autorin und den Autoren zugrunde gelegten »*Lebenslagekonzept*« wird eine Wechselbeziehung von Verhältnissen und Verhalten angenommen: Lebenslagen sind sowohl Ausgangsbedingungen wie Resultat menschlichen Handelns. Die Lebenslage – mit ihren unterschiedlichen Dimensionen (vom Einkommen bis zur Gesundheit) und abhängig von bestimmten historisch gewachsenen sozialökonomischen Entwicklungsniveaus – begrenzt und eröffnet zugleich Spielräume für das Handeln der Menschen. Als sozialpolitisch prekär oder gefährdet gelten demnach Lebenslagen dann, wenn grundlegende Bedürfnisse in einer oder in mehreren Dimensionen nicht befriedigt (z. B. im Falle von Wohnungslosigkeit) oder die »jeweils erforderlichen Gestaltungs- und Veränderungspotenziale« (S. 46) nicht hinreichend vorhanden sind. Wird, was für die Suche nach präventiven sozialpolitischen Maßnahmen sinnvoll sein kann, das Lebenslagekonzept mit der »Lebensverlaufsanalyse« verknüpft, gelangt man zu »Risiko- und Problemketten« (z. B. im Falle von chronischen Krankheiten Erwachsener, die gegebenenfalls auf Krankheitsrisiken in der Kindheit zurückführbar sind; Langzeitarbeitslosigkeit in Abhängigkeit vom Grad der schulischen oder beruflichen Ausbildung; oder Altersarmut als Folge der Einkommensbenachteiligung von Frauen während ihrer aktiven Erwerbsphase).

Sozialpolitik vollzieht sich aber nicht nur reagierend und bloß umverteidend. Vielmehr wirkt sie auch aktiv auf Wirtschaft und Gesellschaft ein. Unterschieden nach ihren Eingriffsformen »regulative Politik« (rechtliche Ge- und Verbote), »distributive Politik« (Sozialtransfers) und »Infrastruktur- und Dienstleistungspolitik« (Einrichtungen bedarfsbezogener Versorgung) bewirkt sie nicht nur »eine politisch-staatliche Korrektur und Überformung von Marktprozesse(n)« (S. 47), sondern verändert auch die Sozialstruktur einer Gesellschaft (durch Verringerung von Abhängigkeiten und sozialen Ungleichheiten, durch Unterstützung veränderter Geschlechter- und Generationenverhältnisse). Es ist verkürzt, sie nur als Last für die Gesellschaft anzusehen; sie hat auch eine eminent produktive Funktion, indem sie sozialen Wandel absichern hilft.

Sozialpolitik als Resultat politischer Kräfteverhältnisse und normativer Orientierungen

Gerade im Blick auf den internationalen Vergleich und die unterschiedlichen Typen von Sozialpolitik (so unterscheidet etwa Esping-Andersen idealtypisch den angelsächsisch liberalen, den kontinentaleuropäisch konservativen und den skandinavisch sozialdemokratischen Typus; zu dieser Typologie kommen ferner hinzu die »nachholenden Wohlfahrtsstaaten« Südeuropas (S. 52) und die im Transformationsprozess befindlichen ehemals sozialistisch-planwirtschaftlichen Staaten Mittel- und Osteuropas) greift eine bloß funktionalistische Analyse – »Sozialpolitik als Antwort auf die sozialen Folgewirkungen der kapitalistischen Ökonomie und auf den

Bedeutungsverlust traditionaler Hilfssysteme« (S. 49) – zu kurz. Vielmehr sind verschiedenartige historisch-konkrete Bestimmungsfaktoren mit zu berücksichtigen: wie die jeweiligen politischen Konstellationen und Kräfteverhältnisse (etwa die Stärke der Arbeiterbewegung oder das Vorhandensein spezifischer demokratischer, zivilgesellschaftlicher Traditionen sowie prägende Erfahrungen etwa im Gefolge von Kriegen oder Diktaturen), ferner die institutionellen und administrativen Arrangements (föderaler vs. Zentralstaat, Verhältnis von Staat und Wohlfahrtsverbänden, Formen tariflicher Regelungen). Die jeweilige konkrete Gestalt der Sozialpolitik eines Landes in einer bestimmten Phase ist »Ergebnis von politischen Auseinandersetzungen, Koalitionen und Kompromissen« (S. 50) sowie der Eigeninteressen und Eigendynamik sozialpolitischer Institutionen, woraus auch der teilweise kaum durchschaubare und schwer zu systematisierende Wildwuchs sowie die teilweise gegenseitige Unabgestimmtheit sozialpolitischer Maßnahmen resultiert. Der Staat als Träger spielt »keine neutrale Schiedsrichterrolle«, sondern ist eingebunden in die politischen Kräfteverhältnisse.

Neben den genannten Bestimmungsfaktoren spielen auch *normative* Orientierungen wie Leitbilder oder Wertentscheidungen eine nicht zu unterschätzende Rolle für die faktische Ausgestaltung der Sozialpolitik. So werden soziale Probleme bis zu einem bestimmten Grad auch »sozial konstruiert und konstituiert, d. h. sie werden erst in einem politischen Prozess entdeckt und definiert« (S. 53).

Die Antworten auf die Frage, zum einen nach der gesellschaftlich-politischen Anerkennung sozialer Probleme als öffentliche und also politisch zu bearbeitende zum anderen die nach Zuweisung davon unterschiedener an die private Zuständigkeit, hängen ab von den jeweiligen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit als Generalziel der Sozialpolitik, von den Gewichtungen der drei zentralen normativen Ziele: Freiheit, Sicherheit und Gleichheit (S. 54). So wird die Priorisierung von Freiheit die Eigenverantwortlichkeit der Adressaten betonen und damit eine eher liberale Auffassung von sozialer Gerechtigkeit zum Ausdruck bringen, während die Priorität auf Sicherheit, z. B. im Sinne der Bewahrung bestehender Familien- und Sozialstrukturen, eher eine sozialkonservative Prägung von sozialer Gerechtigkeit impliziert, wohingegen die Betonung von Gleichheit eher einem sozialistisch-sozialdemokratischen Verständnis entspricht. Die Autorin und die Autoren sehen freilich hier keinen grundsätzlichen Zielkonflikt, sondern betrachten die drei Kernziele als komplementär. Desgleichen schließen sich in ihrer Sicht auch die Kriterien Leistung und Bedarf bzw. Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit, ergänzt noch um die Diskussion von Verteilungs-, Partizipations-, Startchancen- und Prozesschancen-Gerechtigkeit, nicht gegenseitig aus, sondern sind miteinander verknüpfbar, und sie sind auch faktisch in dem von Widersprüchlichkeiten bestimmten Ganzen der Sozialpolitik verbunden. Die »strukturelle Widersprüchlichkeit (des Sozialstaats, R. S.) ist zum einen der Komplexität sozialer Wirklichkeit geschuldet und zum anderen Ergebnis des Umstands, dass Sozialpolitik abhängig ist vom politischen Aushandlungsprozess und vom historischen Wandel« (S. 56).

»Welcher Hilfe- und Unterstützungsbedarf für welchen Lebenslagenbereich, wie und in welcher Form letztlich durch Sozialpolitik abgedeckt wird, hängt nicht zuerst von öffentlich wahrgenommenen Bedarfslagen und sozioökonomischen Verhältnissen ab. Vielmehr entscheiden gesellschaftliche und weltanschauliche Normen sowie übergeordnete politische und soziokulturelle Vorstellungen darüber, ob und welche soziale Risiken und soziale Probleme überhaupt als solche anerkannt sowie welche Maßnahmen und Einrichtungen dann auch angeboten und finanziert werden. Die Frage, was als gesellschaftliches Problem und Risiko anerkannt und als veränderungsbedürftig betrachtet wird und was als privates Problem angesehen wird und in Eigenverantwortung gelöst werden muss, ist deshalb zutiefst politischer und damit normativer Natur« (S. 53).

Als zentrale Trends werden identifiziert:

- »Vermarktlichung der Sozialpolitik durch Abbau der öffentlichen und Ausbau der privaten Sicherung« (S. 77),
- »Vermischung der Prinzipien von gesetzlicher und privater Versicherung«,
- »Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den Leistungsanbietern« (S. 78),
- »Schrittweiser Rückzug der Arbeitgeber aus der Finanzierung der sozialen Sicherung«,
- »Weiterer Bedeutungsverlust der Selbstverwaltung«,
- »Aktivierung und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit«,
- »Ausbau der fürsorgerechtlichen Leistungen« (S. 79),
- »Ausweitung des Niedriglohnssektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse«,
- »Langsamer Wandel des Modells der Vorsorgerehe«,
- »Förderung von Bildung und Erziehung: Investive Sozialpolitik«.

»So ist es widersprüchlich, Gemeinsinn, mitmenschliche Solidarität und unentgeltliche Mitarbeit im Ehrenamt zu erwarten, zugleich aber eine Entwicklung hin zu einer marktradikalen Konkurrenzökonomie zuzulassen, die alle Lebensbereiche durchdringt, den Menschen nur unter der Maxime von Eigennutz und Renditenmaximierung sieht und ihn in diese Richtung fort.« (S. 72)

In den letzten Teilen des einführenden Grundlagenkapitels folgt, übersichtlich veranschaulicht durch eine Zeittafel, die Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Sozialpolitik in Deutschland bis zur Gegenwart, z. B. die der Komplementarität von Arbeiter(versicherungs)politik und Armenpolitik im 19. Jahrhundert (S. 57); der Politikfelder und Strukturprinzipien des in sich widersprüchlichen, alles andere als planmäßig entwickelten Gebäudes der Sozialpolitik (S. 64), resultierend wie bereits erwähnt »aus einer langen Kette sozialer Auseinandersetzungen und Konflikte [...] mit der Folge einer Vielfalt von Trägern, Rechtsgrundlagen, Finanzierungsverfahren, Leistungsarten und -voraussetzungen.« (S. 65) Dennoch sind einige grundlegende Strukturen und Prinzipien erkennbar: So dominiert die beitragsfinanzierte, lohnarbeitszentrierte Sozialversicherung als eine spezifische Verbindung von Versicherungs- und Solidarprinzip; ergänzt wird die Lohnarbeitszentrierung durch die Ehezentrierung zulasten verstärkter Erwerbstätigkeit von Frauen; die Träger der Sozialversicherung sind durch das Selbstverwaltungs- und Paritätsprinzip bestimmt als Grundlage für den weithin korporatistischen Charakter der deutschen Sozialpolitik; während als Ziel der Geldleistungen die erwerbsbezogene Lebensstandardsicherung dominiert, ist Armutsvermeidung der Bevölkerung kein explizites Ziel der Sozialversicherung, sondern Aufgabe der fürsorgerechtlichen Sozialhilfe, wo das Subsidiaritätsprinzip einschließlich Bedürftigkeitsprüfung gilt; gerade das Subsidiaritätsprinzip mit dem Vorrang der Wohlfahrtsverbände und Kirchen ist charakteristisch für das deutsche Sozialsystem.

Aktuelle Trends und Perspektiven der sozialpolitischen Entwicklung
Abgeschlossen wird das Einleitungskapitel mit der aktuellen Diskussion um Abbau, Umbau oder Reform des Sozialstaats.

Was die Perspektiven betrifft, so werden angesichts der sich verändernden ökonomischen, sozialen und demografischen Verhältnisse Reformen als unabdingbar angesehen und daher auch in allen Einzelkapiteln dieses Lehrbuchs detailliert diskutiert. Die Autorin und die Autoren weisen aber zugleich auf die innere Widersprüchlichkeit einer Politik hin, die z. B. verstärkt soziales und bürgerschaftliches Engagement einfordert. Gegen den Mainstream in der öffentlichen Meinung betonen sie: »der eingeschlagene Weg des Ab- und Umbaus des Sozialstaates in Richtung von Basissicherung, Privatisierung, Marktorientierung und Eigenverantwortung widerspricht den Zielen einer Gesellschaft, die durch soziale Sicherheit und sozialen Ausgleich charakterisiert ist und in der der Staat dementsprechend eine aktive und gestaltende Rolle spielt. Erst auf dieser Basis bieten sich für *alle* Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten einer freien Entfaltung und gleichberechtigten Teilhabe.« (S. 80)

Gegen die verbreitete Auffassung, den Sozialstaat heute vor allem als einen Kosten verursachenden Luxus anzusehen und als Belastung für den wirtschaftlichen Standort, argumentieren die Verfasserin und die Verfasser, dass sich soziale Sicherheit und ökonomische Effizienz durchaus verbinden lassen. Denn da die Betriebe und Beschäftigten unter erheblichem Modernisierungsdruck stehen, behindere soziale Unsicherheit, die sich als Leistungs- und Motivations-

bremse auswirke, gerade den wirtschaftlichen Strukturwandel. Der Sozialstaat wirke als positiver Faktor auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zurück: »Eine breit angelegte Ausbildung der Erwerbsbevölkerung und eine hohe Arbeitsproduktivität sind bei Angst vor sozialem Abstieg, Ausgrenzung und Armut nicht gewährleistet.« (S. 81) Aber obwohl der Sozialstaat auch ein wichtiger Produktivitäts- und Innovationsmotor ist, wie gegen eine einseitige Kritik betont wird, reicht diese Argumentation nicht aus. Denn der »Sozialstaat hat immer auch normative, d. h. soziale und humane Ziele, auch jenseits der Maßstäbe der engen ökonomischen Funktionalität. Der Umgang mit sozial Schwachen, mit Älteren, Behinderten, Familien und Kindern, das qualitative Niveau der gesundheitlichen Versorgung, die Schaffung von gleichberechtigten Lebenschancen für die gesamte Bevölkerung – all diese Elemente haben einen eigenen Wert, der nicht durch den Hinweis auf ökonomische Effizienzverluste, verminderte Rentabilität oder entgangene Wachstumsraten außer Kraft gesetzt wird.« (S. 81)

Ökonomische Grundlagen und Finanzierung des sozialen Sicherungssystems

Im zweiten Grundlagenkapitel (S. 93-211) geht es um die ökonomischen Zusammenhänge, um die Finanzierung des Sozialstaats sowie um dessen Finanzierungsfrage. Sozialpolitik in der Marktwirtschaft hat, so die Autorin und die Autoren, drei Hauptaufgaben oder lässt sich in drei Interventionsformen (S. 93 f.) gliedern: 1. Regulierung von Märkten (z. B. Arbeitsmarkt oder Pflegemarkt), 2. Einkommensumverteilung (z. B. Zahlung von Sozialeinkommen), 3. Bereitstellung sozialer Dienste (vor allem im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen). Die Struktur des Sozialbudgets (695,7 Milliarden € in 2005), in dem die finanzielle Dimension des Systems der Sozialen Sicherung ihren Ausdruck findet, sieht in Deutschland so aus, dass die Sozialversicherung etwa zwei Drittel davon ausmacht, wovon u. a. 32,6 Prozent auf die Renten-, 19,4 Prozent auf die Krankenversicherung, 11,9 Prozent auf die Ausgaben für Arbeitsförderung, 2,4 Prozent auf die Pflegeversicherung und 1,5 Prozent auf die Unfallversicherung entfallen (im Vergleich dazu liegen z. B. die Ausgaben für die Sozial- und Jugendhilfe jeweils bei ca. 2,5 Prozent). Die Sozialleistungsquote betrug 2005 31 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (S. 105), bei einer Staatsquote von insgesamt etwa 47 Prozent (S. 107). Die Höhe des Sozialbudgets sagt noch nichts über die Wirksamkeit und Qualität der Sozialpolitik aus. Unberücksichtigt sind beim ausgewiesenen Sozialbudget die unentgeltlichen sozialen Hilfeleistungen, die im Kontext von Familie oder anderen sozialen Netzen erbracht werden sowie die privaten Aufwendungen in der sozialen Sicherung (z. B. für die Vorsorge). All dies wäre noch zu berücksichtigen bei der Interpretation der Sozialleistungsquote und ihrer Entwicklung (S. 109).

Ausführlich wird das Problem der sog. Lohnnebenkosten diskutiert (S. 146 ff., bes. S. 154) Die Finanzierungsfrage des Sozialstaats (S. 155 ff.) wird erörtert unter Einbeziehung z. B. der demographischen Entwicklung, der Wanderungsbewegungen sowie der Wechselwirkungen zwischen Sozialpolitik und ökonomischem System

Gesamtwirtschaftlich macht es wenig Sinn, »steigende Sozialabgaben, wenn sie öffentlich über Beiträge und Steuern finanziert werden, als Zwangsabgaben und als Ausdruck einer unerwünschten Kostenexplosion zu erklären und *demgegenüber* die selben Ausgabenzuwächse, wenn sie privat über Versicherungsprämien oder Marktpreise finanziert werden, als Ausdruck eines zukunftsfruchtigen Wachstumsmarktes mit Beschäftigungs- und Gewinnchancen zu begrüßen« (S. 154).

(S. 177 ff.). Vor dem bereits erwähnten Argumentationshintergrund, den Sozialstaat auch in seiner produktiven und innovativen Funktion zu sehen, wird es als eine Zukunftsaufgabe bezeichnet, gerade den investiven und produktiven Charakter der Sozialpolitik zu stärken (S. 181). Bei den Finanzierungsalternativen der Sozialen Sicherung (S. 192 ff.) werden u. a. Konzepte wie die Bürgerversicherung (S. 199 ff.), die Wertschöpfungsabgabe (S. 202 ff.) oder die Kopfpauschalen in der Krankenversicherung (S. 204 ff.) erörtert.

Bereiche der Sozialpolitik im Einzelnen

Ab Kapitel III werden die einzelnen Risikobereiche mit ihren sozialpolitischen Antworten und Bearbeitungsformen dargestellt, gegliedert gemäß der Gesamtkonzeption des Werkes: nach der Darstellung der Sachzusammenhänge, ihrer Strukturen, Probleme und Entwicklungstendenzen, auf der Basis eines umfangreichen Zahlen- und Datenmaterials, zusammengestellt durch die Sichtung und Auswertung einer Fülle einschlägiger Dokumente und Publikationen, werden die jeweiligen aktuellen Debatten über Perspektiven und Konzepte möglicher Lösungen wiedergegeben, kritisch diskutiert und mit eigenen Vorschlägen konfrontiert. Jedes dieser Einzelkapitel stellt ein Nachschlagewerk dar und bietet eine solide Einführung in den jeweiligen sozialpolitischen Problembereich. So kann man sich im Kapitel *Einkommen* rasch informieren z. B. über geschlechtsspezifische Lohnunterschiede (S. 232 ff.), wonach zwei Drittel der Niedrigverdienenden (d. h. unter 75 Prozent des Durchschnittseinkommens) Frauen sind (S. 232); man bekommt ohne langes Recherchieren in Spezialliteraturen die Belege an die Hand, dass durch die Orientierung des Sozialsystems am männlich bestimmten Normalarbeitsverhältnis die meisten Frauen noch immer keinen durchgängig eigenständigen und ausreichenden Sicherungsschutz bei sozialen Risiken haben (S. 312); man findet Übersichten über die Vermögensverteilung (S. 247 ff.), wonach das obere Fünftel der Bevölkerung zwei Drittel des gesamten Vermögens besitzt (S. 248), bekommt Zusammenstellungen z. B. über die gesetzlichen Mindestlöhne in der EU präsentiert (S. 267) oder erfährt Näheres über die Umbruchstendenzen in der Tarifpolitik (S. 270 ff.). Bei der Erörterung der Armutsthematik wird anschaulich die Abhängigkeit der Armutsquoten von den zugrunde gelegten Armutsmaßen gezeigt (Tabelle S. 360), oder es wird bei den Reformoptionen auf die aktuelle Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen eingegangen (S. 376 ff.). Hier argumentieren die Autorin und die Autoren für eine Grundsicherung, aber gegen das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens (S. 378), vor allem aus zwei Gründen: weil sie Erwerbsarbeit für unverzichtbar halten und weil die Finanzierungsprobleme eines solchen Grundeinkommens praktisch nicht lösbar seien, wie sie vorrechnen.

Das sich anschließende Kapitel IV: *Arbeit und Arbeitsmarkt* (S. 391-601) hat ebenfalls den Umfang einer ganzen Monographie. So zeigt etwa, um wieder einige Einzelpunkte unsystematisch herauszugreifen, die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen von 1976 bis 2004 die Angleichung der Qualifikationen von Männern und Frauen: Waren z. B. 1976 noch 45 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen ohne Ausbildungsabschluss (Männer

26,6 Prozent), so sind es 2004 nur noch 16,8 Prozent (Männer 14,5 Prozent); was die geschlechtsspezifischen Erwerbsmuster betrifft (S. 408), so waren fast die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen 2004 in Teilzeit beschäftigt (S. 415). Überhaupt waren nur noch etwa 50 Prozent aller Beschäftigten 2004 in einem unbefristeten Vollzeit-arbeitsverhältnis tätig, also im »Normalarbeitsverhältnis« (Männer 85 Prozent, Frauen 51 Prozent) (S. 435). In zwei Dritteln aller geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse findet man Frauen. Spürbare Strukturveränderungen zeigen sich auch in der Berufsausbildung, ob unter geschlechtsspezifischer oder auch schichtspezifischer Perspektive betrachtet. Einige Zahlen z. B. zur akademischen Berufsbildung (S. 462 ff.): Von den ca. 2 Millionen Studierenden im Wintersemester 2003/04 waren immerhin knapp die Hälfte Frauen. Oder: Seit den 1980er Jahren sinkt der Anteil der Studierenden, »deren Eltern maximal die Hauptschule absolviert haben (1985: 37 Prozent, 2003: 16 Prozent), wohingegen der Anteil der Studierenden steigt, von denen mindestens ein Elternteil die Hochschulreife besitzt (1985: 36 Prozent, 2003: 55 Prozent).« (S. 463 f.) So sehr dies ein Indiz für die fortbestehende und z. T. wieder wachsende soziale Ungleichheit im Bildungssektor ist, so muss man freilich auch bedenken, dass seit der Bildungsexpansion in den 1960er/1970er Jahren sich auch die Qualifikationsstruktur der Elterngeneration von Jahrgang zu Jahrgang verbessert hat (S. 464). Sehr ausführlich wird in mehreren Unterkapiteln der große Problembereich der Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit (S. 481 ff.) dargestellt. Hier wird man z. B. über die unterschiedlichen Erwerbskonzepte und Berechnungsarten der Quoten der Arbeitslosigkeit in Kenntnis gesetzt, wie sie die ILO (International Labor Association) oder aber die deutsche Bundesagentur für Arbeit zugrunde legen mit entsprechenden erheblichen Unterschieden in den dadurch ermittelten Quoten (S. 484). Es finden sich hier auch überzeugende Argumente gegen die These, Arbeitslosigkeit werde durch sozialpolitische Schutzbestimmungen und Regulierungen befördert (S. 516 ff.).

Von hohem Informationswert sind auch die Kapitel *Arbeit und Gesundheitsschutz* (V), *Gesundheit und Gesundheitssystem* (VI), *Familie und Kinder* (VII) sowie *Alter* (VIII). So finden sich neben gewichtigen Argumenten gegen die Marktsteuerung von Gesundheitsleistungen (S. 118 f.) auch solche gegen die behauptete Kostenexplosion bei den Gesundheitsausgaben: Setzt man deren Anstieg ins Verhältnis zu dem des Sozialprodukts insgesamt, so ist ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (die »Gesundheitsquote«) z. B. von 1995 (10,1 Prozent) bis 2005 (10,7 Prozent des BIP) fast gleich geblieben (S. 213 f.). Die GKV-Ausgaben insgesamt stiegen zwischen 1992 und 2005 um 40,1 Prozent, das BIP um 38,4 Prozent; der Anteil ist also nur geringfügig verändert: 6,1 Prozent in 2005 gegenüber 6 Prozent in 1990. Noch einige weitere informative Zahlen zum Gesundheitssektor: 2004 waren ein Drittel der Gesundheitskosten der Gruppe der 65-85jährigen zuzurechnen, die nur 16,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht (S. 216). Das Personal in Krankenhäusern ist von 1995 bis 2005 von 1,1 Mio auf 1,0 reduziert worden (- 100 000) (Tabelle S. 170), während die Zahl der Ärzte von 101 000 auf 121 000 (+ 20 000) angestiegen ist. Bemerkenswert und ein Indikator für die gewachsene Belastung der hier Beschäftigten in

den letzten Jahren sind folgende Zahlen: Der Pflegedienst ist von 350 000 auf 302 000 (- 50 000) reduziert, das klinisches Hauspersonal von 33 000 auf 15 000 gar halbiert worden (S. 172). Im Gefolge der Umstrukturierungen durch die Gesundheitsreformen haben sich z. B. die Fallzahlen und die Verweildauer der Patienten umgekehrt proportional entwickelt, geschuldet dem Anreiz durch Fallpauschalen. Inhaltlich wird eine Überbetonung der spektakulären Akutmedizin und eine Vernachlässigung der Chronikermedizin und Geriatrie moniert (S. 176).

Zum Abschluß sollen noch einige Hinweise auf das Kapitel *Soziale Dienste* (IX) folgen, denn sie sind im Unterschied zu monetären Transfers deshalb ein wichtiger Teil der Sozialpolitik, weil neben finanziellen Ressourcen für bestimmte Arten von sozialen Problemen auch personenbezogene Hilfen erforderlich sind. Die Zusammenstellung nach Problemlagen, Zielgruppen und Handlungsformen (S. 506) sowie die nach Adressaten (S. 517) bietet zugleich eine Übersicht über das breite Spektrum von Handlungsfeldern Sozialer Arbeit. Erörtert werden u. a. Spezifika der Sozialen Dienste (S. 508 ff.) wie das Uno-actu-Prinzip, die Ko-Produktion oder die Unterscheidung von output (Vollzug der Dienstleistung) und outcome (Wirkung), desgleichen die fehlende Marktfähigkeit eines großen Teils der Sozialen Dienste (S. 513). Bekanntlich ist der Sozialektor auch ein großer und zudem expandierender Wirtschafts- und Beschäftigungsbereich. Das zeigt z. B. der Überblick über die Zahl der Beschäftigten bezogen auf die Jahre 1999 und 2004. Nimmt man Gesundheits- (7,3 Prozent Anteil an allen Beschäftigten) und Sozialwesen (4,3 Prozent) zusammen, sind hier über 10 Prozent (über 3 Millionen) aller Erwerbstätigen beschäftigt, davon 970 000 in sozialpflegerischen Berufen, worunter die Berufe der Sozialen Arbeit mit ca. 600 000 Beschäftigten vertreten sind (allerdings inkl. Altenpfleger). Der Trend zur Professionalisierung der Sozialen Dienste hält an, in denen nach wie vor zu 85 Prozent die Frauen dominieren, was die Arbeit angeht (S. 519). Angesichts freilich der männlich dominierten Leitungspositionen handle es sich um »Frauenberufe in Männerregie«. Was die Prognose betrifft, so dürften die Beschäftigtenzahlen hier weiter steigen; vor allem die Gesundheits- und Seniorenwirtschaft gelten als Wachstumsbranchen. Sehr nützlich ist z. B. der detaillierte Überblick über die Träger und Anbieter, über die Finanzierungsprobleme (S. 525 ff.) und über die diskutierten Reformkonzepte. So werden etwa bei der Erörterung der Ökonomisierungstendenzen¹ z. B. unterschiedliche Formen der Privatisierung vorgestellt, die Differenz von Objekt- und Subjektförderung gezeigt, die Debatte um Qualität und Qualitätssicherung präsentiert (S. 561 ff.). Was die nicht-professionellen Hilfeformen (wie bürgerschaftliches Engagement) betrifft, so finden sich diese eher bei den »weichen« sozialen Bedarfslagen, während für die »harten« eher Professionelle erforderlich sind. Während eine Erosion des klassischen Ehrenamts, z. B. in den Kirchen (S. 583), diagnostiziert wird, ist die Zahl und die Spezialisierung der Selbsthilfegruppen (wobei innen- und außenorientierte unterschieden werden) enorm angewachsen (S. 585), was z. B. eine Liste von Hunderten von Selbsthilfegruppen am Beispiel der Stadt Düsseldorf anschaulich zeigt (S. 588). Bundesweit gibt es nach Schätzungen etwa 70 000 aktive Selbsthilfegruppen und -initiativen mit etwa 3 Millionen Menschen (S. 589).

Es sind, so resümieren die Autorin und die Autoren, die »abnehmenden Problemlösungskapazitäten primärer Sozialformen vor dem Hintergrund der sozial-ökonomischen und demografischen Veränderungen, die den Trend zur Ausweitung und Differenzierung sozialer Dienste bestimmt haben« (S. 521).

1 Vgl. hierzu auch Richard Sorg: Soziale Arbeit und Ökonomisierung. Essay, in: Neue Praxis 2/2007, S. 209-215.

Zusammenfassung

Das hier vorgestellte Werk ist das Beste, was es nach Einschätzung des Rezensenten auf dem einschlägigen Büchermarkt an Vergleichbarem gibt: Lehrbuch, Handbuch, Nachschlagewerk und aktuelle Problem- und Alternativendiskussion in einem. Es bietet eine Fülle von Belegen und Argumenten für eine differenzierte und qualifizierte Debatte über Fragen und Kontroversen im gesamten, weit ausgedehnten Feld der Sozialpolitik. Weil es in vielfacher Hinsicht in hohem Maße nutzbringend verwendbar ist, gehört es, weit über den engen Fachkreis der Sozialpolitik hinaus, auf den Schreibtisch von allen, die sich mit sozialen Fragen befassen. Dies hat nicht zuletzt mit seiner konzeptionellen Anlage zu tun, die auch im Titel erkennbar ist: Es wird nicht einfach das institutionelle Gerüst und Spektrum der Sozialpolitik ausgebreitet; vielmehr wird diese verstanden und präsentiert als Antwort auf soziale Probleme. Ausgegangen wird deshalb von den realen sozialen Lagen und Risiken, um dann zu untersuchen, wie deren Bearbeitungsformen im System der sozialpolitischen Institutionen und Maßnahmen aussehen. Dabei wird nicht nur der Ist-Zustand detailliert und differenziert dargestellt, sondern es werden auch ausgiebig die aktuelle Debatte zu den verschiedenen Problemen, Bedarfen und Lösungsvorschlägen referiert und eigene Positionen der Verfasserin und der Verfasser, die sich als exzellente Experten der erörterten Thematiken erweisen, zur Diskussion gestellt. Dies ist insbesondere deshalb von hohem praktischen, politischen und theoretisch-wissenschaftlichem Interesse und Wert, weil wir in einer tief greifenden gesellschaftlichen und auch sozialpolitischen Umbruchsituation leben, der einschneidendsten seit Bestehen der Bundesrepublik, einer Situation, in der von den unterschiedlichsten Seiten und Interessenpositionen über die »Krise des Sozialstaats« debattiert und nach angemessenen »Reformalternativen« gesucht wird. Immer wieder weiten die Autorin und die Autoren den Blick auch über die Situation in Deutschland hinaus und ziehen vergleichend andere Länder, vorwiegend der EU, mit ein. Der praktische Nutzen des Werks wird durch eine Fülle von Übersichten, Tabellen und graphischen Abbildungen sowie ausführlichen Literaturlisten zu den einzelnen Kapiteln komplettiert. Von besonderer Bedeutung ist eine bemerkenswerte Innovation: die Kopplung der Print-Ausgabe mit den Möglichkeiten der digitalen Technik. Das Problem eines jeden gedruckten sozialpolitischen Nachschlagewerks, das rasche Veralten des Daten- und Zahlenmaterials, wird hier dadurch gelöst, dass zugleich mit diesem Lehr- und Handbuch eine ständige Internet-Aktualisierung angeboten wird; über die Web-Adresse »www.sozialpolitik-aktuell.de« kann man das jeweils aktualisierte Datenmaterial problemlos herunterladen und findet Links zu einschlägigen Dateien, Übersichten oder Gesetzeswerken. All dies belegt die herausragende Qualität und den hohen Gebrauchswert dieses Werks, das mit seinen zahlreichen informativen Übersichten und Daten als eine Art wissensmäßige Infrastruktur für den gesamten Sozialsektor gelten kann. Es bietet zugleich wichtige argumentative Beiträge zu den Reformdiskussionen in den einzelnen Feldern der Sozialpolitik von der Arbeitswelt bis zu den Sozialen Diensten sowie zur aktuellen Sozialstaatsdebatte insgesamt.

HEERKE HUMMEL

Warenwert, wo ist er geblieben?

Joachim Bischoff und Christoph Lieber haben sich kürzlich mit aktuellen Beiträgen zur Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie (Sammelband »Das Kapital neu lesen – Beiträge zur radikalen Philosophie«) auseinandergesetzt¹. Darin spielten Aspekte der Werttheorie und der Wertformproblematik eine bedeutende Rolle.

Wenn Bischoff und Lieber für die heutige »Kapital«-Lektüre als eigentliches Ziel die theoretische Rekonstruktion des ökonomischen Bewegungsgesetzes der modernen bürgerlichen Gesellschaft bezeichnen, als wichtigen Zwischenschritt dazu die Rekonstruktion der Marx'schen Darstellung der ökonomischen Kategorien betrachten und auf dieser Grundlage abgeklärt wissen wollen, »ob sich die Weiterentwicklung des kapitalistischen Organismus mit der Marx'schen Theorie begründen lässt«, so stehen eben die Werttheorie von Karl Marx und die Entwicklung der Wertform im Mittelpunkt auch solcher Betrachtung. Hier soll in der gebotenen Kürze gezeigt werden, wie sich für Marx selber Entstehung und Entwicklung der Wertform darstellten, wie Marx auf ihr schließliches Verschwinden schloss, dass und wie sich dieser Prozess aus der Logik der kapitalistischen Reproduktion heraus, also auf Grund des Bewegungsgesetzes der bürgerlichen Gesellschaft in der Realität bereits vollzogen hat, wie dieser Wandel logischerweise zu einer veränderten Betrachtungsweise des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses (quasi aus einem anderen Blickwinkel heraus) führt bzw. durch diese veränderte Betrachtungs- und Darstellungsweise offenbar wird.

Von der zufälligen Wertform der Ware zur Geldform

»Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware.«² Dies sind die ersten beiden Sätze, mit denen Karl Marx sein großes ökonomisches Werk »Das Kapital« einleitete, um dann die Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert der Ware zu erläutern. Diese Einheit ist eine Folge des Doppelcharakters der Waren produzierenden Arbeit, die sowohl konkrete (Gebrauchswert erzeugende) als auch gleichzeitig abstrakte (Wert bildende), menschliche Arbeit schlechthin ist. Marx selber bezeichnete diese zwieschlächtige Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit als den Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht.

Heerke Hummel – Jg. 1939, Dipl.-Volkswirt, 1963-1967 tätig als Wissenschaftlicher Assistent an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität, später als Wirtschaftsjournalist. Jüngste Buchveröffentlichung: Die Finanzgesellschaft und ihre Illusion vom Reichtum (2005). Zurzeit Arbeit an einem Buch über Europa und seine Linke (Theorie und Praxis linker Politik im Namen des Marxismus – Eine Kette von – zum Teil tragischen – Missverständnissen). www.heerke-hummel.de.

1 Siehe Sozialismus, Hamburg 2007, Heft 5.

2 Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Dietz Verlag Berlin 1959, S. 39.

Der Tauschwert ist im Marxschen Verständnis die Erscheinungsform des Wertes. Letzterer erscheint nicht als das, was er ist, nämlich in einem Produkt vergegenständlichte menschliche Arbeit schlechthin, sondern er stellt sich dar im Tauschverhältnis zweier Waren als Gebrauchswerte: 20 Ellen Leinwand = 1 Rock. Im Wertverhältnis zweier Waren sah Marx »den einfachsten Wertausdruck für eine Ware«, und er bezeichnete diese Erscheinungsform als »*einfache, einzelne oder zufällige Wertform*«. »Der Wert der Ware Leinwand«, heißt es bei Marx, »wird ... ausgedrückt im Körper der Ware Rock, der Wert einer Ware *im Gebrauchswert der anderen*«. Und weiter: »Diese Form kommt offenbar praktisch nur vor in den ersten Anfängen, wo Arbeitsprodukte durch zufälligen und gelegentlichen Austausch in Waren verwandelt werden.«³

3 A. a. O., S. 71.

Aus der einzelnen Wertform einer Ware, welche sie ins Verhältnis nur zu einer einzigen anderen setzte, leitete sich für Marx die *totale oder entfaltete Wertform* ab, indem der Wert der Leinwand z. B. »jetzt ausgedrückt (ist) in zahllosen andren Elementen der Warenwelt.« (20 Ellen Leinwand = 1 Rock oder = 10 Pfund Tee oder = 40 Pfund Kaffee oder = 1 Quarter Weizen oder = 2 Unzen Gold etc.) Diese zweite Form, bemerkte Marx, unterscheidet vollständiger als die erste den Wert einer Ware von ihrem eigenen Gebrauchswert, denn der Wert der Leinwand z. B. tritt jetzt seiner Naturalform in allen möglichen Formen gegenüber, Rockgleiches, Teegleiches usw.⁴

4 Ebenda.

In der *allgemeinen Wertform* dagegen werden nach Marx »die Werte der Warenwelt in einer und derselben von ihr abgesonderten Warenart«⁵ ausgedrückt, indem alle anderen Waren diese eine, besondere »zum Material ihrer einheitlichen, allgemeinen Wertform machen«.⁶

5 Ebenda.

6 A. a. O. S. 73.

Und in der *Geldform* als Ausdruck des Wertes einer Ware schließlich wird Gold zu diesem Material der einheitlichen, allgemeinen Wertform der Warenwelt. »Der Fortschritt«, schreibt Marx, »besteht nur darin, dass die Form unmittelbarer allgemeiner Austauschbarkeit oder die allgemeine Äquivalentform jetzt durch gesellschaftliche Gewohnheit endgültig mit der spezifischen Naturalform der Ware Gold verwachsen ist.« Doch »Gold tritt den andren Waren nur als Geld gegenüber, weil es ihnen bereits zuvor als Ware gegenüberstand«.⁷

7 A. a. O. S. 75.

Aber einmal zum gesellschaftlich anerkannten Material der einheitlichen allgemeinen Wertform geworden, kann sich das Gold aus dem ganzen Prozess des Warenaustausches zurückziehen und in den Tresoren der Banken verschwinden, um nur noch als ideelle Darstellung im Papiergeld auf dem Markt zu erscheinen. Der Frage des Papiergeldes widmete Karl Marx explizit ganze zweieinhalb Seiten seiner großen ökonomischen Analyse, um zu dem Fazit zu kommen: »Das Papiergeld ist *Goldzeichen* oder *Geldzeichen*. Sein Verhältnis zu den *Warenwerten* besteht nur darin, dass sie ideell in denselben Goldquantis ausgedrückt sind, welche vom Papier symbolisch sinnlich dargestellt werden. Nur sofern das Papiergeld Goldquanta repräsentiert, die, wie alle andren Warenquanta, auch Wertquanta, ist es *Wertzeichen*.«⁸ Und er war der Auffassung, dass die Geldware nicht, wie der englische Ökonom John Fullarton meinte, weil sie durch bloße Wertzeichen in der Zirkulation ersetzt werden kann, als

8 A. a. O., S. 133 f.

9 Vgl. Fußnote a. a. O., S. 134. Übrigens war praktisch die ganze Ökonomenzunft bis zur Kündigung des Abkommens von Bretton Woods im Jahre 1971 dieser Meinung, worauf unten noch näher einzugehen ist.

10 A. a. O., S. 46.

11 Gothaer Programm, zitiert nach: Karl Marx, Randglossen zu Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1958 S. 21.

12 Karl Marx, Brief an Bracke, in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Dietz Verlag Berlin 1958, S. 9.

13 Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, a. a. O., S. 15.

14 A. a. O., S. 15 f.

15 Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Dietz Verlag Berlin 1958, S. 386.

16 Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, a. a. O., S. 803 f.

17 A. a. O., S. 607.

Maß der Werte und Maßstab der Preise überflüssig ist.⁹ Marx dachte eben konsequent nur in den Begriffen und Maßstäben der Produktion und des Austausches von Waren als »Produkte selbständiger und von *einander unabhängiger Privatarbeiten*«¹⁰. Ein Ausbruch aus diesem Rahmen war für ihn und Friedrich Engels nur denkbar in Folge einer proletarischen Revolution und Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Und genau in dieser Frage nahm die reale Entwicklung, wie noch zu zeigen ist, einen anderen Verlauf als Marx (logisch schlussfolgernd) dachte.

Das Ende der Warenproduktion

Auf dem Gothaer Parteitag vereinigten sich 1875 die beiden damaligen deutschen Arbeiterorganisationen (Sozialdemokratische Arbeiterpartei – »Eisenacher« – und Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein – »Lassalleaner«) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Mit ihrem (Gothaer) Programm »erstrebt(e) die deutsche Arbeiterpartei ... die sozialistische Gesellschaft«¹¹. In seinen Randglossen unterzog Karl Marx dieses Programm einer scharfen Kritik – mit der Bemerkung: »Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.«¹² In Bezug auf die Ware-Wert-Problematik stellte er dort fest: »Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.«¹³ Und weiter: »Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent (...) von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit geliefert (...), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat (...) soviel heraus, als gleichviel Arbeit kostet.«¹⁴

Für Marx und Engels – das geht aus vielen ihrer Bemerkungen hervor – stand fest: Unter »sozialistischen« Verhältnissen, bei vergesellschafteten Produktionsmitteln, würden Ware-Geld-Beziehungen nicht »abgeschafft«, sondern infolge der neuen Bedingungen einfach aufhören zu existieren. »Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ›Werts‹.«¹⁵ Doch diese Vergesellschaftung der Produktionsmittel verstanden sie immer als eine bewusste revolutionäre Aktion. »Die Expropriateurs werden expropriert«, schrieb Marx, und dabei »handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse.«¹⁶ Anders konnte nach Marxscher Logik der Weg aus der warenproduzierenden in die sozialistische Gesellschaft nicht sein. Denn: »Der kapitalistische Produktionsprozess, im Zusammenhang betrachtet, oder als Reproduktionsprozess, (...) produziert und reproduziert das *Kapitalverhältnis* selbst, auf der einen Seite *den Kapitalisten*, auf der andren *den Lohnarbeiter*.«¹⁷

Der parteioffiziellen Wirtschaftswissenschaft des »Realsozialismus« blieb es vorbehalten, die Logik von Marx und Engels zu »durchbrechen«, zwar die Produktionsmittel in Gemeineigentum zu verwandeln, aber auf dieser Grundlage die Tauschbank der Saint-Simonisten, über die sich Marx bereits mokiert hatte, neu zu erfinden und Wirklichkeit werden zu lassen¹⁸ – natürlich ohne sich dessen bewusst zu sein, aber die Logik der Klassiker als deren »Irrtum« mit der Begründung abzutun, die Praxis »ihres« Sozialismus' habe schließlich gezeigt, dass im Sozialismus Ware-Geld-Beziehungen weiter bestünden. Auf die Idee, zwischen Wesen und Erscheinung der realsozialistischen Verhältnisse zu unterscheiden, also von den Erscheinungsformen zu abstrahieren und das Wesen der Sache offen zulegen, war man nicht gekommen oder durfte es nicht. Doch auch heute ist die ganze »linke« ökonomische Theorie noch nicht weitergekommen.

Zwar hatten sich Marx und Engels, was die »Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus« betrifft, nicht geirrt, doch konnten sie zu ihrer Zeit weder sehen noch vermuten, wie sich die Entwicklung des Geldes in der alten, bürgerlichen Gesellschaft selbst weiter vollziehen würde. Marx selber noch erlebte und beschrieb »die *Zentralisation der Kapitale*. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der *Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige* entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewusste technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes.«¹⁹ Diesen sachlich-produktiven Prozess konnte Marx bereits völlig richtig erfassen. Was seinerzeit weniger augenfällig und kaum logisch herzuleiten war, das war die sich erst vorsichtig und langsam, dann aber immer schneller und intensiver verändernde Rolle und Funktion der Geldware im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Schon rein technisch konnte der Austausch der ungeheuren Wertmassen in der Welt immer weniger und schließlich gar nicht mehr von einer gegenständlichen Ware als allgemeinem Äquivalent vermittelt werden. Was schließlich vom Geld als einer sachlichen »allgemeinen« Ware blieb, waren nicht einmal mehr (oder kaum noch) Papierscheine, sondern Buchungen auf den Konten internationaler Banken in Währungseinheiten – Finanzen also. Und deren Bezug zur ursprünglichen Geldware (Gold) wurde umso geringer, je weniger ihre Realisation in dieser bestimmten sachlichen Ware, auf welche sie formell einen Anspruch formulierten, praktiziert wurde, je weniger also die Probe aufs Exempel stattfand. Mit der Kündigung des Abkommens von Bretton Woods durch den US-amerikanischen Präsidenten Richard Nixon wurde der Zusammenhang von Währung und Geldware 1971 endgültig und vollständig beseitigt.²⁰ Es war ein staatsmännischer Geniestreich erster Güte, der die ökonomischen Verhältnisse revolutionierte, auch wenn er nur den krönenden Abschluss einer rund hundertjährigen Evolution

18 Vgl. H. Hummel, Von der DDR-Wirtschaftswissenschaft verkannt. Marx' Auseinandersetzung mit der Tauschbank und dem Stundenzettel der Saint-Simonisten sowie seine Kritik des Gothaer Programms, in: Deutschland Archiv, Heft 5/2002.

19 Karl Marx, Das Kapital, Bd. II, a. a. O., S. 803.

20 Vgl. Heerke Hummel, Währung ohne Basis, in: »Junge Welt« v. 10. August 2006.

des Papiergeldes darstellte und noch dazu in seiner theoretischen wie praktischen Tragweite kaum erkannt wurde. Denn mit der vollständigen Abkopplung der Währung von der »allgemeinen« Ware Gold hörte das Geld nicht nur auf, selbst eine Ware zu sein, sondern auch, eine »allgemeine« Ware zu vertreten. Es war das eigentliche Ende des Warenaustausches und damit der Warenproduktion im Marxschen Verständnis.

Die Logik der heutigen Gesellschaft

Wollen wir uns dennoch weiterhin der gewohnten Terminologie bedienen, so können bzw. müssen wir für die Gegenwart von einer neu herausgebildeten Wertform sprechen, nämlich von der Finanzform, die den Waren- bzw. Produktwert nicht mehr im Gebrauchswert der allgemeinen Geldware Gold darstellt, sondern in einem Finanzausweis, welches geleistete gesellschaftliche Arbeit nicht verkörpert, sondern nur darstellt, repräsentiert, quittiert. Denn über Nacht war 1971 durch den amerikanischen Präsidentenbeschluss aus dem vermeintlichen Geld (in Gestalt des US-Dollars und der an diesen bis dahin gekoppelten Währungen) ein reines Arbeitszertifikat geworden. Die Währungseinheit repräsentierte nun nicht mehr x Gramm Gold, sondern y Stunden gesellschaftliche Durchschnittsarbeit. Das steht zwar nirgendwo geschrieben, ist aber gleichwohl der logische und reale Hintergrund des ganzen heutigen Finanzsystems.

Unsere oben getroffene Feststellung, der Wert erscheine im Marxschen Verständnis des Warenaustausches nicht als das, was er ist, nämlich in einem Produkt vergegenständlichte menschliche Arbeit schlechthin, sondern er stelle sich dar im Tauschverhältnis zweier Waren als Gebrauchswerte, entspricht eben nicht mehr den heutigen Bedingungen. Spätestens seit 1971 wird der Wert nicht mehr (auch nicht indirekt) im Gebrauchswert einer Ware ausgedrückt, sondern in Währungs- bzw. Finanzeinheiten, die unmittelbar nichts anderes repräsentieren als gesellschaftliche Arbeit. Dass letztere nicht in ihrem natürlichen Maß, der Zeit ihrer Verausgabung, dargestellt wird, erklärt sich zum einen historisch und erkenntnistheoretisch, zum anderen und vor allem aber logisch daraus, dass allgemeine gesellschaftliche Durchschnittsarbeit auszudrücken ist, worauf die konkrete Arbeit in der tariflichen Auseinandersetzung reduziert wird. Es fiel nämlich offensichtlich schwer, dem einen für zwei Stunden seiner konkreten Arbeit nur eine Stunde gesellschaftlicher Normalarbeit zu quittieren, dem anderen für dessen halbe Stunde aber ebenfalls eine ganze Stunde – auch wenn dies das Gleiche wäre wie zwanzig Euro pro Stunde als Durchschnittswert, für die der Wenigerqualifizierte volle zwei Stunden, der Hochqualifizierte aber nur eine halbe zu arbeiten hätte.

Vertrat jeder Dollar entsprechend dem 1944 in Bretton Woods unterzeichneten internationalen Währungsabkommen bis zu jenem 15. August vor 36 Jahren eine fünfunddreißigstel Unze Feingold (und die angeschlossenen Währungen entsprechend ihrem vereinbarten Verhältnis zum Dollar), so ist hier nun die Frage zu klären, wie viel gesellschaftliche Durchschnittsarbeit er bzw. der Euro oder eine andere nicht auf Edelmetall bezogene Währungseinheit denn seitdem repräsentiert. Diese Frage muss aus den realen Verhältnis-

sen, d. h. Austauschbedingungen heraus beantwortet werden. Denn Austausch findet nach wie vor statt. Aber es handelt sich hier nicht mehr um den Austausch von vergegenständlichter Arbeit der konkreten Art a gegen vergegenständlichte Arbeit der Art b, sondern von Arbeit a, b oder c in lebendiger oder vergegenständlichter Form gegen Arbeitsquittung q. Dieses q ist Zeichen für geleistete Arbeit, deren natürliches Maß die Zeit ihrer Verausgabung ist. Wie viel Zeit aber 1 q darstellt, kann daher nur an dem Punkt festgestellt werden, wo sich dieses q und die Arbeit in ihrer natürlichen Form, also als lebendige Arbeit gegenüber treten, ausgetauscht werden. Es ist dies die Bezahlung, Vergütung der lebendigen Arbeit, die Lohn- und Gehaltszahlung, ausgehandelt und dargestellt im Tarifsysteem im weitesten Sinne.

Die von Marx ausführlich dargestellte Reduktion der konkreten Arbeit auf abstrakte, gesellschaftliche Durchschnittsarbeit findet also nun nicht mehr in ihrer vergegenständlichten Existenzweise beim Austausch von Ware gegen Ware (das heutige Geld ist ja eben keine Ware mehr, sondern Arbeitsquittung), also nicht mehr auf dem Warenmarkt statt, sondern im Prozess des Aushandelns ihrer Vergütung als lebendige Arbeit, d. h. auf dem sogenannten Arbeitsmarkt. Alles Weitere ist zu einer ganz bestimmten, historisch bedingten und entwickelten Form einer gesellschaftlichen Buchführung und Kostenrechnung geworden, die sich subjektiv noch immer als eine Buchführung über Privatvermögen versteht. Doch ihr privater Charakter ist längst mehr Einbildung als Realität, weil sowohl das Handlungs- als auch das Verantwortungsfeld nicht nur den Rahmen privater Interessen und Bedürfnisse weit überschreiten, sondern mehr und mehr die Welt als ganze berühren. Zudem ist das Geld – ökonomisch, nicht juristisch gesehen – als Bestätigung für geleistete gesellschaftliche Arbeit gleichzeitig ein Anteilschein am Produktivvermögen der Gesellschaft, während der private Eigentumstitel beispielsweise eines Unternehmers eigentlich nur noch dessen bestimmte (durch ein ungeheures Gesetzeswerk geregelte) Kompetenzen fixiert.²¹

Das Desaströse der heutigen ökonomischen Situation besteht längst nicht mehr in einer »Ungerechtigkeit« privater Konsumansprüche von Individuen, sondern darin, dass die Entwicklung der Weltwirtschaft (und damit der Weltgesellschaft) von Zielgrößen gesteuert wird, die infolge einer falschen Wahrnehmung der Realität ökonomischen Wahnvorstellungen entspringen und so nicht weniger gefährlich sind als deren religiöse Pendanten.

Die Betrachtung des ganzen heutigen Finanzsystems (quasi aus einem anderen Blickwinkel heraus) als eine historisch gewachsene, spezifische Form einer gesellschaftlichen Buchführung und Kostenrechnung ergibt sich nicht nur als logische Ableitung aus der Wertformentwicklung. Sie findet ihre Bestätigung auch in den Erscheinungen des Finanzsystems bzw. macht diese begreiflich. So erleichterte beispielsweise die Abkopplung der Währung vom Gold die gewaltige Aufblähung des ganzen internationalen Finanzsystems seit den 1970er Jahren, indem der Zwang, für das umlaufende Geld Edelmetall hergeben zu müssen, bzw. die Möglichkeit dieses Eintauschens nicht mehr als Bremse für die Finanzvermehrung wirkte.

21 Von diesem Standpunkt aus könnten gewiss noch interessante Untersuchungen angestellt werden, um die Kompetenz- und Verantwortungsbereiche, die Rechte und Pflichten von Betriebsleitern, Managern usw. bis hin zur Masse der unmittelbaren Produzenten in Unternehmen der DDR und der BRD zu vergleichen. Man käme gewiss zu bemerkenswerten Erkenntnissen in Bezug auf das Verhältnis und die Unterschiede, aber auch Parallelen zwischen den beiden angeblich »völlig gegensätzlichen Gesellschaftssystemen«, die sich bei Abbau der gegenseitigen Feindbilder und bei beiderseitiger Reformbereitschaft auf Grund der gleichen ökonomischen Grundverhältnisse (aufgehobene Warenproduktion) sicherlich in bedeutendem Maße hätten annähern können.

So konnte sich ein »Casino-Kapitalismus« entwickeln, der mit »überflüssigem Geld« nicht weiß wohin und durch institutionelle (also nicht nur private) Spekulation an der Börse mehr Gewinn macht als durch produktive Arbeit. Die Erscheinungen sind hundertfach beschrieben worden. Auch die ganze »soziale Marktwirtschaft« der Nachkriegszeit funktionierte dank einer mehr oder weniger kontinuierlichen gesellschaftlichen Kostenrechnung mit von Jahr zu Jahr steigenden Löhnen, Preisen und Gewinnen. Das Perpetuum mobile des Kapitalismus schien Ludwig Erhardt erfunden zu haben: Was im Vorjahr oder in der vorigen Produktionsperiode mit Gewinn produziert wurde, konnte in der folgenden mit höheren Löhnen gekauft und so das Mehrprodukt – soweit nicht akkumuliert – gesellschaftlich konsumiert werden, und so von Periode zu Periode mit steigenden Löhnen und steigenden Preisen. Höhere Durchschnittslöhne schlugen sich in der gesellschaftlichen Kostenrechnung in höheren Preisen nieder – aber immer erst in der Folgezeit. Auch heute noch ist das so, und es wird so bleiben. Nach der Marxschen Werttheorie müssten bei steigenden Löhnen und sonst gleichen Bedingungen die Preise konstant bleiben (bei steigender Arbeitsproduktivität sogar sinken!), der Profitanteil am Warenwert aber sinken. Hier aber stiegen und steigen weiter Löhne, Preise und Profite – auf Kosten des Wertausdrucks der Währung. Die neue Gesellschaft, mit ihren neuen ökonomischen Verhältnissen und Erscheinungen war eben schon lange vor 1971 auch im »Westen« im Entstehen begriffen.

Eine entwickelte ökonomische Theorie dieser neuen Gesellschaft, die dem neuen Wesen der ökonomischen Verhältnisse gerecht wird, gibt es bislang nicht. Sie müsste den Reproduktionsprozess primär als gesellschaftlichen Lebens- und Aneignungsprozess der Natur betrachten und daraus das ganze Finanz- und Steuerungsinstrumentarium der heutigen Realität als spezifische Erscheinungsformen einer dem Wesen nach bereits gesellschaftlichen Kostenrechnung sowie Verteilung von Leitungs- und Entscheidungskompetenzen an Personen und Institutionen erklären. Einen ersten Schritt in diese neue Denkrichtung habe ich im zweiten Teil meines Buches »Die Finanzgesellschaft und ihre Illusion vom Reichtum« unternommen, worin ich den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess als einen stufenförmigen Aneignungs- bzw. Umwandlungsprozess der Natur darstelle und dabei die Bewegung der gesellschaftlichen Arbeit durch diesen Prozess von ihrer Verausgabung als lebendige Arbeit bis zu ihrem Ausscheiden und Verbrauch als vergegenständlichte Arbeit einschließlich der entsprechenden gesellschaftlichen Buchführung und Kostenrechnung betrachte.²²

Eine solche Theorie kann nur die Aufgabe haben, das Wesen unserer heutigen ökonomischen Verhältnisse richtig zu erfassen, die ökonomischen Vorgänge besser zu verstehen und auf diese Weise Voraussetzungen für sachgerechte ökonomische Entscheidungen zu schaffen. Eine solche Theorie kann aber nicht noch einmal den Ausgangspunkt für ein wie auch immer geartetes, zu gestaltendes Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell bilden. Gleichwohl kann sie die prinzipiellen Möglichkeiten und Anforderungen einer gesellschaftlichen Steuerung des Reproduktionsprozesses offenlegen. Nach jetzi-

22 Vgl. Heerke Hummel, Die Finanzgesellschaft und ihre Illusion vom Reichtum, Projekte-Verlag, Halle, 2005.

gem Erkenntnisstand gehört dazu vor allem die Beherrschung und Kontrolle des Finanzsystems im Interesse aller. Solche Kontrolle gehört heute zu den vordringlichsten Aufgaben des Staates als Hüter des Gemeinwohls. Denn das geistige Verharren dieser ganzen Gesellschaft in der Vorstellungswelt der kapitalistischen Warenproduktion bringt Verhaltens- und Handlungsweisen hervor, die geradezu Wahnvorstellungen entspringen, wie die Vorgänge an den internationalen Finanzmärkten zeigen. Sie entspringen dem unerschütterlichen Glauben an des Geldes – also des Wertes – Selbstvermehrung, der die Weltwirtschaft mehr und mehr in ein Spielcasino verwandelt, dessen Akteure nur noch einem Phantom nachjagen. Denn das Geld als Wert, für den sie in ihrer Gier kein Risiko und kein Verbrechen scheuen, »selbst auf Gefahr des Galgens«²³, hat sich längst aufgelöst in ein ganz allgemeines, weder von irgendjemandem garantiertes noch quantifiziertes Versprechen auf Lieferung von Sachen und Leistungen. Alles Private hat es verloren, seine Gesellschaftlichkeit ist perfekt.

Und so scheint es, als stünde die Gesellschaft heute an einem ähnlichen Punkte ihrer Entwicklung wie beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus: Im Schoße der alten Gesellschaft hat sich eine neue Produktionsweise entwickelt, die nur noch der Anpassung ihres geistigen und politischen Überbaus an die materielle ökonomische Basis bedarf.

23 Vgl. Marx' Zitat aus dem »Quarterly Review«, in: Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, a. a. O., S. 801.

STEFAN MÜLLER

Reflexionen über Dialektik

Argumente für eine Neubelebung der Diskussion

Bis heute ist die Frage »Was ist Dialektik?« ungeklärt, und dies ist auch nicht weiter verwunderlich. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass das Projekt der Dialektik seit knapp 2 500 Jahren in der Geschichte der Philosophie¹ diskutiert wird, und wenn man sich in Erinnerung ruft, dass es so etwas wie eine »idealistische Dialektik« und eine »materialistische Dialektik« gibt, merkt man recht schnell, dass es sich um ein äußerst umstrittenes Projekt handelt. Von daher kann man mit allem Recht behaupten: *Die Dialektik gibt es nicht!* Allerdings – und das soll im Folgenden versucht werden – können Angaben über die Art und Weise, die Syntax und Semantik einer dialektischen Argumentation gemacht werden. Damit könnte nicht zuletzt zwischen dialektischen und nicht-dialektischen Verfahrensweisen unterschieden werden.

Stefan Müller – Jg. 1975. Soziologe, Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Letzte Veröffentlichungen: Die (mindestens) acht Probleme der Dialektik, in: Grit Jilek (Hg.): Von Honig und Hochschulen. Berlin 2007; Dialektik und Methode – ein kleiner Blick auf eine große Diskussion, in: Ulrike Freikamp (Hrsg.): Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik. Berlin 2008.

Eine vorläufige und abstrakte Bestimmung, die im Weiteren noch erklärt wird und die vor allem viele Probleme beinhaltet, könnte lauten: Dialektik versucht, widersprüchliche Verhältnisse, Momente und Bestimmungen in einer Einheit zu denken und einheitliche Momente in (scheinbar) widersprüchlichen Konstellationen darzustellen. Damit wird das Problem aber nicht gelöst, im Gegenteil: Wie sollen sich widersprechende Momente zusammen gedacht werden, wie können sie in einer Einheit zusammengebracht werden, wenn sie sich doch widersprechen? Das ist das Hauptproblem einer jeden dialektischen Theorie.

Das Grundproblem der Dialektik besteht demnach darin, dass eine dialektische Theorie in einer bestimmten Art und Weise gegen die »übliche« Logik, das heißt die formale zweiwertige aristotelische Logik verstößt. Bis heute kann das Hauptproblem der Dialektik unter die Frage: Was unterscheidet eine dialektische Logik von der »normalen« Logik, die im Kern auf Aristoteles zurückzuführen ist, subsumiert werden. Dieser Frage werde ich im Folgenden genauer nachgehen und versuchen, einen Einblick in die darin verborgene Problematik zu geben und eine Lösungsmöglichkeit aufzuzeigen.

Eine sozialwissenschaftlich relevante Dialektik muss sich an der großen idealistisch-dialektischen Konzeption Hegels orientieren. Es versteht sich von selbst, dass im Folgenden nicht in aller Kürze der »ganze Hegel« dargestellt und erklärt werden kann. Eher geht es mir darum, ausschnitthaft an einem Beispiel, genauer: an einem Hegel-Zitat, das Problem einer dialektischen Argumentation im Gegensatz zu einer nicht-dialektischen genauer zu betrachten. Es wird also erst einmal um die *Form* der Argumentation gehen, bevor in einem

1 Vgl. zur Geschichte, Bedeutung und Begriff der Dialektik: Joachim Ritter: Historisches Wörterbuch der Philosophie. Band 4. Stichwort: Dialektik (S.164 – 226). Darmstadt. 1976.

zweiten Schritt inhaltliche Fragen an einem Beispiel betrachtet werden können. Mit dem Beispiel einer dialektischen Argumentationsfigur bei Theodor W. Adorno, wie er sie im Begriff der Ideologie vorlegt, kann dann genauer die Relevanz einer dialektischen Argumentation in den Sozialwissenschaften diskutiert werden.

Was ist Dialektik?

Zunächst aber zur Ausgangsfrage: Was ist Dialektik? Hegel gibt beispielsweise in den Nürnberger Schriften² Auskunft darüber, was die »gewöhnliche Dialektik« von der »reineren« unterscheidet: »Die Vernunft ist *negative* oder *dialektische*, indem sie das Übergehen einer Verstandesbestimmung des Seins in ihre entgegengesetzte aufzeigt. Gewöhnlich erscheint das Dialektische so, daß von einem Subjekt zwei entgegen-gesetzte Prädikate behauptet werden. Das reinere Dialektische besteht darin, daß von einem Prädikat eine Verstandesbestimmung aufgezeigt wird, wie sie *an ihr selbst* ebenso sehr das *Entgegengesetzte ihrer selbst* ist, sie sich also in sich aufhebt.« (Hegel 1808, WW 4, S. 56, Hervor. im Orig.)

Gelinde gesagt: Das Zitat ist erklärungsbedürftig! Abgesehen von der Hegelschen Sprache, dem Duktus, gibt Hegel eine Definition seines Begriffes der Dialektik. Er unterscheidet einen »gewöhnlichen Begriff« und einen »reineren« der Dialektik. Den gewöhnlichen Begriff der Dialektik definiert Hegel so, dass von einem Subjekt zwei entgegengesetzte Prädikate behauptet werden. An einem Beispiel lässt sich dies sehr gut illustrieren: Nehmen wir die Behauptung 1: Die Rose ist rot und gleichzeitig die Behauptung 2: Die Rose ist nicht-rot. Es wird sofort einsichtig, dass entweder die eine oder die andere Behauptung richtig ist. Beides zusammen geht nicht – zumindest nicht, wenn eine vernünftige, sinnvolle und richtige, kurz: eine wahre Aussage getroffen werden soll. Die Rose ist entweder rot oder nicht-rot – für Dialektiker auch?

Hegel grenzt von diesem gewöhnlichem Dialektik-Begriff die reinere Dialektik ab: Die reinere Dialektik kennzeichnet er so, dass »von einem Prädikat eine Verstandesbestimmung aufgezeigt wird, wie sie an ihr selbst ebenso sehr das Entgegengesetzte ihrer selbst ist, sie sich also in sich aufhebt.« Das soll also die Hegelsche Definition der Dialektik sein. Wie soll ein Verhältnis ebenso sehr das Entgegengesetzte seiner selbst sein? Damit sind wir beim Kernproblem jeder dialektischen Theorie. An dieser Stelle ist es gleichgültig, ob es sich um eine idealistische oder eine materialistische Dialektik handelt – auf die Widerspruchsproblematik stößt jede dialektische Theorie. Der Widerspruchsbegriff, der der gewöhnlichen Dialektikvorstellung, wie sie Hegel in dem Zitat anführt, zugrunde liegt, ist uns unmittelbar zugänglich und auch leicht verständlich: Entweder ist etwas A oder Nicht-A. Es regnet oder es regnet nicht. Die Rose ist entweder rot oder nicht-rot. Eine dialektische Theorie muss demnach mit einem anderen Widerspruchsbegriff operieren. Das erfordert einen Widerspruchsbegriff, der nicht ausschließlich auf einer »entweder-oder« Ebene verbleibt. Das ist genau das Hauptproblem der Dialektik.

Dieter Wandschneider hat ausgezeichnete Untersuchungen zu diesem Problem vorgelegt und bringt es eindrucksvoll auf den Punkt:

2 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Werke in zwanzig Bänden. Band 4: Nürnberger und Heidelberger Schriften 1808-1817. Frankfurt/M. 1970.

»Was bei Hegel und im Grunde bis heute fehlt, ist also eine Theorie der Dialektik – ›Theorie‹ natürlich nicht in der Form eines Verfahrens-schemas, das mechanisch applizierbar wäre, sondern im Sinn der dialektischer Argumentation zugrundeliegenden Logik.« (Wandschneider 1997, S. 2) Diese Feststellung bildet im Folgenden das Erkenntnisinteresse: Was sind die syntaktischen Minimalanforderungen an eine Theorie der Dialektik? »Was läßt sich bezüglich Eigenart, Berechtigung und Funktion des sogenannten ›dialektischen Widerspruch‹ sagen? Welches sind die dialektischer Argumentation zugrundeliegenden Prinzipien? Oder auch: Gibt es eine verbindliche Figur dialektischer Begründung oder verschiedener Formen derselben?« (Ebenda, S. 1)

Wandschneider hat dazu zwei Arbeiten vorgelegt, auf die ich mich in erster Linie stütze.³ Die »Lösung« der Widerspruchsproblematik, die ich im Folgenden präsentieren möchte, geht entscheidend auf diese Arbeiten zurück. Ebenso maßgebend und nicht minder entscheidend sind darüber hinaus auch die Untersuchungen von Thomas Kesselring, der in seiner erstmals 1984 veröffentlichten Arbeit die Struktur der Hegelschen Argumentation genauer untersucht und die Hegelsche Dialektik im Kern auf die Form der strikten Antinomie zurückführt.⁴ Das ist auch schon die Antwort auf die Frage, welcher Widerspruchsbegriff einer dialektischen Theorie (immer im Blick auf Hegel!) zugrunde liegt: eine strikte Antinomie. Was das genau ist, wie diese strukturiert sein muss, stellen eindrucksvoll Heiko Knoll und Jürgen Ritsert in ihrer genaueren Analyse strikter Antinomien heraus.⁵ Diese Arbeit umfasst die beiden vorhergehenden und bietet insbesondere aus der Perspektive der älteren Kritischen Theorie einen ausgezeichneten Überblick über die Problematik dialektischer Theoriebildung.

Kritik der Dialektik

Dass die Problematik einer dialektischen Theorie in erster Linie mit dem zugrunde liegenden Begriff des Widerspruchs zu tun hat, erkennen nicht nur selbsternannte Dialektiker wie Hegel, sondern vor allem auch seine größten Kritiker. Eine bis heute nachwirkende Kritik der Dialektik – und wie ich sagen würde, auch äußerst ernstzunehmende Kritik, die leider nicht selten im Handstreich erledigt wird – bildet die Kritik von Karl Raimund Popper aus dem berühmten Aufsatz »Was ist Dialektik«, erstmals 1949 erschienen. Popper zeigt darin in aller Deutlichkeit auf, was passiert, wenn wir Widersprüche zulassen, wenn wir also gleichzeitig zwei unterschiedlichen Beschreibungen ein- und derselben Sache behaupten. »Es kann nicht deutlich genug betont werden, daß Widersprüche sofort jede Art von Fruchtbarkeit verlieren müssen, sobald wir diese Attitüde ändern und uns entschließen, Widersprüche zu dulden; sie würden dann keinen Fortschritt des Denkens mehr hervorbringen. Denn wenn wir bereit wären, Widersprüche zu dulden, könnte ihre Offenlegung in unseren Theorien uns nicht mehr veranlassen, diese zu ändern. Mit anderen Worten: Alle Kritik (die in der Herausstellung von Widersprüchen besteht) würde ihre Kraft verlieren. (...) Dies aber würde bedeuten, daß die Kritik und damit jeder Fortschritt des Denkens zum Stillstand kommen müßte, falls wir bereit wären, Widersprüche zu dulden.« (Popper [1949] 1965, S. 267)

3 Dieter Wandschneider: Grundzüge einer Theorie der Dialektik, Stuttgart 1995; Das Problem der Dialektik. Bonn 1997.

4 Thomas Kesselring: Die Produktivität der Antinomie. Hegels Dialektik im Lichte der genetischen Erkenntnistheorie und der formalen Logik, Frankfurt/M. 1984.

5 Heiko Knoll, Jürgen Ritsert: Das Prinzip der Dialektik. Studien über strikte Antinomie und Kritische Theorie, Münster 2006.

6 Karl R. Popper: Was ist Dialektik?, in: Ernst Topitsch (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln, Berlin 1965.

Der interessante Punkt, auf den Popper völlig zu Recht hinweist, ist aus sozialwissenschaftlicher Perspektive an dieser Stelle, dass Kritik, d. h. Gesellschaftskritik hinfällig wird, wenn wir Widersprüche zulassen. Wenn beispielsweise Herrschaft einmal als legitim, im anderen Falle als nicht legitim oder gar repressiv beurteilt wird, haben beide Aussagen den gleichen Anspruch auf Wahrheit – wenn wir bereit sind, Widersprüche zuzulassen. Alles bekommt den gleichen Wahrheitsanspruch und damit ist keine Kritik mehr möglich. Das stellt einen nicht zu unterschätzenden Einwand des kritischen Rationalisten Popper dar, insbesondere wenn eine gesellschaftskritische und damit reflexive Sozialwissenschaft präferiert werden soll.

Obwohl Poppers Aufsatz schon lange als Standardkritik der Dialektik im Umlauf ist, hat er seine Wirkmächtigkeit keinesfalls verloren. Die Argumentation ist auch bestechend und logisch! Barbara Kuchler hat diese Kritik vor kurzem noch mal zusammengefasst⁷: »Die Dialektik entspricht (...) nicht den Anforderungen an strenge Wissenschaft (...) Auch noch in anderen Hinsichten verstößt die Dialektik gegen die Regeln guten wissenschaftlichen Benehmens: Sie kann mit einer strikten Subjekt-Objekt-Trennung nichts anfangen; sie formuliert keine Hypothesen, die empirisch verifiziert oder falsifiziert werden könnten; sie hält sich nicht an das Gebot der Widerspruchsfreiheit; sie gibt nicht an, wie ihre zentralen Kategorien zu operationalisieren seien; und sie operiert überhaupt in jeder Hinsicht auf einem hoffnungslos vorwissenschaftlichen Niveau.« (Ebenda, S. 18)

Kuchler, in Anlehnung an Popper, mobilisiert das ganze Arsenal, das gemeinhin gegen eine dialektische Theorie zur Verfügung steht. Auch wenn es ihr in ihrer Untersuchung nicht gelingt, auch nur eine der genannten Kritiken sachhaltig (etwa aus der Theorie Hegels oder gar Adornos) darzulegen, kann dennoch festgehalten werden, dass gerade in der Tradition Poppers die scheinbare Verletzung des (aristotelischen) Gebots der Widerspruchsfreiheit das Hauptproblem einer dialektischen Argumentation bildet. An dieser Stelle liegt der Springpunkt einer (jeden!) dialektischen Theorie verborgen: Wie ist das Verhältnis einer »dialektischen Logik« zur klassischen zweiwertigen Logik? Anders ausgedrückt: Kann man Poppers Kritik ernst nehmen, und einerseits darauf verweisen, dass Widersprüche, wenn sie erst einmal zugelassen sind, unweigerlich dazu führen müssen, dass die Theorie und damit die Kritik unsinnig wird, und andererseits aber gleichzeitig auf einer dialektischen Gesellschaftstheorie beharren?

Dazu muss man die klassische aristotelische Logik genauer betrachten. Aristoteles hat die Bedingungen vernünftiger und sinnvoller Rede untersucht und die Bedingungen angegeben, die erfüllt sein müssen, um überhaupt zu wahren, sinnvollen und richtigen Aussagen kommen zu können. Diese sind in den drei aristotelischen Axiomen fixiert: der Satz der Identität (Eine Rose ist eine Rose und kein Pferd); der Satz vom Widerspruch (es geht nicht, dass die Rose rot und nicht-rot gleichzeitig ist) und der Satz vom ausgeschlossenen Dritten (entweder rot oder nicht-rot). Aristoteles fasst diese Axiome in einer deutlichen und nachvollziehbaren Formulierung zusammen: »(a) der Satz des Widerspruchs ist das sicherste Prinzip. (b) Es ist

7 Barbara Kuchler: Was ist in der Soziologie aus der Dialektik geworden? Münster 2005. Ihrer These vom Verschwinden der Dialektik aus den Sozialwissenschaften kann man empirisch selbstverständlich zustimmen. Ihre gesinnungsethische Bewertung, das Verschwinden der Dialektik ausdrücklich zu begrüßen, kann man nur nachvollziehen, wenn man den Dialektik-Begriff zugrunde legt, den sie selbst entwirft. Würde Dialektik ausschließlich in den Bedingungen und den Möglichkeiten bestehen, die Kuchler beschreibt, könnte man tatsächlich froh sein, dass Dialektik als Erklärungsmuster aus den Sozialwissenschaften verschwunden ist. Im Folgenden geht es mir nicht zuletzt auch darum, die Problembearbeitungsmöglichkeiten, die mit einer dialektischen Theorie verbunden sind, offen zu legen. Diese unterscheiden sich grundlegend und grundsätzlich von Kuchler.

unmöglich, anzunehmen, daß dasselbe zugleich ist und nicht ist. (...) Dieses Prinzip ist zugleich Prinzip der anderen Axiome.« (Aris-toteles, *Metaphysik* 1005 a)

Das sind bis heute und aus guten Gründen die Eckpfeiler jeder vernünftigen Aussage, die einen Anspruch auf Wahrheit erhebt. Somit hat die klassische formale aristotelische Logik die Bedingungen für wahre und sinnvolle Aussagen in einer bis heute nachwirkenden Weise formuliert. Eine dialektische Logik stellt diese in Frage. Wie, das ist die bis heute ebenso umstrittene wie auch schwierige Frage.

Aristotelische und »dialektische« Logik

Um die Verhältnisbestimmung zwischen aristotelischer und dialektischer Logik genauer zu betrachten und vor allem die unterschiedliche Art und Weise des Begriffs des Widerspruchs nachzuvollziehen, ist die Suche nach »Einbruchsmöglichkeiten« in die aristotelische Logik hilfreich. An einem Beispiel kann man das Problem eindrücklich aufzeigen: Am sogenannten Lügnerparadoxon, an der Lügnerantinomie. Die Lügnerantinomie wird in der Geschichte der Philosophie bzw. der Logik seit der Antike diskutiert. Das klassische Beispiel für diese Art von Frage lautete: »Ein Kreter sagt: Alle Kreter lügen.« Ist dieser Satz gelogen oder ist dieser Satz nicht gelogen, also wahr? Verschärft (weil universalisiert) wird der Kreter-Satz durch die Lügnerantinomie, wie sie hier angegeben ist: »*Dieser Satz ist gelogen!*«. Vorausgesetzt ist hierbei, dass wir nichts über den Sprechort wissen. Wird ausschließlich versucht, die Aussage »Dieser Satz ist gelogen« nachzuvollziehen, entsteht recht schnell ein handfestes Problem. Nach der klassischen Logik gibt es exakt zwei Antwortmöglichkeiten: Erstens, die Annahme, dass dieser Satz richtig ist. Wenn nun dieser Satz richtig ist, sagt er aber inhaltlich aus, dass er gelogen ist! Das bedeutet: Wenn ich davon ausgehe, dass der Satz richtig ist, muss ich mit derselben Notwendigkeit und derselben logisch-stichfesten Schlussfolgerung darauf schließen, dass er falsch ist – weil er eben inhaltlich selbst sagt, dass er falsch ist. Umgekehrt entsteht genau dasselbe Problem: Wenn ich annehme, dass die inhaltliche Aussage richtig ist und der Satz damit falsch ist, also gelogen ist, bekommt der Satz den logischen Status »wahr« zu sein. Es geht nicht darum, die Lügnerantinomie zu lösen; abgesehen davon, dass mit den herkömmlichen logischen Mitteln, die uns gemeinhin und Umgangssprachlich zur Verfügung stehen, keine Lösungsmöglichkeit gegeben ist. Es geht an dieser Stelle ausschließlich darum, dass es durchaus Verhältnisse geben kann, in denen die klassische formale Logik (zunächst) nicht greift.

Die These lautet dementsprechend: Die Struktur, die Form der Argumentation, die Syntax, die in der Lügnerantinomie verborgen liegt, ist dieselbe, die der Hegelschen Dialektik zugrunde liegt und auch der negativen Dialektik Adornos. Um Missverständnissen gleich und rechtzeitig vorzubeugen: Es handelt sich auf dieser Ebene zunächst um die Form, die Syntax einer dialektischen Argumentation, um damit der ernstzunehmenden Kritik wie sie von Seiten der zweiwertigen Logik immer und immer wieder hervorgebracht wird, entgegenzutreten zu können. Auf einer inhaltlichen Ebene, die selbstverständlich von der formalen nicht getrennt werden kann,

liegen eindeutig Welten zwischen den ausgeführten dialektischen Konzeptionen Hegels und Adornos.

Die These, dass einer dialektischen Argumentation die Struktur einer strikten Antinomie zugrunde liegt *und* diese die Kritik Poppers anerkennt (und gleichzeitig aber darüber hinausgeht), möchte ich noch kurz genauer darstellen. Ritsert und Knoll arbeiten eine Reihe von spezifischen Charakteristika einer strikten Antinomie heraus. Für die folgende Darstellung möchte ich vier dieser Merkmale herausgreifen, die meines Erachtens den Kern einer dialektischen Argumentation ausmachen. In einer genaueren Untersuchung der Lügnerantinomie stellt sich heraus, dass das erste Merkmal als »Selbstbezüglichkeit« bezeichnet werden kann. Soziologisch kann man das auch als »Reflexivität« beschreiben. In den Naturwissenschaften nennt sich dies auch »autologisch«. Ein Ausdruck oder ein Verhältnis bezieht sich demnach auf sich selbst. Das macht bei weitem noch keine gesellschaftstheoretisch relevante Dialektik aus. »Dieser Satz hat fünf Worte« – der Satz bezieht sich auf sich selbst, regt aber niemanden weiter auf (vgl. Knoll/Ritsert 2006, S. 29). Es müssen also noch andere Bedingungen hinzukommen.

Eine weitere notwendige und meines Erachtens die wichtigste (und schwierigste) Bedingung bildet die Selbstbezüglichkeit, die sich negativ auf sich selbst bezieht. Was heißt das? Ein Ausgangsmoment bezieht sich auf sich selbst, aber negiert genau dieses ursprüngliche Ausgangsmoment. Die Hegelsche Negation der Negation taucht hier auf. Ein Verhältnis bezieht sich auf sich selbst (Selbstbezüglichkeit), aber negiert dieses Ausgangsverhältnis! Am Beispiel der Lügnerantinomie kann man dies nachvollziehen: Ein Verhältnis bezieht sich auf sich selbst (»Dieser Satz«) und gleichzeitig wird dieses Verhältnis negiert (»ist gelogen«).

Ein weiteres Merkmal bildet der Gegensatz bei gleichzeitiger Implikation. Wenn ich davon ausgehe, dass der Satz wahr ist, impliziert er, dass er falsch ist. Wenn ich umgekehrt davon ausgehe, dass er richtig ist, ist die Lüge impliziert.

Das letzte Merkmal einer strikten Antinomie, das ich hier anfügen möchte, bildet die Prozesshaftigkeit der ganzen Aussage. Wird die Lügnerantinomie statisch untersucht, so rückt notwendigerweise der jeweils andere Pol in den Hintergrund bzw. gerät erst gar nicht in den Fokus der Analyse. Will man die ganze (widersprüchliche) Aussage begreifen, die in der Lügnerantinomie verborgen ist, muss man versuchen, den ganzen Ausdruck prozesshaft zu erfassen. Wenn dies gelänge, hätte man die (syntaktische) Minimalbedingung, die bei Hegel und Adorno als Dialektik auftaucht, nachvollzogen!

Zusammengefasst kann man die *Form* der strikten Antinomie auch schematisch darstellen und dadurch wird sie auch leichter nachvollziehbar: Ein Ausgangsmoment A (der Satz ist gelogen) steht im strikten Gegensatz zur Negation dieses Ausgangsmomentes, also demnach Nicht-A (dieser Satz ist wahr). Gleichzeitig lässt sich aber, aufgrund des prozesshaften Hin- und Herbewegens zwischen den beiden Möglichkeiten »wahr« und »falsch« nicht eindeutig eine Seite als die definitiv richtige und endgültige auszeichnen. Notwendigerweise muss im Ausgangsmoment A auch anerkannt werden, dass die eigene Negation impliziert ist – das ist die negative Selbst-

bezüglichkeit als Kern der strikten Antinomie und damit der Dialektik. Wenn man sich nun diese Syntax genauer anschaut, wird über alle drei aristotelischen Axiome (in einer gewissen Hinsicht) hinausgegangen – sie werden aber gleichzeitig beachtet!

Wenn man sich noch einmal die eingangs erwähnte Hegelsche Definition des »reineren« Dialektikbegriffes in Erinnerung ruft und Hegels eigene Auskunft über seinen Begriff der Dialektik ernst nimmt, zeigt sich, dass Hegel vor dem Hintergrund eines Widerspruchsbegriffes arbeitet, wie er in der Lügnerantinomie auftaucht. Demnach wird auch die Hegelsche Unterscheidung zwischen einem »gewöhnlichen« Dialektikbegriff und dem »reineren« nachvollziehbarer. Hegel arbeitet (zumindest an dieser Stelle) nicht mit einem Widerspruchsbegriff, wie ihm beispielsweise Popper unterstellte, in dem schlicht und einfach eine Behauptung im Stile der rot und gleichzeitig nicht-roten Rose Gültigkeit haben soll. Hegel definiert das »reinere Dialektische« als das Verhältnis, in dem an einer Bestimmung ebenso sehr die Entgegensetzung dieser Bestimmung aufgezeigt werden kann. Wenn man sich noch einmal die Struktur der strikten Antinomie vergegenwärtigt, lässt sich auch die eingangs gegebene vorläufige Beschreibung einer dialektischen Argumentation im Gegensatz zu einer nicht-dialektischen beschreiben: der Versuch, die Einheit in der Gegensätzlichkeit und die Gegensätzlichkeit in der Einheit nachzuvollziehen.

Bedeutung der Dialektik für die Sozialwissenschaften

Eine dialektische Theorie (zumindest seit Hegel) geht von der Unhintergebarkeit des Subjekt-Objekt Verhältnisses aus. So ist ein angemessenes und reflexives Verstehen der Subjekt-Objekt Konstellation kaum unterhalb der von Engels formulierten Gleichzeitigkeit der Beschränkung und Nicht-Beschränkung unseres Denkens möglich – zumindest nicht, wenn man nicht gravierende Einschränkungen in Kauf nehmen möchte: »Wir haben (einen) Widerspruch (...) zwischen dem notwendig als absolut vorgestellten Charakter des menschlichen Denkens, und seiner Realität in lauter beschränkt denkenden Einzelmenschen, ein Widerspruch, der sich nur im unendlichen Progreß, in der für uns wenigstens praktisch endlosen Aufeinanderfolge der Menschengeschlechter lösen kann. In diesem Sinn ist das menschliche Denken ebenso sehr souverän wie nicht souverän und seine Erkenntnisfähigkeit ebenso sehr unbeschränkt wie beschränkt.« (MEW 20, S. 80) Die Merkmale einer strikten Antinomie als Kern einer sozialwissenschaftlich relevanten Theorie der Dialektik können hier ohne weiteres nachvollzogen werden. Im Gegensatz zu den berühmt-berüchtigten Äußerungen⁸, die bei Engels auch zu finden sind, wäre hier ein produktiverer Ansatz zur schwierigen Frage nach der sogenannten Real-Dialektik zu finden. In einer prozesshaften Reflexion auf die Gleichzeitigkeit von beschränkter und unbeschränkter Erkenntnisfähigkeit, wie sie Engels beschreibt, wäre der Startpunkt einer Unhintergebarkeit des Subjekt-Objekt Verhältnisses anzusetzen. Ein Rückfall auf die eine oder andere Seite verharrt im zweiwertigen dualistischen Denken und erfasst die Möglichkeiten, die in den Sozialwissenschaften unter dem Begriff der Reflexion diskutiert werden, nicht einmal annähernd. Die notwen-

8 »Die Dialektik ist aber weiter nichts als die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens.« (MEW 20, S.131 f.).

dige Gleichzeitigkeit kann man als Unhintergebarkeit des Subjekt-Objekt-Verhältnisses in den Sozialwissenschaften bezeichnen.

Zum Ende möchte ich noch ein Beispiel anführen, das die Relevanz einer vermittlungslogischen dialektischen Argumentation in den Sozialwissenschaften verdeutlicht. Wie über die aristotelische Logik hinausgegangen werden kann, werde ich kurz an Theodor W. Adornos Begriff der Ideologie aufzeigen.⁹ Adorno trifft nicht selten (ähnlich wie Hegel) der Vorwurf, es handele sich um einen schwierigen Denker, zumal etliche Ausführungen seiner Theorie nicht unmittelbar eingängig sind und sich der Alltagssprache (bewusst) entziehen. Deswegen mag es etwas verwunderlich sein, wenn man Adornos klare und deutliche Aussage zum Prinzip der Dialektik betrachtet¹⁰. Dieses Prinzip »besteht darin, daß die beiden einander entgegengesetzten Momente nicht etwa wechselseitig aufeinander verwiesen sind, sondern daß die Analyse eines jeden in sich selbst auf ein ihr Entgegengesetztes als ein Sinnesimplikat verweist. Das könnte man das Prinzip der Dialektik gegenüber einem bloß äußerlich, dualistisch oder disjunktiv, unterscheidenden Denken nennen« (Adorno 1974, S. 141).

Adorno gibt damit kurz und prägnant seine Definition der Dialektik. Wenn man sich die Struktur der strikten Antinomie und den Durchgang durch die Analyse der Lügnerantinomie verdeutlicht, stellen sich erstaunliche und keinesfalls zufällige Übereinstimmungen her. Die These, dass Adorno auf Grundlage der strikten Antinomie argumentiert, dass die Kritische Theorie in der Form der dialektischen Argumentation auf die Hegelsche Dialektik zurückgreift und diese nach der Struktur der strikten Antinomie geordnet ist, wird dann nicht mehr weiter verwunderlich sein.

Nach der Form der strikten Antinomie muss im strikt entgegengesetzten Moment das Ausgangsmoment enthalten sein – ebenso umgekehrt: Im Ausgangsmoment muss das entgegengesetzte Moment impliziert sein und gleichzeitig muss das Ausgangsmoment im (strikten) Gegensatz dazu stehen. Wie kann man sich das am Beispiel »Ideologie« vorstellen? Ideologie im Gegensatz zur Nicht-Ideologie (was soll das sein: Nicht-Ideologie?) und gleichzeitig müsste sich sowohl »nicht-ideologisches« in der Ideologie wieder finden lassen als auch »ideologisches« in der Nicht-Ideologie?

Adorno argumentiert genau so! Er beschreibt »das dialektische Problem der Ideologien: daß diese zwar falsches Bewußtsein, aber doch nicht nur falsch sind. Der Schleier, der notwendig zwischen der Gesellschaft und deren Einsicht in ihr eigenes Wesen liegt, drückt zugleich kraft solcher Notwendigkeit auch dies Wesen selbst aus. Unwahr werden eigentliche Ideologien erst durch ihr Verhältnis zu der bestehenden Wirklichkeit. Sie können »an sich« wahr sein, so wie die Ideen Freiheit, Menschlichkeit, Gerechtigkeit es sind, aber sie gebärden sich, als wären sie bereits realisiert« (Adorno 1956, S. 175).

Die Strukturbestimmungen einer strikten Antinomie können hier ohne weiteres nachvollzogen werden. Nicht zuletzt interessant sind die Beispiele, die Adorno für seinen Begriff der Ideologie heranzieht: Freiheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Das sind gerade aus gesellschaftskritischer Perspektive Beispiele, um sich eine in-

9 Vgl. Theodor W. Adorno: Ideologie, in: Theodor W. Adorno, Walter Sierks (Hrsg.): Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen, Frankfurt/M. 1956.

10 Theodor W. Adorno: Philosophische Terminologie. Band 2., Frankfurt/M. 1974.

ne Vermittlung der »wahren« und »falschen« Momente zu verdeutlichen. Nicht gemeint sind mit dem Ideologie-Begriff Rassismus und Antisemitismus. Dafür hat Adorno andere Kategorien parat, nämlich Ressentiment oder pathische Projektion. Die vermittlungslogische Argumentation Adornos, insbesondere der Anspruch der Wahrheit im (bestehenden) Falschen, macht Adorno nicht gerade zu einem eingängigen Denker. Adornos Anspruch an Ideologiekritik verdeutlicht nochmals nachdrücklich das intrinsische Verhältnis scheinbar sich gegensätzlich ausschließender Momente. Ideologiekritik ist nach Adorno »im Hegelschen Sinn bestimmte Negation, Konfrontation von Geistigem mit seiner Verwirklichung, und hat zur Voraussetzung ebenso die Unterscheidung des Wahren und Unwahren im Urteil wie den Anspruch auf Wahrheit im Kritisierten« (Adorno 1956, S. 168).

Im Verweis auf das Wahre und Unwahre im Urteil zeigt sich die Gleichzeitigkeit von »wahren« und »falschen« Momenten in der Ideologie ebenso wie das unermüdliche Beharren Adornos darauf, dass es eine objektive Wahrheit gibt. Auch dafür hat Adorno eine Kategorie: Das ist die Kategorie der versöhnten Gesellschaft, des Friedens.

JÜRGEN MEIER

Der lange Schatten des Stalinismus

Der Titel des Buches von Christoph Jünke »Der lange Schatten des Stalinismus«¹ ist gut gewählt; denn tatsächlich, dies zeigte eine Debatte über den Revisionismus, an der sich u. a. Hans Heinz Holz und Robert Steigerwald beteiligten, wie weit die Meinungen selbst unter Kommunisten auseinander liegen, wenn es um die Frage geht, war Stalin wirklich der Schatten, der bis heute den Antikommunismus nährt, oder verfügte Stalin nicht vielmehr über eine Strahlkraft, die viele Menschen gegen den Imperialismus verbündete, wie der Historiker Gossweiler glaubt. Der Schatten Stalins reicht aber auch bis in die »Linkspartei«. So schrieb die »HAZ«², eine »scharfe Abgrenzung nach rechts« fände allgemeine Anerkennung, »nach links jedoch nicht. Das liegt daran, dass martialisch auftretende Rechtsradikale Angst einflößen, die Linksradikalen jedoch harmlos wirken – auch jene in Niedersachsen, die über viele Jahre mit der moskautreuen DKP verwoben waren«. Moskautreue, eine simple Metapher für Stalin-treue. Rechts wird gleich links, Hitler gleich Stalin gesetzt. Die Quelle, aus der Stalins Schatten gespeist wird, muss also unbedingt geklärt werden, wenn dem Sozialabbau im heutigen Kapitalismus eine breite Front entgegengesetzt werden soll und wenn sich Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Bauern und Intellektuelle in der Zielverwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft verbünden sollen. »Mit Verschwörung und Agententheorien gelangen wir nicht zu den wirklichen Gründen und Ursachen«, schrieb Robert Steigerwald³, wenn wir Stalins Schatten erhellen wollen. Wir müssen also genau hinschauen. Warum wurden Wegbegleiter Lenins, wie Bucharin oder Trotzki, ermordet? Warum mussten *Massen* von Bauern und Arbeitern in den Lagern, Gefängnissen und in der Verbannung sterben? Ist es in Anbetracht dieser Tatsachen nicht verständlich, wenn viele Menschen zwischen Stalin und Hitler ein Gleichheitszeichen setzen? War Russland überhaupt ein sozialistisches Land?

»Der Sozialismus hat die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit zum Ziel. Wo und wann wurde die Persönlichkeit so erniedrigt wie in der UdSSR?« schreibt Jünke⁴, der die Existenz des Sozialismus in Russland an dieser Stelle seines Buches negiert. »Es muss uns, wollen wir nach vorne schauen«, darauf ankommen, den »politisch-methodischen Wurzelgrund freizulegen, dessen Produkt auch der historische Stalinismus ist. Dies ist sicherlich zuallererst eine ethische Frage.«⁵ Ethische Weltbetrachtung und Lebensorientierung blickt aber immer konkret, also den historischen Bedingungen entsprechend, auf das Ganze, auf die Totalität der menschheitlichen Entwicklung. Russland

Jürgen Meier – Jg. 1950, studierte »Intermedia« in Bielefeld (Kunst, Philosophie, Foto, Film), war viele Jahre PR-Berater, Werbekonzepter und -texter, betätigt sich als Dokumentarfilmer und freier Publizist; jüngste Buchveröffentlichung: »Eiszeit« in Deutschland, Münster 2005. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Scientology ist weder Kirche noch Sekte!, Heft 206 (Dezember 2007).

1 Christoph Jünke: Der lange Schatten des Stalinismus, Köln 2007.

2 Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 6. 2. 08.

3 siehe Junge Welt, 11. 12. 07.

4 Jünke, a. a. O., S. 128.

5 Ebenda, S. 137.

war ein rückständiges Land, das durch die Oktoberrevolution vom Zarismus und von der Herrschaft der Gutsbesitzer befreit werden musste, um die russischen Menschen der Menschheit näher rücken zu können. Das brachte ganz praktische Probleme mit sich. An denen geht Jünke leider völlig vorbei. Der Autor, der sich in einzelnen Kapiteln mit den Stalin-Analysen von Trotzki, Deutscher, Hofmann, Kofler und Lukacs ausführlich beschäftigt, glaubt, dass sich das »bürokratische Herrschaftssystem« Stalins dadurch »vom Kapitalismus unterscheide, dass ihre Herrschaftsgrundlagen primär politischer und nicht ökonomischer Natur seien.«⁶ Werner Hofmann, der 1967 geschrieben hatte, die Sowjetunion sei, verglichen mit dem Zarismus, »fast ein Land der Freiheit«, wird von Jünke genauso des Stalinismus bezichtigt wie Lukacs, der im Wesentlichen »voll und ganz im herrschenden Diskurs des Stalinismus« verhaftet geblieben sei. Allerdings habe Lukacs noch eine »Wende« hinbekommen zu einem »radikal-demokratischen Sozialismus.«⁷ Natürlich wird Trotzki in diesem Buch gelobt, was ja nicht tragisch wäre, wenn es denn schließlich zu einer Aufhellung des Schattens führen würde, den Stalin geworfen hat. Dies ist jedoch nicht der Fall. Jünke versäumt es, eine materialistische Analyse der damaligen Sowjetunion zu erstellen. Es kann doch eben keineswegs darum gehen, festzustellen, dass Trotzki oder Deutscher oder wer sonst noch schon immer richtig gelegen hätten mit ihren Einschätzungen, wogegen Stalin von Anbeginn ein psychotischer Grobian gewesen sei. Wenn wir verstehen wollen, warum sich der Schatten Stalins überhaupt entwickeln konnte, müssen wir uns aber die ökonomischen Verhältnisse der damaligen Sowjetunion anschauen, nicht nur die politischen. Dies versäumt Jünke. Bei Lukacs hätte Jünke folgendes lesen können: »Die Ökonomie ist und bleibt der materielle Reproduktionsprozess der Gesellschaft und der Menschen in ihr, in welchem der Einzelmensch letzten Endes dessen Objekt bleibt.«⁸ Das ist auch im Sozialismus nicht anders, birgt allerdings die Gefahr in sich, dass ökonomistisch und nicht konkret aus dem gesellschaftlichen So-Sein der Klassen der gesellschaftliche Aufbau des Sozialismus geplant wird.

Deshalb erkannte Lenin nach den Wirren des Krieges und Bürgerkrieges in der Erschütterung, ja in der bloßen Lockerung des Verhältnisses von Proletariat und Bauernschaft die Zentralgefahr dieser Übergangskrise, in der sich das Land nach der Oktoberrevolution befand. Wenn wir Stalins Schatten bewerten wollen, müssen wir diesen Schatten nicht mit dem Etikett Stalinismus bekleben und glauben, damit hätten wir dessen Ursache erkannt, sondern wir sollten die Frage stellen, ob und wie die Sowjetunion die Lockerung des Verhältnisses von Proletariat und Bauernschaft zu verhindern verstand.

Nach der Revolution wurde das Land zugunsten der Kleinbauern umverteilt. Die Zahl der Bauernfamilien in Russland stieg von rund 18 Millionen auf 25 Millionen (1927). Die russischen Bauern verfügten über die wesentlichen Produktionsmittel Land, Tier, Werkzeug und Saatgut ohne Einkauf, ohne Zirkulation. Selbst die Pflüge bestanden in den Anfangsjahren häufig nur aus Holz, so dass der Bauer sie selbst ohne den industriellen Rohstoff Stahl fertigte. Geld spielte für sie kaum eine Rolle. Es gab für die Bauern wenig zu kaufen. Getreide zählte, nicht Geld. Sollte die Industrialisierung des Landes funktionie-

6 Ebenda, S. 37.

7 Ebenda, S. 60.

8 George Lukacs: Sozialismus und Demokratisierung, Frankfurt/M. 1987, S. 45.

ren, mussten die Bauern aber über ihren Eigenbedarf hinaus produzieren, um die wachsende Zahl der Arbeiter ernähren zu können. Auf der »Allrussischen Versorgungskonferenz« von 1920 wurde beschlossen, alle bäuerlichen Überschüsse einzuziehen. Durch diesen sogenannten »Kriegskommunismus« wurde den Bauern ihr überschüssiges Getreide genommen. Die Bauern wollten aber für sich und nicht für den Staat arbeiten. Die notwendige Folge der Getreideabgabe war ein noch geringeres Getreideangebot im folgenden Jahr. Schrecklicher Hunger herrschte 1921. Unzählige Menschen verhungerten. Die Regierung musste Lebensmittelhilfe aus den USA akzeptieren und kaufte trotz äußerst knapper Devisen Getreide auf dem Weltmarkt. Bauernunruhen brachen aus, die auf die Städte übergriffen und im Februar 1921 im Kronstädter Aufstand gipfelten. Das führte zu unterschiedlichen Einschätzungen in der Partei.

In dieser Situation entwickelte Lenin die Neue Ökonomische Politik (NÖP), die einen durch private Händler organisierten Austausch zwischen Stadt und Land förderte, den Bauern Industrieerzeugnisse anbot und sie im Kauf gegen Getreide austauschte. Die bäuerliche Produktion nahm erstmals in größerem Umfang die Form der Warenproduktion an. Die Bauern verkauften einen Teil ihrer Ernte gegen Geld und kauften von dem Geld Industrieprodukte. »Man muss mit dem kleinen Landwirt rechnen,« schrieb Lenin, »der seine Überschüsse verkauft, man muss auch damit rechnen, dass die städtische Bevölkerung, die Arbeiter, ihre Lage verbessern müssen. Sonst werden wir bei unserer weiteren Aufbauarbeit, die den Übergang zum Sozialismus so konsolidieren wird, dass man uns nicht mehr zurückwerfen kann, keinen Erfolg erzielen. Deshalb ist der Warenaustausch jetzt die wichtigste Frage unserer ganzen ökonomischen Politik.«⁹ Lenin, dies sei hier nur erwähnt, spricht an dieser Stelle von einem »Übergang zum Sozialismus«, in dem sich Russland befinden würde, nicht von Sozialismus. Lenin erklärt die NÖP an anderer Stelle mit dem Hinweis: »Den Staatskapitalismus brauchen wir bei uns in Russland nicht zu fürchten, er wäre ein Schritt vorwärts (...) Wir beobachten zumindest fünf verschiedene Systeme oder Wirtschaftsformen oder ökonomische Zustände, und zwar sind es, wenn man von unten nach oben zählt, die folgenden: erstens die patriarchalische Wirtschaft, bei der die Bauernwirtschaft nur für den Eigenbedarf arbeitet oder sich in einem Nomaden- oder Halbnomadenzustand befindet, solche Wirtschaften aber haben wir in Hülle und Fülle, zweitens die kleine Warenwirtschaft, bei der die Produkte auf dem Markt verkauft werden, drittens die kapitalistische Wirtschaft, das ist das Aufkommen von Kapitalisten, von kleinem privatwirtschaftlichem Kapital; viertens der Staatskapitalismus und fünftens der Sozialismus (...) Der Kleinbetrieb, der fast immer unabhängig vom Sozialismus existiert« kann existieren »weil die Großindustrie nicht wiederhergestellt ist, weil die sozialistischen Fabriken vielleicht nur ein Zehntel von dem bekommen können, was sie bekommen sollten, und sofern sie es nicht bekommen, bleibt der Kleinbetrieb von den sozialistischen Fabriken unabhängig (...) Unter solchen Umständen Staatskapitalismus – was wäre das? Das wäre eine Zusammenfassung der Kleinproduktion. Das Kapital fasst die Kleinproduktion zusammen, das Kapital wächst aus der Kleinproduktion hervor [...] Freiheit des Handels bedeutet Wachstum

9 W. I. Lenin: Rede auf der III. Gesamtrussischen Konferenz für Ernährungs-wesen, in: Lenin, Werke Bd. 32, S. 470.

des Kapitalismus, darüber kann man sich keinesfalls hinwegsetzen. (...) Die Sowjetmacht schließt einen Vertrag mit einem Kapitalisten. Laut Vertrag wird diesem eine gewisse Menge von Sachwerten überlassen: Rohstoffe, Bergwerke, Ölfelder; Erzlagerstätten oder, wie nach einem der letzten Konzessionsprojekte, sogar ein besonderer Betrieb (Konzessionsprojekt eines schwedischen Unternehmens zur Herstellung von Kugellagern). Die sozialistische Staatsmacht überlässt dem Kapitalisten die ihr gehörenden Produktionsmittel: Betriebe, Materialien, Bergwerke, der Kapitalist arbeitet als Kontrahent, als Pächter mit den sozialistischen Produktionsmitteln und zieht aus seinem Kapital Profit, während er dem sozialistischen Staat einen Teil der Erzeugnisse überlässt (...), aus eigener Kraft können wir das nicht zustande bringen. Und so ergibt sich der Staatskapitalismus.«¹⁰

10 W. I. Lenin: Referat über die Naturalsteuer, in: Ebenda, S. 306.

Das schrieb Lenin 1921 und er ging davon aus, dass es eine lange Zeit diesen Staatskapitalismus geben würde. Die Landwirtschaft und die sowjetische Wirtschaft insgesamt erholten sich und erreichten in den folgenden fünf Jahren die guten Wirtschaftszahlen von 1914.

11 W. I. Lenin: Referat über die Taktik der KPR, in: Ebenda, S. 516.

»Die Großindustrie ist das einzige Mittel, um die Bauernschaft vor Not und Hunger zu retten. Damit sind alle einverstanden.«¹¹ Lenin wollte mit der NÖP, die so erfolgreich begonnen hatte, die Großindustrie schaffen, um die Bauern zu schützen. Wenn Jünke schreibt, es sei keine »grundsätzlich andere Gesellschaft, keine solidarische Gesellschaft denkbar, wenn sie nicht mit den Imperativen der Marktwirtschaft bricht«¹², dann verkennt er die Situation des damaligen Russland, dessen Aufgabe es zunächst war den Zarismus zu vernichten, um durch den Staatskapitalismus zum Sozialismus zu gelangen. Jünke negiert die Notwendigkeit der NÖP. Auch Stalin negierte, kurz nach Lenins Tod, die NÖP! Der Staatskapitalismus, dies hat Lenin ausführlich geschildert, ist die vierte Stufe der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse vor der fünften Stufe, dem Sozialismus. Der Staatskapitalismus ist gegenüber dem Zarismus also eine »grundsätzlich andere Gesellschaft«, eine fortschrittlichere.

12 Jünke, a. a. O., S. 205.

Das Verhältnis von Bauern und Arbeiter wurde gestört, als die Bauern für ihr Getreide nicht ausreichende Industriegüter erhielten. Lenin war zu diesem Zeitpunkt bereits tot. Die Partei stritt nun um den richtigen Weg, um das Land zu industrialisieren und zu elektrifizieren, um es auf den Sozialismus vorzubereiten. »Zum ersten Male in der Weltgeschichte«, schrieb Trotzki, »hat das aufständige Bauerntum in der Person des Proletariats einen treuen Führer gefunden. Vier Millionen Industrie- und Transportarbeiter führten 100 Millionen Bauern.«¹³ Trotzki setzte auf die »Diktatur des Proletariats« und nicht auf die »Diktatur des Proletariats und der Bauern.« Deshalb plädierte er für »die ursprüngliche sozialistische Akkumulation,« was zwangsweise Kollektivierung bedeutete.

13 Leo Trotzki: Die russische Revolution, Berlin 1970, S. 13.

14 Ders.: Geschichte der russischen Revolution, Berlin 1960, S. 741.

Die Macht des Proletariats sei nicht anders zu sichern »als dadurch, dass dem Bauern bei der Durchführung seiner Revolution entschiedene Hilfe geleistet wurde«. Die »Diktatur des Proletariats«, so Trotzki, müsse sich nicht nur »den Interessen des bäuerlichen Werktätigen gegenüber« aufmerksam verhalten, »sondern auch geduldig gegenüber dessen Illusionen als kleinem Eigentümer.«¹⁴ Preobraschenskij¹⁵ hatte das Programm der »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation« als erster durchdacht. Er schrieb: »Der Kampf für die

15 J. A. Preobraschenskij wurde am 13. Juli 1937 zum Tode verurteilt und erschossen. 1988 wurde er von Michael Gorbatschow rehabilitiert.

Reproduktion sozialistischer Verhältnisse bedeutet aber Kampf für die Vermehrung der Produktionsmittel in Händen des proletarischen Staates, er bedeutet die Konzentration einer ständig wachsenden Anzahl von Arbeitern um diese Produktionsmittel, er bedeutet wachsende Arbeitsproduktivität im gesamten System.«¹⁶ Die Produktionsmittel in den Händen des Sowjetstaates sollten vermehrt werden. Die Vermehrung oder Akkumulation hätte mit rein ökonomischen Mitteln aus dem Mehrprodukt dieses Sektors – des staatlichen – geschaffen werden können. Das war jedoch Trotzki und Preobraschenski nicht genug: »Unter sozialistischer Akkumulation verstehen wir ein Mehrprodukt, das zu den im Betrieb befindlichen Produktionsmitteln hinzugefügt wird, und das innerhalb der errichteten sozialistischen Wirtschaft geschaffen wurde und nicht als zusätzliche Zuteilung an die Mitglieder der sozialistischen Produktion und des sozialistischen Staates verwendet wird, sondern der erweiterten Reproduktion dient. Ursprüngliche sozialistische Akkumulation andererseits ist die Akkumulation materieller Hilfsquellen in den Händen des Staates, aus Quellen, die teilweise oder hauptsächlich außerhalb der Staatswirtschaft liegen. Diese Akkumulation muss in einem rückständigen bäuerlichen Land eine außerordentlich große Rolle spielen.« Ursprüngliche sozialistische Akkumulation war aber dergestalt nichts anderes als die direkte oder indirekte Enteignung von selbständigen Kleinproduzenten. Stalin und die Parteimehrheit kritisierten öffentlich diese These, aber sie handelten ihr entsprechend. Die Sowjetregierung senkte die Getreidepreise, damit sie mehr Getreide für weniger Industriewaren bekam, bzw. für die gleiche Getreidemenge weniger industrielle Konsumprodukte an die Dörfer liefern musste. Das war eine Maßnahme zur »externen« Akkumulation der staatlichen Industrie.

Trotzki und Preobraschenski forderten eine »ursprüngliche sozialistische Akkumulation«, also einen raschen Aufbau der Großindustrie, auf Kosten der Bauernschaft. Bucharin sah dagegen gerade darin ökonomisch die Zentralfrage der Wiederherstellung, dass die Industrie das Land mit den nötigen Waren versehen müsse. Bucharin setzt die Produktivkraft mit Technik gleich und meint, »die antike Sklaverei sei eine ökonomische Folge der Unentwickeltheit der Technik in der Antike, während Marx selbst diese Unentwickeltheit gerade auf die Sklaverei als ökonomische Grundlage dieser Formation zurückgeführt hat«.¹⁷ »Beide Flügel«, so Lukacs, »reduzierten also das Gesamtproblem im wesentlichen auf je eine rein ökonomische Frage, die allerdings die wichtigsten politischen Konsequenzen haben musste (...) Stalin unterscheidet sich von ihnen nicht im theoretischen Niveau der Fragestellung, nur ist er ihnen allen taktisch weit überlegen.«¹⁸ Stalin verwirklichte die »ursprüngliche sozialistische Akkumulation« mit äußerst brutalen Mitteln. Die Ökonomie wurde hier wie da als »exakte« Einzelwissenschaft losgelöst vom großen historischen Prozess der Menschwerdung des Menschen.

Stalin setzte die Theorie Trotzki und Preobraschenski schließlich konsequent durch. Die Ökonomie als exakte Einzelwissenschaft wurde zur Grundlage bürokratischer Manipulation der Gesellschaft, gespickt mit marxistischer Orthodoxie. Stalin forderte, der Sozialismus müsse »die fortgeschrittene Technik der entwickelten kapitalistischen Länder einholen und überholen. Wir haben die fortgeschritte-

16 J. A. Preobraschenski: Die neue Ökonomie, Moskau 1926, S. 108.

17 George Lukacs: Sozialismus und Demokratisierung, Frankfurt/M. 1987, S. 66.

18 Ebenda, S. 60.

19 J. W. Stalin: Die Frage des Entwicklungstempos der Industrie, in: Stalin, Werke, Berlin 1954, Bd. 11, S. 132.

20 Von den 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees, die auf dem XVII. Parteitag gewählt worden waren, wurden 98 Personen, d. h. 70 Prozent, (hauptsächlich in den Jahren 1937/1938) verhaftet und erschossen.

21 Leo Trotzki: Die russische Revolution, a. a. O., S. 15.

22 J. W. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus, in: Stalin, Werke, Bd. 6, S. 58.

23 Ders.: Zu den Fragen des Leninismus, in: Ebenda, Bd. 8, S. 39.

24 Ebenda, S. 41.

25 »Es sollte daran erinnert werden, dass im Jahre 1927, am Vortage des XV. Parteitages, für die trotzkistisch-sinowjewistische Opposition lediglich 4 000 Personen stimmten, während sich für die Parteilinie 724 000 aussprachen.« XX. Parteitag der KPdSU.

nen kapitalistischen Länder hinsichtlich der Errichtung einer neuen politischen Ordnung, der Sowjetordnung, eingeholt und überholt. Das ist gut. Aber das genügt nicht. Um den endgültigen Sieg des Sozialismus in unserem Lande zu erringen, müssen wir diese Länder auch in technisch-ökonomischer Hinsicht einholen und überholen. Entweder erreichen wir das, oder wir werden zermalmt.«¹⁹

Statt sich über den Stalinismus, Trozkiismus oder über den Revisio-nismus, der in der Sowjetunion von diesen oder von jenen eingeführt wurde, auszulassen, sollten wir uns an der Entwicklung Russlands und der späteren Sowjetunion vor Augen halten, dass jegliche Form des Ökonomismus, der die Produktivkraft als solche fetischisiert, immer in unmenschlichen Entfremdungen endet. Ob Trotzki, Stalin, Preobraschenski, Bucharin, sie haben, was in Anbetracht des Hungers und Elends in Russland durchaus erklärlich ist, – wer von uns hätte in deren Haut stecken mögen –, das Verhältnis von Bauernschaft und Proletariat ökonomistisch zu bewältigen versucht. Der Ökonomismus führt aber im Kapitalismus, wie in der Übergangsgesellschaft zum Sozialismus, immer zur Ausbeutung und Unterdrückung von Menschen durch Menschen. Nun könnte man fragen, wenn Stalin wie Trotzki ökonomistische Politik betrieben haben, warum hat Stalin Trotzki dann in die Verbannung geschickt und die meisten seiner Anhänger ermorden lassen?²⁰ Auch das hat nicht einfach etwas mit Stalins Ehrgeiz und Eitelkeit zu tun, sondern wiederum mit einer ökonomistischen Einschätzung der Lage Russlands.

»Die sozialistische Gesellschaft,« schrieb Trotzki, »ist in nationalen Grenzen undurchführbar. So bedeutend die Wirtschaftserfolge eines isolierten Arbeiterstaates auch sein mögen, das Programm des Sozialismus in einem Lande ist eine kleinbürgerliche Utopie. Nur eine europäische und sodann eine Weltföderation sozialistischer Republiken kann die wirkliche Arena für eine harmonische sozialistische Gesellschaft abgeben.«²¹ Damit war Stalin, der das »Programm des Sozialismus in einem Lande« verfolgte, als kleinbürgerlicher Utopist verurteilt, obgleich Stalin Trozki's Einschätzung einmal geteilt hatte. »Der Sieg der Revolution wenigstens in einigen Ländern« sei notwendig,²² hatte er noch 1924 behauptet. Zwei Jahre später schrieb Stalin: »Der endgültige Sieg des Sozialismus ist die volle Garantie gegen Interventions- und folglich auch gegen Restaurationsversuche, denn ein einigermassen ernsthafter Restaurationsversuch kann nur mit ernster Unterstützung von außen, nur mit Unterstützung des internationalen Kapitals erfolgen.«²³ Als Sinowjew 1925 in einer Rede auf Stalins Formulierung von 1924 zurückgreift, wird ihm von Stalin vorgeworfen, er betreibe die »Kapitulation vor den kapitalistischen Elementen unserer Wirtschaft.«²⁴ Das war die Vorbereitung für sein Todesurteil. Kapitulation vor den Bauern, die im Sprachgebrauch in diesen Jahren bereits alle Kulaken (Großbauern) genannt wurden, war Kapitulation vor dem Kapital. Stalins Logik: Wenn die Bauern als Kleineigentümer beseitigt sind, gibt es keine Klassen mehr. Das Proletariat allein bestimmt die Richtung der Gesellschaft und muss lediglich davor gefeit sein, dass »die Burg nicht von Innen« durch ausländische Agenten des internationalen Kapitals genommen wird. Da die Revolution in anderen Ländern ausblieb, musste sich Trotzki mit seiner Position in der Partei völlig isolieren.²⁵ Denn die Konsequenz konnte für Russland ja

nicht sein, den begonnenen Weg freiwillig wieder aufzugeben, um zu warten, bis die Arbeiterklasse in Deutschland, Frankreich oder England reif für die Revolution geworden wäre. Trotzki's Forderung nach »Demokratie« blieb deshalb eine – sicher ernst gemeinte – Phrase, die seine Kernforderung nach »Vermehrung der Produktionsmittel in Händen des proletarischen Staates« nur schlecht versteckte.

Die staatlich festgesetzten Getreidepreise wurden 1926/27 um bis zu 25 Prozent gesenkt. Doch weil die Bauern im Besitz ihrer Produktionsmittel waren, ließen sie sich nicht die Preise für ihr Getreide diktieren. Sie verkauften nicht oder nur zum wirklichen Wert. Sie hatten die Macht, Getreide zu verkaufen oder zu horten. Die Bauern beeinflussten damit das Tempo der Akkumulation in der Industrie, weil sie im Produktaustausch Industriegüter-Agrargüter nur zu gleichen Werten oder zu für sie günstigeren Werten tauschen wollten und daher keine Extragewinne der Industrie zuließen. Alle selbständigen Bauern, nicht allein ihre wohlhabendere Schicht, die Kulaken, entwickelten sich zur Gegenkraft gegen die schnelle Industrialisierung in der Sowjetunion. Es gab andererseits keine staatlichen Getreidevorräte, die die Regierung in dieser kritischen Lage hätte auf den Markt bringen können. Die Stadtbevölkerung war von Hunger bedroht. Sie protestierte. Die sowjetische Industrieproduktion war zwar enorm gewachsen, aber sie war zu wenig auf die Landwirtschaft ausgerichtet, und der Grund der Unterversorgung der Städte mit Getreide war eine Unterversorgung der Bauern mit für sie nützlichen Industriegütern. In dieser Notlage griff die Partei, wie 1920, zum Mittel der Gewalt, um die Hungersnot in den Städten zu bekämpfen. Es verhält sich daher nicht einfach so, wie dies Hans Heinz Holz als Plus auf das Konto Stalins schreibt, das es einen gewaltigen industriellen Fortschritt in der Sowjetunion gegeben²⁶ und dass der gute Stalin ohnehin alles richtig gemacht habe. Der industrielle Fortschritt, den es ohne Frage gab, stand aber nicht in gesunder Beziehung zur Landwirtschaft. Aus dieser falschen Beziehung entstand schließlich die Notlage von 1926, der die Zwangskollektivierung der gesamten Bauernschaft entsprang, in deren Folge massenhafte Verhaftungen, Erschießungen und Deportationen vollstreckt wurden.

Die sowjetischen Bauern hatten durch die Revolution erst Land und Selbständigkeit gewonnen, und verloren jetzt beides. Sie wurden in Kolchosen und Sowchosen als Leibeigene des Staates gehalten. Die Rache der Bauern war Lethargie.

Ob man diese Fehler der Partei in der falschen Behandlung des Widerspruchs von Bauernschaft und Arbeiterklasse nun Stalinismus nennen möchte, ändert nichts an der Tatsache, dass die gesamte Partei den Widerspruch falsch behandelt hat, nämlich ökonomistisch. Anfang 1929 musste die Brot rationierung für rund 40 Millionen Menschen eingeführt werden. Noch im gleichen Jahr mussten fast alle anderen Lebensmittel ebenfalls rationiert werden. Noch im April 1931 war Brot, Getreide, Fleisch, Fisch, Zucker und Fett rationiert. Der falsch behandelte Widerspruch zwischen Bauernschaft und Proletariat – strukturell zwischen primärem und sekundärem Bereich – brachte schließlich das System zum Untergang. Die Bauern produzierten im Jahre 1984 auf ihren privaten Parzellen mit 3 Prozent der bebauten Fläche, also in ihrer Freizeit, 25 Prozent der landwirtschaftlichen Pro-

26 »Diese drei Hauptaufgaben – Industrialisierung, Veränderung der Klassenverhältnisse auf dem Lande, Aufbau des Schul- und Bildungswesens – wurden in der kurzen Zeit zwischen 1925 und dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 in erstaunlicher Weise bewältigt. Die grundsätzlichen Entscheidungen, die in dieser Zeit von Stalin und seinen Mitarbeitern in der Partei getroffen wurden, sind, meine ich, richtig gewesen und haben die Bewährungsprobe bestanden, als die Sowjetunion im 2. Weltkrieg dem Angriff widerstehen und die Hauptlast der Niederwerfung des deutschen Faschismus tragen konnte, ja sogar gestärkt als zweite Weltmacht aus diesem Kampf auf Leben und Tod hervorging.« Hans Heinz Holz, zu Stalins 125. Geburtstag.

duktion. Dieselben Bauern erwirtschafteten aber in ihrer Hauptarbeitszeit auf den 97 Prozent Flächen der Sowchosen und Kolchosen, wo ihnen moderne Technik zur Verfügung stand, nur 75 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion. Pro Flächeneinheit produzierten die eigenständig wirtschaftenden Landwirte siebenmal mehr als die staatlich zwangsorganisierte Landwirtschaft. Als in den 1950er Jahren die Stagnation der Landwirtschaft die Weiterentwicklung der Industrie immer bedrohlicher behinderte, wurde ein zunehmender Anteil der staatlichen Investitionen in die staatliche und kollektive Landwirtschaft gelenkt: 1965 gingen 22 Prozent der staatlichen Gesamtinvestitionen in die Landwirtschaft, 1980 waren es 27 Prozent, 1986 waren es 26 Prozent. Dennoch brachten die erhöhten Einsätze immer geringere Resultate: betrug der landwirtschaftliche Produktionswert pro 1000 Rubel Investitionen 1965 noch 1 069 Rubel, so fiel er bis 1980 auf 381 Rubel. Die Sowjetunion konnte ihre Bevölkerung nicht mehr mit der eigenen Landwirtschaft ernähren und musste große Mengen Getreide importieren.

»Von 1971 an«, so Michael Gorbatschow, »war die Wachstumsrate des Nationaleinkommens um mehr als die Hälfte zurückgegangen, und seit Beginn der achtziger Jahre verharrte sie auf einem fast stagnierenden Niveau.«²⁷ »Der Verkauf großer Mengen von Öl und anderen Brennstoffen, von weiteren Energieträgern und Rohstoffen auf dem Weltmarkt brachte keine Hilfe.«²⁸ »Die Sowjetunion, der Welt größter Produzent von Stahl, Öl und Energie, produziert in diesen Bereichen noch immer nicht genug, Ursache ist die verschwenderische und ineffiziente Nutzung: Obwohl einer der größten Getreideproduzenten, muss unser Land Millionen von Tonnen Futtergetreide pro Jahr importieren.«²⁹ Gorbatschow forderte in dieser Situation die »wirtschaftliche Selbstständigkeit der Betriebe«³⁰ und verlor dabei jeglichen Bezug zur Realität der international agierenden kapitalistischen Marktwirtschaft. Die Sowjetunion sei »an der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Wenn die BRD nicht gefestigt wäre, könnte es keine Hoffnung auf Stabilität für Europa, und somit für die ganze Welt, geben. Umgekehrt würden stabile Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR die Lage Europas spürbar verbessern.« Hans Modrow hält Gorbatschow für den Hauptverantwortlichen am Untergang der UdSSR: dessen »offenkundige Unfähigkeit zum konzeptionellen Denken«, seine »mangelnde theoretische Substanz« und sein »gewisser Hochmut, der es für unnötig erachtete, sich mit anderen zu konsultieren und zu beraten. Während ganze Heerscharen dem US-Präsidenten vor und bei Gipfeltreffen zuarbeiteten, ging Gorbatschow dorthin wie andere zum Friseur.«³¹ Damit war der sowjetische Staatsmonopolismus beendet und der Ausverkauf nicht nur der Sowjetunion, sondern all der mit ihr über lange Jahre verbündeten Staaten – außer Kuba – an die westlichen Imperialisten konnte beginnen.

Was nach der Oktoberrevolution kam, war dennoch dem Zarismus gegenüber fortschrittlich. Lenin bezeichnete diesen Fortschritt aber nicht als Sozialismus, sondern als einen wichtigen Schritt, um zum Sozialismus zu gelangen.

»Alle Macht den Räten«, das entsprach 1917 der Perspektive der revolutionär- demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern. In der

27 Michail Gorbatschow: Perestroika, München 1987, S. 19.

28 Ebenda, S. 21.

29 Ebenda, S. 22.

30 Ebenda. S. 113.

31 Zitiert nach: Junge Welt, 6. 11. 07.

Praxis trat nun aber das Problem ein, dass aufgrund der Haltung der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die die Bauern repräsentierten, die Losung »Alle Macht den Räten« nur verwirklicht werden konnte durch die Bolschewiki, die im Jahre 1917 zur entscheidenden Partei der Arbeiter in den Städten wurden und die Mehrheit in den großstädtischen Sowjets erobert hatten. Ein Bündnis mit den Bauern hätte ein Bündnis mit den Sozialrevolutionären vorausgesetzt.

An die Stelle der Rätedemokratie trat so, unter den oben beschriebenen ökonomischen Bedingungen und Entwicklungen, zunehmend die Herrschaft der bolschewistischen Partei unter Instrumentalisierung der Rätedemokratie. Schließlich blieb von der Rätedemokratie nur die Phrase übrig. Die Sozialrevolutionäre waren zu schwach. Dadurch glaubten die Bolschewiki nach Lenins Tod an ihre »Diktatur des Proletariats«. Durch die Abgabepflicht wurde der alte Widerspruch der Zarenzeit, zwischen Staat und Bauern, aus der Sicht der Bauern nur erneuert. Die bäuerliche Demokratie wurde, trotz NÖP, die zu früh beendet wurde, nicht von der Dorfgemeinde aus entwickelt. Hauptgesichtspunkt blieb die Kontrolle der Bauern und ihrer »kapitalistischen« Aspirationen. Die Dorfgemeinde war im Sowjetsystem gar nicht repräsentiert. Lediglich auf Kreisebene wurden die Bauern, sehr unterrepräsentiert, eingebunden in das System. Russland wurde in der sogenannten »zweiten Revolution« unter Führung Stalins zu einer großen Industriemacht. Es entstand ein russischer, wehrhafter Staatsmonopolismus.

Lenin hatte 1921 den Staatskapitalismus als Vorstufe zum Sozialismus bewusst geplant, ohne dass er diesen bereits Sozialismus genannt hätte. Der Staatsmonopolismus, der entstand, war nicht mit dem Staatskapitalismus zu vergleichen, den Lenin, als Zusammenfassung der Kleinproduktion, gedacht hatte. Mit dieser Kooperation der Kleinproduktion hatte der Staatsmonopolismus aber längst Schluss gemacht. Der Staatsmonopolismus forderte die völlige Unterwerfung des industriellen Arbeitsprozesses durch die staatliche Gewalt. Er verschärfte die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, während die landwirtschaftlichen Produzenten nach ihrer Enteignung dem gleichen Staatsmonopol unterworfen waren. Die Funktionäre, die diesen Staatsmonopolismus als Sozialismus verkündeten, – dabei ist unwichtig, ob sie das wirklich glaubten –, begannen eine neue herrschende Klasse zu werden, die Arbeiter und Bauern aus dem Apparat säuberten. Dieser sowjetische Staatsmonopolismus führte erfolgreich den »Vaterländischen Krieg« gegen den Faschismus. Das Bündnis der Bauernschaft und Arbeiter stellte sich so wieder über die nationale Verteidigung des Landes her und ermöglichte einen raschen Wiederaufbau der Industrie. Doch die alten Wunden brachen schnell wieder auf. Stalin erkannte die erneute Krise zwischen Bauernschaft und Proletariat durchaus.

In seinem letzten Buch über die Geltung des Wertgesetzes im Sozialismus polemisierte Stalin gegen jene Ökonomen, die meinten, unter der Herrschaft des Staatsmonopols (Sozialismus) würden an die Stelle der ökonomischen Wertgesetze politische treten.

Chruschtschow, der das Scheitern des Staatsmonopolismus mit dem »Personenkult« an Stalin begründete und als Korrektur Reformen versprach, änderte als Ausdruck seiner Hinwendung an alle Sowjetmen-

schen und nicht nur an die Arbeiter, die Bezeichnung des Staates. Künftig war die Sowjetunion nicht mehr die »Diktatur des Proletariats«, die sie faktisch längst nicht mehr war, da sich die Partei verselbständigt hatte, sondern die »Diktatur des ganzen Volkes«. Chruschtschow konnte anfangen, so schreibt Gerd Ruge, »die Landwirtschaft zu verändern. Er wusste, dass dies dringend notwendig war, denn die Unwirtschaftlichkeit des Kolchossystems und die damit verbundene Armut auf dem Lande waren eine der schwersten Belastungen der sowjetischen Politik.«³² Doch das Ende der Sowjetunion war längst eingeläutet. Es kam und das Land veränderte sich.

32 Gerd Ruge: Michael Gorbatschow, Frankfurt/M. 1990, S. 103.

Früher hatten Parteiapparat und Geheimpolizei das Land gewaltsam zusammengehalten. »Nun waren innerhalb und außerhalb der Partei politische Gruppierungen entstanden, in vielen Republiken hatten die Bewegungen, die sich Nationale Front nannten, mehr Macht als die Organisationen der Partei und der alte Staatsapparat. Der Sowjetunion drohte mit der innenpolitischen Lockerung ein Zerfallsprozess, in dem nationale, regionale und lokale Interessen die Bindungen an die Union wegschwemmten.«³³ Ob in Lettland oder in der Ukraine sind diese »Nationalen Fronten« rechte Parteiansammlungen. Sie erreichen bei heutigen Wahlen bis zu dreißig Prozent der Stimmen. »In einem der am meisten verbreiteten Geschichtsbücher der russischen Schule – im Lehrbuch von A. Kreder – liest man beispielsweise, dass der Sieg der Roten Armee über den Faschismus ein Unglück war, da er zur Errichtung prosowjetischer Regime in Osteuropa führte. Entsprechend der antikommunistischen Propaganda waren alle Gegner Stalins und der Kommunisten im Recht – darunter eben auch Hitler und die Faschisten. So kommt ein Teil der Jugendlichen dann zu dem Schluss, dass »Hitler besser als Stalin war«, und »Hitler recht hatte.«³⁴ Der Zarismus wird wieder verherrlicht. Aber die Ziele der Oktoberrevolution, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu schaffen, die von Lenin bis Gorbatschow, von Trotzki bis Bucharin, einschließlich Stalin, alle namhaften Kommunisten sicher erreichen wollten, sind durch die falsche Behandlung des Widerspruchs von Bauernschaft und Proletariat, auf den Kopf gestellt worden. Die brutalen Mittel, die von der Partei eingesetzt wurden, um nicht bereits das sozialistische Ziel vor dem Hunger opfern zu müssen, sollten durch das Ziel selbst geheiligt werden. Doch diese brutalen Mittel verschlechterten nicht nur das Verhältnis von Bauernschaft und Proletariat, sie veränderten auch die Partei und ihre Führungskader. Dennoch lassen sich diese Ziele überhaupt nicht mit den Zielen Hitlers vergleichen, der im Interesse des deutschen Großkapitals hemmungslos andere Länder und Völker überfallen, seine Bataillone über zig Millionen von Leichen marschieren und den Holocaust fabrikmäßig vollstrecken ließ, um den »arischen« deutschen Rassemenschen zum Herrscher über die Welt zu machen.

33 Ebenda S. 293.

34 Junge Welt 27. 7. 05.

Die Oktoberrevolution war eine Revolution neuen Typs. Erstmals machten sich Arbeiter und Bauern gemeinsam auf den Weg eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu errichten. Die »neue Form der Organisation des Proletariats sind die Sowjets«, schrieb Stalin 1924, »die Pariser Kommune war die Keimzelle dieser Form.«³⁵ Mit dieser falschen Einschätzung der konkreten Analyse der russischen Situation begann aber das Problem. Die »Pariser Kom-

35 J. W. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus, a. a. O., S. 66.

«mune» war die unmittelbare Demokratie einer hochentwickelten Stadt! Sie war tatsächlich die »Diktatur des Proletariats«. Aber bereits Marx stellte in seiner Analyse der »Pariser Kommune« fest: »In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, dass die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfs sein, und dass das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein.«³⁶ Die »Krautjunker«, so Marx, hätten gewusst, dass nach drei Monaten »Pariser Kommune« ein Bauernaufstand in Frankreich ausgebrochen wäre.³⁷ Dieses Bündnis von Bauernschaft mit dem Pariser Proletariat konnte aber gar nicht erst entstehen, denn die preußischen und französischen Militärs liquidierten brutal die »Pariser Kommune«.

Der Widerspruch von Bauernschaft und Proletariat, der in Russland von Beginn an ein prägender der Oktoberrevolution war, kam in Paris 1871 gar nicht zur Entfaltung. Sie war also in diesem Problemfeld kein gutes Lehrmaterial für die russischen Revolutionäre.

Durch die Zwangskollektivierungen der Bauern, organisiert durch die »Diktatur des Proletariats« ging zwar der Weg zur Entwicklung der Produktivkräfte vorwärts, aber statt in Richtung der Befreiung der Arbeit hat sie ihn in Richtung der totalen Verfügbarmachung von Arbeit für das Staatsmonopol gemacht. Nun ist also der sowjetische Staatsmonopolismus verschwunden, nicht der Sozialismus! Der Sozialismus wurde, obgleich dies Stalin bereits 1936 verkündete, in Russland und der Sowjetunion nie verwirklicht. Der Sozialismus sowjetischen Typs hat die Stufe seiner ersten Etappe, gleichsam die Vorstufe zum Sozialismus, nie überschritten, sie stattdessen in vielen verhängnisvollen Entscheidungen geradezu pervertiert. Denn die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist noch längst kein unzweifelhaftes Indiz dafür, dass die Sowjetunion ein sozialistisches Land gewesen wäre, darauf hat Lenin 1921 deutlich hingewiesen. Abschaffung des Privateigentums ist nur die unbedingte Voraussetzung [für den Weg zum] Sozialismus. Russland ist nie über den Status eines Staatsmonopolismus mit all den hinreichend bekannten und zum Teil hier beschriebenen Entfremdungen, Verfehlungen und Sackgassen hinaus gekommen. Eine genaue wissenschaftliche Untersuchung auf der Basis des dialektischen Materialismus steht noch aus. Sie muss neben den ökonomischen die sozialen und kulturellen Bezüge berücksichtigen.

36 Karl Marx: Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW Bd. 17, S. 339-340.

37 Vgl.: Ebenda, S. 346.

GÜNTER WIRTH

Harald Poelchau als Hochschullehrer

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Kurella und die Wartburgtagung, Heft 206 (Dezember 2007).

Im Blick auf das bevorstehende Jubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin und im Zusammenhang einiger meiner Aufsätze zur geistig-politischen Situation in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1949/50, die in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden, ist es vielleicht von keinem geringen Interesse, der Frage nachzugehen, welche Lehrkräfte in einem solch sensiblen Bereich wie der Juristischen Fakultät zwischen 1945 und 1949/50 zur Verfügung standen. Ausgangspunkt für diese Überlegung war die für manche sicher überraschende Feststellung, dass zu diesen Lehrkräften auch der legendäre Gefängnispfarrer von Tegel und Plötzensee, der von Peter Weiss so ergreifend porträtierte Seelsorger, der antifaschistischen Märtyrer und religiöse Sozialist Harald Poelchau gehörte.

In den Unterlagen im Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, die die Berufungen an der Juristischen Fakultät der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität nach 1945 ausweisen (Bestand Briefwechsel Rektorat – Juristische Fakultät, Aktenstück Band 245, 1. und 2.), gibt es keine, die sich direkt und persönlich auf Dr. Harald Poelchau beziehen. Als der Dekan dieser Fakultät, der Staatsrechtler Prof. Dr. Hans Peters, am 19. Oktober 1946 die Liste der Ordinarien, Professoren mit Lehrauftrag, Dozenten und Lehrbeauftragten einreichte, stand Harald Poelchau darauf. Offensichtlich erfolgte die Berufung Poelchaus in mündlichen Verhandlungen zwischen der Deutschen Zentralverwaltung der Justiz, zu deren leitenden Mitarbeitern (zuständig für den Strafvollzug) Poelchau gehörte, und der Universität, dem Rektorat und der Juristischen Fakultät; ohnehin gab es, wie aus dem Aktenbestand hervorgeht, engere Arbeitsbeziehungen zwischen Zentralverwaltung, damals geleitet vom Reichsminister a. D. Dr. Eugen Schiffer (LDP), und der Juristischen Fakultät.

Zweifellos ist nicht uninteressant, in welchem personellen Umfeld der Vortragende Rat in der Zentralverwaltung, Harald Poelchau, seine Lehrtätigkeit aufnahm. Dekan war, wie erwähnt, Hans Peters, der – vor 1933 Mitglied der Zentrumsparterie – neben seiner Lehrtätigkeit zeitweilig auch im Preußischen Kultusministerium gewirkt hatte. Nach 1933 zählte Peters zu den nonkonformistischen Hochschullehrern, was dazu führte, dass er für den Kreisauer Kreis tätig wurde. Wie aus dem Tagebuch von Ruth-Andreas Friedrich hervorgeht (»Der Schattenmann«), gehörte Hans Peters wie Harald Poelchau in Berlin einer Widerstandsgruppe an, der es vor allem um die Rettung von Juden ging. Peters wurde 1946 auf der Liste der CDU

in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt und war führend an der Ausarbeitung der ersten Berliner Nachkriegsverfassung beteiligt;¹ zeitweilig war er Fraktionsvorsitzender.

Als Ordinarien wurden auf der Liste weiter angeführt: der Arbeitsrechtler Hermann Dersch, der Strafrechtler Eduard Kohlrausch und der Rechtshistoriker Heinrich Mitteis, also Hochschullehrer und Gelehrte von Rang. Kohlrausch (1874 geboren) war schon seit 1919 Ordinarius in Berlin und mit Standardwerken seiner Disziplin hervorgetreten. Heinrich Mitteis (1889 geboren) gehörte zu den bedeutendsten Vertretern der Rechtsgeschichte; 1945 war er zunächst in Rostock tätig, dort auch führend im Kulturbund, 1945 stellvertretender Landesvorsitzender. Seit 1948 finden wir ihn in München. Sein Buch über den Staat im hohen Mittelalter fand Ende der vierziger Jahre, auch in der SBZ, starke Resonanz. Der 1883 geborene Hermann Dersch, der in der Zeit der Weimarer Republik im Reichsarbeitsministerium tätig war, wirkte seit 1929 an der Juristischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität (bis 1950).

Zeitweilig (so im Sommersemester 1947) gehörten überdies der Hamburger Vertreter der Disziplin des Römischen Rechts, Erich Genzmer (1893 geboren), und Ludwig Raiser², der Tübinger Staatsrechtler, der in den fünfziger Jahren als EKid-Synodaler von sich reden machte, in die Liste der Ordinarien in der Berliner Juristischen Fakultät. Ebenfalls seit dem Sommersemester 1947 ist dort der Rechtsphilosoph Arthur Baumgarten verzeichnet – mit ihm ein Gelehrter, der – aus der Schweiz zurückgekehrt – den Weg »vom Liberalismus zum Marxismus« (so der Titel seiner Erinnerungen) gegangen ist. Baumgarten wurde 1948/49 auch erster Rektor der Potsdamer Landeshochschule.

Zum Lehrkörper im weiteren Sinne und damit (wenn wir so wollen) zu den Kollegen Poelchaus gehörten ferner ein Professor mit Lehrauftrag, nämlich Günter Brandt, sowie weitere Lehrbeauftragte, unter ihnen Leonhard Auerbach, Helmut Brandt und Artur Kanger. Günter Brandt (1894 geboren) war in der Weimarer Republik im preußischen Justizministerium tätig, später als Landgerichtsrat und in der Zeit des NS-Regimes zeitweilig als Privatgelehrter. Für die Nachkriegszeit hat er in seinen autobiographischen Mitteilungen angegeben, er sei Chefredakteur einer kulturpolitischen Wochenzeitung gewesen³ – damit ist das damalige Organ von Johannes R. Bechers Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, »Sonntag«, gemeint (und der Jurist Brandt hat überdies vermerkt, er habe unter seinen Vorfahren mütterlicherseits den norddeutschen Dichter Hermann Heiberg). Brandt, der über bürgerliches Recht las, ging schon 1949 an die FU – wie auch Auerbach (1891 geboren), der seit 1949 an der FU Zivilprozessrecht las. Was Kanger angeht, der schon bald (1948) als Professor mit Lehrauftrag bezeichnet wird, wird Poelchau in doppelter Weise verbunden gewesen sein, nämlich einmal vom Fach her, denn der 1875 in Russland geborene Kanger vertrat Kriminologie, und zum anderen von seiner baltischen Vergangenheit (u. a. Lehrauftrag am Herder-Institut in Riga) her, und wir wissen, wie sehr Poelchau an den baltischen Ländern – angesichts der Herkunft seiner Familie – interessiert war. Kanger lebte noch 1954 in Ostberlin.

1 Peters zog 1946 aus seinen Erfahrungen im antifaschistischen Kampf bemerkenswerte Schlußfolgerungen für eine Kultur- und Bildungspolitik, die die traditionellen Vorstellungen der katholischen Soziallehre mit beachtlichen Elementen der Erneuerung versahen. Hans Peters: Zwischen gestern und morgen, Berlin 1946. Vgl. auch Günter Wirth: Hans Peters – ein Berliner Politiker, in: UTOPIE kreativ, Berlin 144/2002.

2 Raiser hatte sich 1933 in Berlin habilitiert. Sein Sohn Konrad war langjähriger Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen und ist mit Elisabeth, geb. von Weizsäcker, Tochter Curt Friedrich von Weizsäckers, verheiratet.

3 Walter Habel (Hrsg.): Wer ist wer?, XIV. Ausgabe, Bd. 1, S. 155.

Wenn man den Personalbestand der Ostberliner Juristischen Fakultät bis 1951/52, also bis zum Weggang Poelchaus, observiert, wird man finden, dass in zunehmendem Maße Persönlichkeiten hinzukommen, die als Exponenten der neuen gesellschaftlichen Ordnung anzusehen wären, wobei bei einigen von ihnen fachwissenschaftliche und bürgerlich-kulturelle Positionen als hochschulpolitische Ausweise angenommen werden müssen. Das gilt (fachwissenschaftlich) für Walter Neye und (kulturell) für Peter Alfons Steiniger, die mit Poelchau als Lehrbeauftragte angeführt werden, Neye, später Rektor der Humboldt-Universität, für Zivilrecht und Steiniger, vor Kriegsbeginn ehemaliger Privatsekretär Gerhart Hauptmanns und in den dreißiger Jahren (unter dem Pseudonym Peter A. Steinhoff) Autor eines Pfarrerromans, für Völkerrecht. (Beide werden schon im Sommersemester 1948 als Professoren mit vollem Lehrauftrag ausgewiesen.) Geradezu dramatisch ist die Biographie des Kollegen für Öffentliches Recht Helmut Brandt: 1911 geboren, hatte er Jura, aber auch an der Deutschen Hochschule für Politik studiert, war zum Dr. rer. pol. und zum Dr. jur. promoviert worden. Der in Sacrow bei Potsdam wohnhafte Brandt wurde 1946 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, wurde 1948 Protagonist der Sezession der Berliner CDU-Linken im Osten der Stadt aus dem Landesverband und 1949 Staatssekretär im DDR-Justizministerium. 1950 informierte er den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke über die sogenannten Waldheim-Prozesse, was zu einer Gegenposition der CDU-Minister im DDR-Ministerrat führte. Nicht viel später ist Brandt verhaftet worden, und war bis 1965 in Haft.⁴ Später folgen, jeweils zunächst als Lehrbeauftragte, die meisten später als Professoren, Dr. Karl Steinhoff, 1945 Präsident der Provinzialverwaltung, dann Ministerpräsident der Mark Brandenburg und 1949 erster Innenminister der DDR, für Verfassungsrecht, Hans Nathan und Anselm Glücksmann, beide jüdische Juristen, für Zivilrecht und Ausländisches Verfassungsrecht, schließlich die später allzu bekannte Hilde Benjamin und Friedrich Karl Kaul, aber auch schon Hermann Klenner.

Dass die sogenannten bürgerlichen Professoren durchaus Wert auf einen gleichsam akademisch geordneten Abgang legten, zeigt sich am Beispiel von Peters, der Poelchau aus dem Kreisauer Kreis und aus dem im »Schattenmann« beschriebenen Widerstandskreis gut bekannt war. Peters ging im Herbst 1949 nach Köln, blieb aber im Wintersemester noch als Gastprofessor im Vorlesungsverzeichnis ausgewiesen.

Der Lehrauftrag Poelchau wurde in den Vorlesungsverzeichnissen der Berliner Universität mit Strafvollzugskunde angegeben. Im Einzelnen sind dies:

4 Hermann Wentker: Ein deutsch-deutsches Schicksal. Der CDU-Politiker Helmut Brandt zwischen Anpassung und Widerstand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München. 49. Jahrgang, 2001, S. 465-506.

- | | | | | |
|-----|----------------------------------------------------|--------------------------|------------|-------------|
| 1. | Sommersemester 1947 | – Juristische Fakultät – | | |
| | VII. Übungen und Repetitorien | | | |
| | 48. Übungen über Gefängniswesen | | Montag | 11-13 Uhr |
| 2. | Sommersemester 1948 | – Juristische Fakultät – | | |
| | VI. Übungen und Repetitorien | | | |
| | 38. Übungen über Gefängnispsychologie | | Dienstag | 11-13 Uhr |
| | (privat) | | | |
| 3. | Wintersemester 1948/49 | – Juristische Fakultät – | | |
| | III. Vorlesungen | | | |
| 20. | Kriminologie und Gefängniskunde | | Mittwoch | 17-18 Uhr |
| | fakultativ | | | |
| 4. | Sommersemester 1949 | – Juristische Fakultät – | | |
| | Übungen und Repetitorien | | | |
| | 33. Übungen für Kriminologie | | Mittwoch | 16-18 Uhr |
| | fakultativ | | | |
| 5. | Wintersemester 1949/50 | – Juristische Fakultät – | | |
| | IV. Strafrecht – Vorlesungen | | | |
| | Kriminologie und Gefängniskunde | | Mittwoch | 16-17 Uhr |
| | fakultativ | | | |
| | VI. Übungen | | | |
| | Übungen zur Kriminologie | | Mittwoch | 15 – 16 Uhr |
| 6. | Sommersemester 1950 | – Juristische Fakultät – | | |
| | VI. Fakultative Übungen nach dem neuen Studienplan | | | |
| | 20. Strafvollzugskunde | | Donnerstag | 15-17 Uhr |
| 7. | Wintersemester 1950/51 | – Juristische Fakultät – | | |
| | Fakultative Übungen nach dem neuen Studienplan | | | |
| | Kriminologie | | Donnerstag | 14-15 Uhr |
| 8. | Sommersemester 1951 | – Juristische Fakultät – | | |
| | Übungen zur Kriminologie | | Donnerstag | 14 – 16 Uhr |

Vom Wintersemester 1947/1948 gibt es im Archiv der Humboldt-Universität nur ein Exemplar, das zahlreiche Leerseiten aufweist, darunter auch die Juristische Fakultät betreffend. Nach dem Register zu urteilen, hat Poelchau im Wintersemester zwei Lehrveranstaltungen angezeigt. Im Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1951/52 fehlt der Name Poelchaus.

Poelchau war inzwischen erstmals berufener Sozialpfarrer für Berlin geworden, hielt aber über die Zeiten hinweg viele Kontakte mit Freunden und guten Bekannten in Ostberlin und in der DDR, namentlich mit Greta Kuckhoff, die in der »Weltbühne« über ihn schrieb, mit seinem Freund, dem Germanisten Gerhard Scholz und mit dem von ihm verehrten Theologen Emil Fuchs, für dessen Festschrift zum 90. Geburtstag (»Ruf und Antwort«, Leipzig 1964) er einen bemerkenswerten Beitrag beisteuerte.

HARALD JENTSCH

Otto Brenner – ein Streiter um soziale Demokratie

Vom 4. bis 10. November 2007 fand in Leipzig der 21. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Die Delegierten bilanzieren ihre Arbeit der vergangenen vier Jahre und diskutieren unter dem Motto »Zukunft braucht Gerechtigkeit« über gewerkschaftliche und politische Handlungsoptionen der Zukunft. Dabei ging es ihnen insbesondere um die Frage, mit welchen Mitteln die Gewerkschaft angesichts der radikalen Umbrüche, die der gesellschaftliche Wandel und die Globalisierung der Ökonomie mit sich bringen, ihre Ziele erreichen kann. Nach Abschluss des siebentägigen Kongresses bewertete der neu gewählte Zweite Vorsitzende, Detlef Wetzel, den Gewerkschaftstag als großen Erfolg: Der Gewerkschaftstag habe die Weichen so gestellt, dass die IG Metall mit Zuversicht und Selbstvertrauen die bevorstehenden Aufgaben angehen könne und dass sie »ein ernstzunehmender und konfliktfähiger Akteur« sei.

Harald Jentsch – Jg. 1959, Politikwissenschaftler, Dr. phil., Karben, ist gemeinsam mit Jens Becker Autor der gerade im Steidl Verlag Göttingen erscheinenden Biografie »Otto Brenner. Eine Biografie« und ebenfalls mit Becker Herausgeber des gleichzeitig dort erscheinenden Bandes »Otto Brenner: Ausgewählte Reden 1947-1971«. Ein weiteres Buch: »Die KPD und der ›Deutsche Oktober‹« 1923, Rostock 2005.

Am Nachmittag des 8. November hatte der Gewerkschaftstag seine Beratungen für kurze Zeit unterbrochen und die Delegierten hatten sich Zeit zur Rückbesinnung auf ihre eigene Geschichte genommen: Anlässlich seines einhundertsten Geburtstages widmen sie ihrem langjährigen Vorsitzenden Otto Brenner eine Gedenkveranstaltung. Nach der 14-minütigen Filmdokumentation »Otto Brenner – sein Vermächtnis« von Hans-Jürgen und Shaun Hermel, in der eine Reihe Mitstreiter Otto Brennens zu Wort kamen, würdigte der ebenfalls neu gewählte Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, dessen Leben und Leistungen. Mochte das terminliche Zusammenfallen des Gewerkschaftstages mit diesem Jubiläum Zufall sein, so war es angesichts des zwar noch immer starken, aber stetig schwindenden Einflusses der Gewerkschaften auf die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse in der Bundesrepublik die Nutzung dieser Gelegenheit keinesfalls. Bis heute gilt die »Ära Brenner« – Otto Brenner führte die IG Metall fast 20 Jahre lang von Ende 1952 bis zu seinem frühen Tod im April 1972 – als ihre erfolgreichste Zeit. Otto Brenner wurde dabei zu einem der einflussreichsten und populärsten Gewerkschaftsfunktionäre der BRD. Er schrieb Tarifgeschichte, deren Ergebnisse – insbesondere die 40-Stunden-Woche und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – noch heute gelten, auch wenn es auf Arbeitgeberseite derzeit unübersehbare Bestrebungen gibt, trotz weiterhin hoher Arbeitslosigkeit insbesondere in der Frage der Arbeitszeitverkürzungen eine Kehrtwende einzuleiten.

Geboren am 8. November 1907 in Hannover wuchs Otto Brenner als drittes von vier Kindern unter bedrückenden materiellen Verhältnissen auf. Geprägt durch Krieg und soziales Elend in der Weimarer Republik,

wusste Brenner, wovon er sprach, wenn er die Bedürfnisse der Menschen und die sozialen Verhältnisse in den Mittelpunkt seiner gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten stellte. Auf eine Ausbildung musste er zunächst verzichten, um zum Lebensunterhalt der sechsköpfigen Familie beitragen zu können. Bei der schweren körperlichen Arbeit als Nietenwärmer und Nietenpresser in einem kleinen Metallbetrieb, wo er neben der großen Hitze auch unter ständigem Einfluss der giftigen Kohlenmonoxidämpfe des Glühofens stand, zog sich der 15jährige eine schwere Lungenerkrankung zu, die ihn Zeit seines Lebens anfällig für entsprechende Erkrankungen bleiben ließ.

Schon als Heranwachsender engagierte er sich in der Arbeiterbewegung Hannovers, übernahm früh Funktionen im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) und in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Mit 18 Jahren trat er der SPD bei. In der Überzeugung, dass Alkohol und Tabak zur Verschärfung der katastrophalen Lage und der politischen Lethargie der Arbeiter beitragen, kämpfte er energisch gegen deren Missbrauch und gründete 1926 den Landesverband des Deutschen Arbeiter Abstinenten Bundes (DAAB), dessen Vorsitz er übernahm. Er blieb sein Leben lang Nichtraucher und er trank auch später nur äußerst mäßig Alkohol. Zielstrebig bildete er sich politisch weiter, leitete den Marxistischen Arbeitskreis der Hannoveraner Jungsozialisten und entwickelte sich zu einem kritischen Sozialisten. 1928 fand Brenner nach verschiedenen Hilfsarbeitertätigkeiten endlich eine Anstellung als ungelernter Arbeiter in der Elektrowerkstatt der Hanomag, wo er sich über Abendkurse schnell zum Elektromonteur qualifizierte. 1931 verließ er die SPD, der er wegen ihrer Zustimmung zum Panzerkreuzerbau ein Glaubwürdigkeitsdefizit bescheinigte, und schloss sich ihrer linken Abspaltung, der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), an. Deren etwa 200 Mitglieder des Bezirks Hannover-Braunschweig wählten ihn Anfang 1932 zu ihrem Vorsitzenden. Er prangerte die Kapitulationspolitik der SPD- und Gewerkschaftsführungen an und forderte zur proletarischen Einheitsfront von KPD, SPD und SAPD auf. Dabei blieb er, was dann für die Nachkriegszeit wichtig ist, von der Richtigkeit der von der SPD vertretenen wirtschaftspolitischen Positionen überzeugt, insbesondere in der Frage der Wirtschaftsdemokratie, wie sie von Fritz Naphtali und Rudolf Hilferding als Mittel einer sozialen Ausformung der Demokratie und für einen allmählichen und friedlichen Übergang zum Sozialismus entwickelt worden war. Börsenkrach 1929 und Weltwirtschaftskrise mit mehr als sechs Millionen Arbeitslosen, die schlechende Entmachtung des Reichstags, der Aufstieg der Nazis und ihre schließliche »Machtergreifung« am 30. Januar 1933 verfestigten bei Brenner die Überzeugung, dass entscheidende Fragen der gewerkschaftlichen Entwicklung um das Verhältnis von Wirtschaft und Politik kreisen, dass die Demokratie Voraussetzung für gewerkschaftliches Handeln ist und wirtschaftliches Handeln demokratischer Kontrolle bedarf.

Als einer der Organisatoren des Widerstandes gegen die Nazis im Bezirk Hannover-Braunschweig wurde Brenner Ende August 1933 verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Danach stand er bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unter Polizeiaufsicht. Aus all dem zog er die Kon-

sequenz, der er Zeit seines Lebens treu blieb: »Es darf nie wieder zu einem 1933 kommen!«

Nach der Befreiung seiner Heimatstadt durch US-amerikanische Truppen am 10. April 1945 engagierte sich Otto Brenner voller Tatendrang am Wiederaufbau Hannovers. Entsprechend seiner Überzeugung, dass der Krieg ein der kapitalistischen Produktionsweise adäquates Mittel zur Krisenbewältigung darstelle, hatte er am 1. Januar 1945 an seine Frau Martha geschrieben: »Ich will hoffen, dass das kommende Jahr uns den Frieden bringt. Aber was heißt schon Frieden? Wir können uns zunächst nur das Kriegsende wünschen: denn wahrhaften Frieden wird es im Kapitalismus für uns nicht geben.«¹ Entsprechend sollte für ihn die Nachkriegsordnung eine ausbeutungsfreie, nichtkapitalistische, eine sozialistische Gesellschaft sein. Nach verschiedenen politischen Sondierungen kehrte er, auch unter dem Eindruck der Diskussionen mit dem ebenfalls in Hannover wirkenden Kurt Schumacher, in die SPD zurück, für die er auch kommunal- und landespolitisch aktiv wurde. Er entschied früh, sich fortan dem Wiederaufbau der Gewerkschaften zu widmen und gehörte im Mai 1945 zu den Mitbegründern der Allgemeinen Gewerkschaft Niedersachsen. Im April 1946 wurde er Vorsitzender der Wirtschaftsgruppe Metall und damit hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär. Die Form der Allgemeinen Gewerkschaft war ein Kompromiss zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft, unabhängig von politischen und religiösen Richtungen, aber auch von Berufsständen. Doch wie die Mehrheit der Gewerkschafter sprach sich auch Brenner für das spätere und bis heute praktizierte Prinzip der Industriegewerkschaften aus, die sich in einem Einheitsgewerkschaftsbund organisierten. Die autonomen Industriegewerkschaften sollten durch das Prinzip »ein Betrieb – eine Gewerkschaft« ein schlagkräftiges Werkzeug der Belegschaften werden. Der erste Streik in Nachkriegsdeutschland, der Panzer-Bode-Streik in Hannover, fiel in Brenners Zuständigkeitsbereich und machte ihn über die Grenzen Hannovers bekannt. In ihm gelang es, nach hartem Ringen, eine betriebliche Mustervereinbarung abzuschließen, die den Betriebsräten umfassende Mitwirkungsrechte bei Einstellungen, Entlohnung, Produktionsplanung, Arbeitsmethoden usw. gab. Die anderen Unternehmer zogen es daraufhin vor, die hier erreichte Betriebsvereinbarung auf die eigenen Unternehmen zu übertragen, bevor es auch da zu Streiks kam. 1947 wurde Brenner Bezirksleiter des Bezirks Hannover der mittlerweile gegründeten IG Metall.

Um sein großes Ziel, die demokratische Neuordnung der deutschen Gesellschaft umzusetzen, trat Otto Brenner, für den politische und soziale Demokratie untrennbar zusammen gehörten, für Wirtschaftdemokratie und Mitbestimmung ein. Auch wenn er der Tarifpolitik allerhöchste Priorität einräumte, hatte für ihn Gewerkschaftspolitik mehr als das zu sein, nämlich Gesellschaftspolitik: Die Gewerkschaften hatten ein umfassendes politisches, soziales und kulturelles Mandat zu erfüllen, das sie befähigen sollte, Gesellschaftsveränderungen auf demokratischem Wege einzuleiten. Denn für Brenner bedeutete der Kapitalismus, den die Westdeutschen nach 1947 als »soziale Marktwirtschaft« erlebten, auch und vor allem Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit ungleiche Besitz- und Eigentumsverhältnisse und ungleiche Machtchancen im politischen Geschäft. Zudem war ihm klar, dass der

1 Otto Brenner an Martha Brenner, 1. 1. 1945, in: Privatarchiv Heike Pinkall, zitiert nach: Jens Becker, Harald Jentsch: Otto Brenner. Eine Biografie, Steidl Verlag Göttingen, S. 54.

Traum einer dauerhaften deutschen Nachkriegsprosperität relativ schnell verblasen würde. Deshalb hoffte er auf die Überwindung des Kapitalismus beziehungsweise auf dessen weitgehende Zähmung. Eine seiner Grundüberzeugungen kleidete er in die Sätze: »Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie hat menschlichen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Zwecken zu dienen.«² Dem entsprachen denn auch die vom Deutschen Gewerkschaftsbund auf seinem Gründungskongress 1949 beschlossenen »Wirtschaftspolitischen Grundsätze«, die später üblicherweise als »Münchener Grundsatzprogramm« des DGB galten, mit ihrer Forderung: »Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute«.³

Glaubte Brenner, wie auch andere Sozialdemokraten und Gewerkschafter, nach der knappen, aber unerwarteten Niederlage der SPD gegen Adenauers CDU bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag, das Ziel einer schnellen und grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik sei nur aufgeschoben, und nicht aufgehoben, so sah er sich nach der erneuten Niederlage der SPD bei den Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag 1953 in seinen Hoffnungen getäuscht. Zeichnete sich doch nunmehr ab, dass das kapitalistische System in der BRD fortbestehen würde. Zwar sah er keinen Grund, fortan am »Münchener Grundsatzprogramm« des DGB irgendwelche Abstriche zu machen, doch sah er die Notwendigkeit, zur Bereinigung der größten gesellschaftlichen Ungleichheiten – wenn auch nur zunächst – wieder verstärkt auf die Tarifpolitik zu setzen. Beredtes Zeugnis dafür ist sein Engagement für die Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsprogramms des DGB, welches er selbst im Mai 1954 mit initiiert hatte.⁴ Mittels signifikanter Lohn- und Gehaltserhöhungen, der Einführung von Urlaubsgeld und der schrittweisen Einführung der 40-Stunden-Woche leistete die von ihm geführte IG Metall einen entscheidenden Beitrag zu mehr Lebensqualität für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem rasch wieder aufgebauten und wohlhabenden Land. Gefürchtet als harter, aber kompromissfähiger Verhandlungspartner forderte Brenner nicht nur Parität zwischen den Tarifparteien, sondern auch einen gerechten (Lohn-)Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit war dabei auch ein Stück emanzipatorische Gesellschaftspolitik, ging es doch darum, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Freizeit zu schaffen. Die stufenweise bis 1965 erreichte Festschreibung der Kernarbeitszeit in der Metallindustrie von 40 Stunden von Montag bis Freitag hatte auch eine entscheidende familienpolitische Komponente, wie sie im Slogan »Samstag gehört Vati mir!« zum Ausdruck kommt. Nicht zu reden von den Arbeitsplätzen, die auch trotz stetiger Rationalisierung damit gesichert werden konnten.

Es soll hier aber auch nicht verschwiegen werden, dass Brenner in den innergewerkschaftlichen Konflikten in der ersten Hälfte der 1950er Jahre, die von ihm und anderen Gewerkschaftsfunktionären als fundamentale Bedrohung des Konzepts der Einheitsgewerkschaft wahrgenommen wurden, als kompromissloser Antikommunist agierte und rigoros kommunistische Gewerkschafter ausschloss, die sich einer

2 Vgl. u. a. Otto Brenner: Die Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft. Vortrag vor dem Demokratischen Hochschulbund in Braunschweig, 13. 2. 1964, in: ders., Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt/M. 1966, S. 14 f.

3 Wirtschaftspolitische Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Protokoll. Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. München, Kongresssaal des deutschen Museums, 12., 13. und 14. Oktober 1949, Düsseldorf 1950, S. 318-326.

4 Otto Brenner: »Wir brauchen ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm«, in: Metall vom 12. 5. 1954.

Distanzierung von den Zielen der KPD und der SED verweigerten. Ebenso deutlich, wenngleich weniger rabiat, wies er die Machtansprüche christlich-sozialer Gewerkschafter zurück, die einerseits dem von der SPD dominierten DGB mangelnde parteipolitische Neutralität vorwarfen, andererseits aber selber auf das Engste mit CDU und CSU verbunden waren und danach trachteten, deren Einfluss in den Gewerkschaften zu erhöhen.

5 Otto Brenner, »Gewerkschaft und Kulturpolitik«. Referat auf der 12. Vertreterversammlung des Gesamtverbandes Braunschweigischer Lehrer am 10. April 1957, in: Ders., *Ausgewählte Reden*, S. 142.

6 Otto Brenner: *Die Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft*, a. a. O., S. 11.

Unter Brenners Führung verstand sich die IG Metall ausdrücklich als »politische« Gewerkschaft, die nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, »zu den politischen Fragen, die das Wohl von Millionen arbeitender Menschen berühren, Stellung zu nehmen«, und die sich nicht auf das enge Feld der Tarif- und Sozialpolitik beschränken ließ.⁵ Brenner beanspruchte dieses Einspruchsrecht vor allem dann, wenn er die demokratischen Grundlagen der Bundesrepublik in Gefahr sah, wusste er doch, dass die Aufrechterhaltung des demokratischen Rechtsstaates die unabdingbare Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken der Gewerkschaften war. Aus eigener Erfahrung misstraute er der demokratischen Substanz der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie. Insbesondere die Bemühungen der Bundesregierung um eine Notstandsgesetzgebung, die »Spiegel-Affäre« und andere Versuche, in die Meinungsfreiheit einzugreifen, bestätigten ihn in seinem Urteil, dass »die demokratische Ordnung und vor allem ihre berufenen Hüter noch immer nicht gegen die Anfechtungen einer autoritären, undemokratischen Handhabung gefeit sind«. ⁶ Aus diesem Misstrauen gegen ein Wiedererstarken des deutschen Militarismus heraus lehnte Brenner die Wiederbewaffnung der Bundeswehr, insbesondere ihre atomare Ausrüstung und die Stationierung atomarer Streitkräfte auf deutschem Boden generell ab. Diese Ablehnung potenzierte sich noch dadurch, dass er darin ein zusätzliches Hindernis für die friedliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sah. Deshalb opponierte er auch gegen die Pariser Verträge, durch die die Westintegration der Bundesrepublik manifestiert wurde. Seien die beiden deutschen Staaten erst einmal in die beiden konkurrierenden internationalen Blöcke eingebunden, so argumentierte er, würde an eine schnelle und friedliche Wiedervereinigung nicht mehr zu denken sein.

Doch Brenner und die IG Metall standen vor dem Problem, dass in der BRD in dieser Zeit kein Klima für linke Politik herrschte: Innenpolitisch banden die wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolge der »Wirtschaftswunderjahre« Protestpotenzial; außenpolitisch beförderten die Zerschlagung der Reformbestrebungen in Ungarn und Polen sowie die Suezkanalkrise 1956, die Schließung der Grenzen zur BRD und zu Westberlin durch die DDR im August 1961 sowie die Kuba-Krise im Oktober 1962 das Klima des Kalten Krieges, das die Welt an den Rand eines atomaren Krieges brachte.

Um sich neuen Wählerschichten zu öffnen, vollzog die SPD in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre den Wandel von einer sozialistischen Arbeiterpartei zu einer Volkspartei. Mit dem im November 1959 angenommenen Godesberger Programm verabschiedete sich die SPD von marxistischen Begriffen wie Klassenkampf, Vergesellschaftung von wichtigen Industriezweigen oder Planwirtschaft, ließ alle Forderungen auf eine sozialistische Neuordnung fallen und trat fortan für eine Weiterentwicklung, Verbesserung und Vervollkommnung des bestehenden

Wirtschafts- und Sozialsystems ein. Diese programmatische Kurskorrektur ging Brenner, der ein Festhalten an entsprechenden Forderungen, insbesondere die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, nach wie vor für zwingend erforderlich hielt, entschieden zu weit. Er wandte sich energisch gegen diesen Kurswechsel, sowohl in den Diskussionen der Programmkommission zu den Wirtschaftsfragen, als auch und besonders in den Diskussionen um ein neues DGB-Programm, in denen »Modernisierer« wie der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber, eine Abkehr vom Münchener Programm und ein neues, sozialpartnerschaftliches Gewerkschaftsverständnis forderten. Gerade letzteres war für Brenner völlig inakzeptabel. Konnte er unter dem spezifischen Gesichtspunkt, dass man zur Erlangung der politischen Macht in einer Demokratie Mehrheiten für sich gewinnen müsse, den Wandel der SPD von der Klassen- zur Volkspartei noch gerade nachvollziehen, war ihm die Verwischung der Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital im gewerkschaftlichen Kampf, die aus Tarifparteien Sozialpartner machte, unerträglich. Ein solches Modell lehnte er, wie auch seine Kollegen im IG Metall-Vorstand, ebenso vehement ab, wie Lebers Bestrebungen, den Standort der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft als Ordnungsfaktor neu zu bestimmen. Ebenso wandte er sich gegen die immer wieder erhobene Forderung, die Gewerkschaften hätten aus einer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung zu handeln. Auf die Metapher, es säßen doch alle in einem Boot und alle erwarte das gleiche Schicksal, antwortete er: Dem sei zwar so, doch sei dabei nicht gleichgültig, wer der Steuermann sei, wie die Besatzung aussehe und welchen Einfluss sie auf den Kurs hätte, den das Boot steuert.⁷ Doch trotz der Meinungsverschiedenheiten in der Neuausrichtung der SPD sah Brenner keinen Interessenkonflikt zwischen SPD und Gewerkschaften aufbrechen. Zwischen Sozialdemokratie und freier Gewerkschaftsbewegung bestehe eine historisch gewachsene, »ursprüngliche Verbundenheit«, die auf gemeinsamen Interessen beruhe.⁸

Immer wieder stellte Brenner klar, dass der Streik ein unveräußerliches Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen in einer bürgerlichen Demokratie sei. Das Fehlen des Streikrechts war übrigens einer der grundsätzlichen Kritikpunkte Brenners an der DDR: eine Partei und eine Regierung, die den Arbeiterinnen und Arbeitern das Grundrecht des Streiks vorenthielten, hätten weder das Recht, als deren Interessenvertreter auftreten, noch das Recht, Forderungen an die freien Gewerkschaften in der BRD zu stellen oder ihnen »gute Ratschläge« zu erteilen.

Fast zehn Jahre zog sich Brenners Kampf gegen die Notstandsgesetze hin, mit denen aus seiner Sicht ein Teil der politischen Klasse, bewusst oder unbewusst, die junge Demokratie aufs Spiel setzte. Worum ging es in dieser Auseinandersetzung? Bei der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 war die umfassende Regelung eines eventuellen Notstands wegen der Vorbehaltsrechte der alliierten Besatzungsmächte zunächst ausgespart geblieben. Für den inneren Notstand (etwa bei Naturkatastrophen) und den äußeren Notstand (etwa im Kriegsfall) gab es lediglich die sogenannten Schubladengesetze, die im Fall ihrer Anwendung gravierende Einschränkungen der Grundrechte mit sich gebracht hätten. Erst mit der 1955 erlangten staatlichen Souveränität wurde der Weg für eine verfassungsrechtliche Regelung frei. Seitdem bemühte

7 Vgl. Otto Brenner: Rede auf der SPD-Mitgliederversammlung im Palmengarten Frankfurt/M., 20. 8. 1957, in: ders., *Ausgewählte Reden*, a. a. O., S. 153.

8 Ebenda, S. 144.

9 Zum Widerstand gegen die Notstandsgesetze siehe Michael Schneider: *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958-1968)*, Bonn 1986.

10 IG Metall (Hrsg.): *Protokoll des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland in München vom 2. bis zum 7. September 1968*, Frankfurt/M. o. J. (1968), S. 66.

11 Werner Thönnessen: »Was dann folgen wird, liegt noch im dunkeln«, zitiert nach ders.: *Mein Tor zur Welt. Ein Lebenswerk als Gewerkschafter und Intellektueller*, S. 146 f.

sich die Bundesregierung, diese Lücke im Grundgesetz zu schließen. Doch alle vorgelegten Entwürfe enthielten wiederum tiefgreifende Einschnitte in die Grundrechte.⁹ Da Brenner durch seine Erfahrungen mit dem NS-Regime in den Grundrechtseinschränkungen im Falle eines »Notstands« eine Gefahr für den Bestand der Demokratie und damit für die Legalität der Gewerkschaften überhaupt sah, war seine Devise »Wehret den Anfängen!« Ihm diente die Demokratie als unabdingbare Voraussetzung zur Regulierung antagonistischer Interessen, und die Notstandsgesetze deutete er als potenziellen Rückfall in einen vordemokratischen Zustand. Überzeugt, dass 1945 – ebenso wie 1918 – Raum gelassen worden war, um das Rad der Geschichte bei Bedarf zurückdrehen zu können, schien ihm die politische Demokratie der BRD durchaus gefährdet: Die Gesellschaft war eine kapitalistische Klassengesellschaft geblieben. Ebenso wie er die Notstandsgesetze mit den Ermächtigungsgesetzen und dem berüchtigten Artikel 48 der Weimarer Verfassung verglich, erinnerte er an den Generalstreik, mit dem die Gewerkschaften 1920 die Republik gegen den Kapp-Putsch verteidigte.

Mit seiner Einschätzung einer latenten Faschismuse Gefahr in der Bundesrepublik – er befürchtete zwar nicht die Wiederkehr des Nationalsozialismus in Reinkultur, wohl aber die Deformierung der Demokratie durch die Kombination politischer Fehlentscheidungen, ökonomischer Krisen und sozialpsychologischer Verunsicherungen – befand er sich auch in der SPD und im DGB in der Minderheit. Nachdem die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU 1966 einer Durchsetzung der Notstandsgesetze zugestimmt hatte, wurden diese im Mai 1968 schließlich verabschiedet. Brenner respektierte die Entscheidung des Bundestages, womit er viele, vor allem junge Gewerkschafter, die die Ausrufung des Generalstreiks von ihm erwarteten, enttäuschte. Doch als Demokrat akzeptierte er parlamentarische Mehrheitsentscheidungen, auch wenn er sie für falsch hielt. Auf dem 9. Gewerkschaftstag der IG Metall 1968 begründete er seine Haltung: »Ein Generalstreik gegen den Beschluss des Parlaments auszurufen, wie das manche von den Gewerkschaften verlangt haben, war allerdings unmöglich. Er hätte sich unmittelbar gegen die bestehende Verfassungsordnung gewendet, ganz zu Schweigen davon, dass die Generalstreikspareole keineswegs von einer Mehrheit der Bevölkerung befolgt worden wäre.«¹⁰ Von Brenner zu erwarten, den Generalstreik auszurufen, zumal gegen die eigene, sich in Regierungsverantwortung befindende Partei, hätte wohl verlangt, aus dem engagierten Streiter um soziale Demokratie einen Revolutionär zu machen, der er nicht war und der er auch nicht sein wollte.

Ein demokratischer Sozialismus war nach Brenners unumstößlicher Überzeugung nur mit demokratischen Mitteln innerhalb eines demokratischen Staates zu erreichen. Brenners langjähriger Pressechef Werner Thönnessen schrieb 1972 in seinem Nachruf im *Spiegel*: Die bürgerliche Demokratie »durch die Demokratisierung der Wirtschaft zu fundieren, ist Brenners größtes Ziel gewesen. Es nicht erreicht zu haben, gehört zu den von ihm schmerzlich empfundenen Misserfolgen. Er war sich des tragischen Widerspruchs bewusst, in den die Gewerkschaften sich verwickeln, wenn sie, notwendigerweise auf dem Boden der von ihnen bekämpften Wirtschaftsordnung, Verbesserungen durchsetzen, die einerseits den Arbeitnehmern zugute kommen, andererseits die Lebensfähigkeit des Kapitalismus verlängern.«¹¹

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Den diesjährigen *Börne-Preis* erhielt Alice Schwarzer. Es ist so wie es ist: Tote Namensgeber können sich nicht wehren. Frage: Können sich eigentlich Preisträger gegen Festredner wehren? Vermutlich selten. Aber als Harald Schmidt jüngst in der Frankfurter Paulskirche die Laudatio auf die Preisträgerin hielt, war sie gerührt und schien sehr einverstanden mit ihm und mit dem, was er sagte. Eben Alice Schwarze anno 2008. Schmidt wurde seiner Rolle als »Hofnarr der Nation« (Daland Segler in der *Süddeutschen Zeitung*) gerecht und bekam am nächsten Tag samt der Ausgezeichneten – so wir es übersehen – eine umfangliche und fast durchweg positive Presse. Nur eben der Kollege von der *Süddeutschen* tanzte aus der Reihe und moserte: Schmidt »konnte sich der Schenkelklopfer des Publikums sicher sein, als er davon schwadronierte, Kindergärten seien zu ›Verwahranstalten‹ geworden, in denen häufig ›Burn-Out-Tanten Mitte 50 seit 40 Jahren Reise nach Jerusalem spielten. Was haben wir gelacht.« [...] Schmidt, katholisch erzogen, Vater von vier Kindern und inzwischen vermutlich Millionär, braucht ebenso vermutlich keinen Kindergarten, und will er mit seiner Frau mal ausgehen, kann er sich – vermutlich [...] – gerade noch einen Babysitter leisten.« Und so weiter im Text.

Eigentlich ist es verwunderlich, daß sich der Mann so echauffiert. Er hat scheinbar nicht mitbekommen, daß es hierzulande längst Brauch ist, der vielerorts gelitten und praktiziert wird, daß sich jedermann (die weibliche Form ist bitte generell mitzudenken!) auch in Angelegenheiten für kompetent halten und darüber öffentlich reden und urteilen darf, von denen er *nichts* versteht (Schmidt ist da mitnichten eine Ausnahme): Kinderlose über Kindererziehung, Arbeitgeber von Babysittern über Kindergärten, Minister in Mercedesen über den Feinstaub,

Großverdiener über die Auskömmlichkeit von *Hartz-IV*-Bezügen, Heteros über Schwule und Vegetarier über Fleischesser. Das alles ist inzwischen gesellschaftlich akzeptiert. Es muß allerdings gekonnt vorgebracht werden. Daß es in dieser Hinsicht immer noch Unterschiede zwischen West und Ost gibt, wollen wir hier nicht weiter ausführen. Wir alle wissen ja um den Wahrheitsgehalt des »Ostwitzes« von den 13 Schuljahren im Westen, wovon eines für den Schauspielunterricht draufgeht ... Erstaunlich, wie lange sich das hält.

Auch anderes ist immer noch nicht ausgeglichen. Und ich weiß ja nicht, wie es Ihnen geht, aber manches in den scheinbar gesamtdeutschen Angelegenheiten wächst sich gelegentlich (immer noch?) bei mir (nur bei mir?) zur Paranoia aus. Als zum Beispiel in der ersten Mai-Woche in einer Gemeinde in Nordrhein-Westfalen tote Kinder in einer Tiefkühltruhe entdeckt wurden und das österreichische Inzestthema von einem Tag auf den anderen vom Tisch war, eine neue Sau konnte nun durchs Dorf getrieben werden (und wenn Sie das hier lesen, wird es längst wiederum eine neue sein ...), war meine allererste Reaktion auf diese Nachricht: Gottseidank, nicht im Osten!

Mit derlei Bedenkträgerei und Untertänigkeit kommt man natürlich nicht weit, so eine Haltung ist ja nicht einmal durchgängig bundestagsreif. Sich genieren? Etwas peinlich finden? Aber doch nicht als Bundestagsabgeordneter der Regierungskoalition! Kaum hatte Altpäsident Herzog vor der Rentnerdemokratie gewarnt, kaum war die großflächige Empörung über bayerische Steuersenkungsideen etwas abgeflaut, kam folgende Meldung unters Volk: »Berlin (Reuters) Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen soll der jüngste Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst weitgehend übernommen werden. Damit würden sich die Diäten der Parlamentarier kommendes Jahr um mehr als acht Prozent erhöhen. [...] SPD-Fraktionschef Peter Struck verteidigte den Beschluss gegen öffentliche Kritik. ›Wenn der Bundestag beschließen würde, dass sich die Abgeordneten drei Mal pro Woche auspeitschen lassen, würde die ›Bild‹-Zeitung schreiben: Drei Mal ist zu wenig, es müssten sechs Mal sein«, erklärte er. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion, Norbert Röttgen, nannte die Erhöhung angemessen.«

Wenn ich es richtig sehe, ist eigentlich – wieder mal – die Gewerkschaft an allem schuld: Hätte *ver.di* nicht so stattliche Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst erstritten, kämen auch die Abgeordneten nicht zu höheren Bezügen.

Themenwechsel. Manche Meldungen schaffen es trotz überregionaler Bedeutung bedauerlicherweise nicht von der Provinz in die »Zentrale«. So ist in Berlin beispielsweise fast unbeachtet geblieben, daß sich Thüringens Ex-Ministerpräsident Bernhard Vogel in einem Interview mit der *Thüringer Allgemeinen* vom 30. April ausdrücklich zu Peter Krause, der von Althaus als Kultusminister vorgesehen gewesen war, bekannt hatte: »Ich habe Peter Krause als bemerkenswerten jungen Mann kennengelernt und wußte, daß er bei der JUNGEN FREIHEIT publizierte. [...] Persönlichkeiten wie Peter Brandt, Hans-Werner Sinn oder Hans-Olaf Henkel« hätten doch gleichfalls für die JF geschrieben.

Das Thema Krause ist zwar vorerst gegessen, doch Bernhard Vogels Argumentation bleibt nach wie vor bemerkenswert.

Oliver Hilmes:
 Die Herrin des Hügels.
 Das Leben der Cosima Wagner.
 Siedler Verlag, München 2007.
 493 S. (24,95 €)

Dem Buch ist als Motto ein Zitat von Maximilian Harden vorangestellt: »Was sie nicht ans Licht lassen wollte, durfte niemals aus dem Dunkel des Archivgewahrsams.« Auf Cosima Wagner (1837-1930) gemünzt, könnte dieser Satz des schärfsten Bayreuth-Kritikers auch das Wirken von Cosimas Duz-Freundin Elisabeth Förster-Nietzsche (1846-1935) resümieren. Die Parallelen zwischen den Damen sind – erschreckend – vielfältig. Kennen gelernt haben sich die Frauen über die Männer, die im Zentrum ihres Lebens standen: Die eine stellte ihr Dasein scheinbar uneigennützig in den Dienst ihres Gatten, die andere in den ihres Bruders. Doch was sie als Selbstlosigkeit deklarieren, erwies sich bei genauerer Betrachtung als Wille zur Macht. Im Namen Wagners bzw. Nietzsches ließen sie ihr eigenes Licht leuchten. Die Villa Wahnfried in Bayreuth war dabei stets Vorbild für die Villa Silberblick in Weimar.

Die Literatur über Richard Wagner und seinen Familien-Clan ist unüberschaubar. Marcel Reich-Ranicki verstieg sich einmal zu der Hypothese, dass über keine Persönlichkeit der neueren Kulturgeschichte so viel geschrieben wurde wie über den Schöpfer des »Ring des Nibelungen«. Ohne das Diktum überprüfen zu wollen, muss es erstaunen, dass Biographen um Elisabeth Förster-Nietzsche lange Jahre einen ähnlich großen Bogen geschlagen haben wie um Cosima Wagner. Es gibt zahllose kritische Lebensbeschreibungen des »Zarathustra«-Autors und des »Parsifal«-Komponisten, aber erst 2001 legte Carol Diethe aus England eine fundierte Biographie zu Nietzsches Schwester vor. Über Cosima Wagner war bis dato keine verlässliche Darstellung zur Hand, obwohl doch niemand, der sich mit Wagner beschäftigt, an ihr vorbeikommt. Oliver Hilmes hat die Kärrner-Arbeit auf sich genommen und über Cosima einen Band von fast 500 Seiten publiziert. Dass er 2004 unter dem Titel »Witwe im Wahn« ein Buch über Alma

Mahler-Werfel veröffentlichte, dürfte zu großen Teilen dazu beigetragen haben, sich für die schwer fassbare »Meisterin« und »Herrin des Hügels« zu wappnen.

Hilmes' Buch ist eine mit vielen neuen Fakten aufwartende, hervorragend geschriebene Biographie über eine wenig sympathische, aber dennoch überaus interessante Persönlichkeit. Denn ähnlich wie bei Elisabeth Förster-Nietzsche wird der Leser im Fall Cosimas von der Frage umgetrieben, wie sie werden konnte, was sie war: eine Königin der Selbstinszenierung, von der sich die Zeitgenossen, wenn sie schwache Naturen waren, gern blenden ließen. Kaum verwunderlich also, dass die ersten Biographen Elisabeths und Cosimas im Grunde nur Hofberichterstatter waren und schrieben, was man in Weimar und Bayreuth lesen wollte. Ein trauriger Höhepunkt in dieser Entwicklung war die Cosima-Biographie von Richard Graf Du Moulin Eckart, der man kein Unrecht antut, wenn man das 1929 und 1931 in zwei Bänden erschienene »Lebens- und Charakterbild« der »hohen Frau« ein übles Machwerk nennt.

1837 in Como als Tochter der später als Schriftstellerin bekannten Marie d'Agoult und des ätherischen Franz Liszt geboren, wuchsen Cosima und ihre Schwestern Blandine und Daniel in Paris bei Gouvernanten und mit dem Wissen auf, nur ungeliebte Kinder zu sein. Die frühen Lebensjahre standen unter einem pädagogischen Drill, der im preußischen Militär kaum schlimmer gewesen sein dürfte. Hilmes spricht beim Blick auf die Erziehung Cosimas und ihrer Schwestern, in der elterliche Zuwendung nicht existierte, von »subtiler Gehirnwäsche«, die die Liszt-Töchter zu erdulden hatten. Ihre gesamte Jugend stand, so der Biograph, »ganz im Zeichen einer pedantischen geistigen und körperlichen Züchtigung«. Das »masochistische Pathos«, das Hilmes noch bei der erwachsenen Frau ausmacht, gründet gewiss auch in den Traumata ihrer Kindheit. Und: »Cosimas masochistische Persönlichkeitsstörung war ein Komplementärphänomen, sie kompensiert damit ihr defizitäres Selbstwertgefühl als Frau.«

Wie für die Zeit typisch, suchte Cosima ihr Heil in der Ehe. Die Heirat mit dem Dirigenten Hans von Bülow war nur eine Zweckehe, der zwei Töchter entstammten. Erst mit Ri-

chard Wagner verband sie Liebe. Das ist ebenso fraglos wie die Tatsache, dass sie spätestens nach Wagners Tod 1883 einen Kult von ungeahntem Ausmaß betrieb. Mit ihm hatte sie drei Kinder. Das jüngste war der 1869 geborene und stets im Schatten des übermächtigen Vaters stehende Siegfried, den man zum Thronfolger aufbaute. Er fiel jedoch vor allem durch mäßige Kompositionen und Dirigate, eine homosexuelle Orientierung und einen schwachen Charakter auf. Seine späte Heirat mit der fast dreißig Jahre jüngeren Winifred, einer in Deutschland aufgewachsenen Engländerin, sicherte die männliche Erbfolge in Gestalt der Söhne Wieland und Wolfgang Wagner. Siegfried überlebte seine 1930 gestorbene Mutter nur um 126 Tage.

Im Gegensatz zu Elisabeth Förster-Nietzsche, die sich antisemitischer Ressentiments immer dann bediente, wenn es dem Archiv und seiner Finanzierung diente, war Cosima zeitlebens von einem aggressiven Antisemitismus erfüllt. Den teilte sie mit ihrem Schwiegersohn, dem geistigen Brandstifter Houston Stewart Chamberlain. Beiden eigen war die bereits Ende der zwanziger Jahre erwachte Zuneigung zu dem Demagogen Adolf Hitler, in dem die Bewohner Wahnfrieds frühzeitig den politischen Messias erkannten. Die Machtergreifung des Nationalsozialismus haben Cosima und Chamberlain nicht mehr erlebt. Doch Winifred erwies sich als überaus gelehrige Schülerin ihrer Schwiegermutter, ihres Schwagers und nicht zuletzt ihres Mannes Siegfried, der in seiner antisemitisch-nationalistischen Gesinnung seiner Mutter in nichts nachstand.

Und im Bayreuther Kreis versammelte sich, wer denselben Glaube pflegte wie die Familie Wagner. In der Hauszeitschrift »Bayreuther Blätter« wurde die hochtoxische Weltanschauung verlautbart. Den Clan am Vorabend des Ersten Weltkriegs betrachtend, kommt denn auch der Biograph zu dem Schluss: »Dreißig Jahre nach Richard Wagners Tod war der Wagnerismus zum Träger einer völkischen, fortschrittsfeindlichen und antisemitischen Universalideologie verkommen.« Gesteuert hatte diese Entwicklung Wagners Witwe Cosima. Nietzsche hatte die unheilvolle Tendenz wohl bereits beim Besuch der ersten Festspiele auf dem Grünen Hügel 1876

gespürt. In einem Brief unkte er: »Typisches Telegramm aus Bayreuth: Bereits bereit.«

Die Ursachen für Cosimas Judenhass zu analysieren, ist nachträglich nur schwer möglich. Oliver Hilmes notiert, dass »sie bereits als junges Mädchen in Paris der 1850er Jahre mit dem antisemitischen Virus in Berührung kam«. Sie war mit sich selbst nicht im Reinen und der Antisemitismus bot eine Möglichkeit, sich überlegen zu fühlen. Kurz: »Sie schimpfte auf die Juden und alles Jüdische, weil sie über kein intaktes Selbstbild verfügte.« Die wichtigsten Elemente, die das Familien-Theater als Gesamtkunstwerk zusammenhielten, waren letztlich nur zwei: Antisemitismus und Nationalismus. Denn unter der Ägide Cosimas wandelte sich Wagners Bayreuth, so Hilmes, »vom Kulturkreis zum politischen Zirkel«. Zu einem ähnlichen Schluss muss kommen, wer die Geschichte des Nietzsche-Archivs in Weimar betrachtet.

KAI AGTHE

Max Gustav Lange:
Zur Grundlegung der
Erziehungswissenschaft. Texte
zur soziologischen Begründung
der Pädagogik 1946-1950.
 Hrsg. von Wolfgang Eichler
 und Horst Sladek. Peter Lang
 Internationaler Verlag der Wissen-
 schaften Frankfurt/M. 2007,
 298 S. (48 €)

Das Buch rückt eine zeitlich kurze, inhaltlich jedoch für den pädagogischen Neuanfang im Osten Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg außerordentlich spannungsreiche Schaffenszeit eines Mannes ins Blickfeld, dessen erziehungswissenschaftliches Wirken bisher kaum Beachtung gefunden hat. Die Einleitung erhellt die theoriegeschichtlichen Zusammenhänge im Ringen um die Schaffung neuer Grundlagen der Pädagogik in einer Zeit enormer gesellschaftlicher Veränderungen und damit verbundener kultureller Umbrüche. Es ist verdienstvoll, den marxistischen Ansatz in

Langes Arbeiten herausgearbeitet und den Blick auf die Darstellung der Erziehung als Moment der gesellschaftlichen Totalität gerichtet zu haben.

Langes Ansätze wurden in der DDR lange Zeit nicht nur nicht weitergeführt, sondern aus vielschichtigen politischen und auch wissenschaftsgeschichtlichen Ursachen ignoriert. Zweifellos gab es Bemühungen um eine gesellschaftstheoretisch akzentuierte Allgemeine Pädagogik, möglicherweise eine Wiederbelebung von Auffassungen M.G. Langes, jedoch ohne explizite Bezüge herzustellen – wahrscheinlich wegen Langes ambivalenter politischer und wissenschaftlicher Biographie. Es war ein wissenschaftspolitischer Fortschritt in der späten DDR, dass an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften Ende der 1980er Jahre im Rahmen personengeschichtlicher Forschungen auch ein Dissertationsthema zu Max Gustav Lange vergeben worden ist.

Die Schriften Langes sind nicht nur von theoriegeschichtlicher Bedeutung, sie sind auch von aktuellem Wert. Das bezieht sich vor allem auf das Spannungsfeld von Gesellschaft – Erziehung – Individuum ebenso wie auf die Problematik einer »Autonomie der Pädagogik«. Immer ist es – so M. G. Lange – »der sich in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen verhaltende Mensch [...], der erzieht und erzogen wird« (S. 93). Folgerichtig bezieht Lange zu der in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts intensiv geführten Diskussion zu einer »Autonomie der Pädagogik« Stellung. Mit der gesellschaftlichen Aufgabe, Demokratie dauerhaft zu sichern, befinde sich der Erzieher inmitten des Kampfes der Meinungen. »Auch eine Demokratie muss schon aus Selbsterhaltungsgründen verlangen, dass die Jugend zur Bejahung der Demokratie und zur Ablehnung ihrer Gegner erzogen wird« (S. 116).

Lange geht unter unterschiedlichen Aspekten der Frage des Gegenstandes und der Eigenständigkeit der Pädagogik als Wissenschaft von der Erziehung des Menschen nach. Klar erkennt er, dass die Erziehungswissenschaft zu abwegigen Ergebnissen gelangt, wenn sie übersieht, dass es immer vergesellschaftete Menschen sind, »die im Erziehungsgeschehen geformt werden, und wenn ande-

rerseits übersehen wird, dass Familie und Schule gesellschaftliche Phänomene sind« (S. 150). Interessant ist in diesem Zusammenhang die Betrachtung des Menschen als biopsychosoziale Einheit – eine Sichtweise, die Philosophen, Erziehungswissenschaftler, Psychologen und Verhaltensbiologen in der DDR später wieder aufgenommen und in interdisziplinären Projekten verfolgt haben. Wesentlich ist, dass Lange die eigenständige Erkenntnis-aufgabe der Erziehungswissenschaft im Kontext mit anderen Wissenschaften als unverzichtbar ansah, Erziehungswissenschaft als eigenständige und besondere Wissenschaft im Ensemble der Gesellschaftswissenschaften charakterisierte.

Langes Schriften verdeutlichen, dass die Erziehungswissenschaft ihren Blick stets auch auf das erzieherische Geschehen, die Erziehungspraxis zu richten hat. Langes Auffassungen zum Theorie-Praxis-Verhältnis sind von grundsätzlicher Bedeutung, wendet er sich doch entschieden gegen eine verengte Praxis-sicht. Pädagogisches Tun verwirklicht sich nicht im »gesellschaftsfreien Feld«, sondern in einem Komplex gesellschaftlicher Zusammenhänge. »Mit pädagogischer Praxis meinen wir also nicht nur die Schulstufenpraxis, sondern das konkrete Erziehungsgeschehen jeweilig einer bestimmten gesellschaftlichen Geschehenseinheit in Hinsicht auf das Tun der Erzieher.« (Ebenda) Die Theorie hat – so Lange – die Funktion, die objektiven Zusammenhänge erzieherischen Geschehens aufzudecken und so die Formierung pädagogischen Handelns zu ermöglichen. »Unsere Aufgabe ist die Entwicklung einer allgemeinen Theorie der Erziehung, die den gesellschaftlichen und geschichtlichen Charakter der pädagogischen Erscheinungen mit berücksichtigt, ohne dabei mit der Historie zusammenzufallen. [...] Sie ergibt sich notwendig aus der Tatsache, dass Erziehung immer ein Vorgang in der geschichtlichen Zeit ist, dass sie gleichzeitig aber auch eine besondere Struktur aufweist, die sich in objektiven Zusammenhängen konstituiert« (S. 206).

Der in der Einleitung formulierten These ist zuzustimmen, dass Langes Ansätze – konsequent systematisch-theoretisch verfolgt und in empirischen Arbeiten belegt – zu einer marxistischen Erziehungswissenschaft hätten

führen können. Leider haben es die Umstände nicht zugelassen, das Ende der 1980er Jahre entworfene Konzept einer Allgemeinen Pädagogik auf marxistischer Grundlage weiterzuführen.

Schließlich verdeutlicht die Textauswahl eindrucksvoll, dass Langes Schaffen untrennbar verbunden war mit der Entwicklung eines Publikationsorgans, das über Jahrzehnte Theorie und Praxis der Erziehung in der DDR zum Gegenstand hatte. In welcher Weise Lange quasi als erster Chefredakteur der »pädagogik« wirkte, die pädagogische Diskussion jener Zeit anregte und mitbestimmte, wird besonders deutlich. Insofern liefert das Buch auch Einblicke in den wissenschaftlichen Anspruch der zentralen pädagogischen Zeitschrift in der SBZ und später der DDR.

EBERHARD MEUMANN

Robert B. Marks:
Die Ursprünge der modernen Welt.
Eine globale Weltgeschichte,
Theiss Verlag Stuttgart 2006,
208 S. (24,90 €)

Globalgeschichte ist derzeit sehr im Trend, die Anzahl der Titel dieser neuen Disziplin der Geschichtswissenschaft steigt weiter an. Die etwas skurrile Unterzeile »Eine globale Weltgeschichte« sollte nicht abschrecken, Robert Marks hat mit seinem Buch eine Weltgeschichte für den Zeitraum von 1400 bis ungefähr 1900 vorgelegt, die ausdrücklich den Europa-zentrierten Blickwinkel vergleichbarer Werke überwindet. Diese Europa-Zentriertheit drückt sich in der Regel in impliziten Annahmen aus, die Europa zum Modell von (industrieller) Entwicklung machen und dabei übersehen, dass vor 200 Jahren zwei Drittel der weltweiten Wirtschaftsproduktion in Indien und China getätigt wurde. Trotzdem gelang es »der europäischen Art, den Globus zu organisieren«, die Welt zu beherrschen. Folgerichtig formte sich das Selbstbild Europas als fortschrittlicher, effizienter und besser, es gab sozusagen Europa, und dort speziell England, und die anderen als »den Rest«. Europa macht Ge-

schichte, der Rest besitzt keine, er ist erst Bestandteil der Geschichte, sobald er mit Europa in Kontakt tritt.

Robert B. Marks ist Professor für Geschichte am Whittier College in Kalifornien und ein Spezialist für die Geschichte Chinas und des gesamten asiatischen Raums. Er weist auf die immense Bedeutung Asiens hin, das 1850 zwei Drittel der Weltbevölkerung umfasste und, so Marks, »praktisch in jeder Hinsicht Europa überlegen« war und stellt immer wieder China und Indien in seinen Fokus. Der Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist die Tatsache, dass um 1400 wie heute die allermeisten Menschen nur auf ungefähr sieben Prozent der Fläche der Erde leben. Bis zum Beginn der Industrialisierung teilen sie eine im Grunde ähnliche materielle Welt, die Marks »die biologische alte Ordnung« nennt und die auf tierischer und menschlicher Muskelkraft beruht; Köln ist um 1400 mit 20 000 EinwohnerInnen die größte »deutsche« Stadt.

Nach einem Überblick über die Geschichte Chinas und Indiens und deren Situierung im schon damals existierenden polyzentrischen Weltssystem wendet sich Marks dann der Neuen Welt zu und referiert die Bedeutung von Seuchen, des Vorkommens und der Nachfrage nach Silber für die Entwicklung des transatlantischen Handels und die Entstehung Europas. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts gewinnen militärisch nutzbare Technik und andere Innovationen eine immer größere Bedeutung. Kohlevorkommen, die Holland und vor allem China nicht besitzen, werden durch die industrielle Revolution, also Dampfmaschinen, Stahl und Eisenbahn von strategischer Bedeutung. Die biologische alte Ordnung wird dann im beginnenden 20. Jahrhundert durch den Kunststünger tendenziell aufgehoben, der in mit Strom betriebenen Fabriken produziert wird. Die Dynamik und die Unterschiedlichkeit in der globalen Entwicklung erklärt Marks aus der Bevölkerung bzw. ihrem Wachstum und der Existenz von Rohstoffen und den Möglichkeiten zu ihrer Nutzung.

Bis hierher dürfte deutlich geworden sein, dass Marks einen wirtschaftsgeschichtlichen Zugang zum Themenkomplex hat und ein starkes Gewicht auf die Entwicklung der Technik einerseits, des (Fern-) Handels andererseits legt. Durch die Lektüre des Buches

bekommt der Leser und die Leserin wirklich eine Vorstellung von *globaler* Geschichte, und wird vielleicht Marks' These zustimmen, dass Asien nun, nach einer 200 Jahre andauernden Zwischenphase wieder die Rolle spielen werde, die es in den 400 Jahren vor der Industrialisierung auch schon eingenommen hatte. Politisch und wissenschaftlich, gehe es jetzt – so Marks – nicht mehr vorrangig darum, zu erklären, *warum* die Kluft zwischen dem industriell »entwickelten« globalen Norden und dem Süden, der während der gesamten Periode der Industrialisierung mehr oder minder auf der biologischen alten Ordnung verblieb oder dort gehalten wurde, entstand. Es gehe vielmehr darum, diese Kluft aufzuheben; jene Kluft, die zu erklären der Historiker Fernand Braudel einmal als grundsätzliches Problem der Geschichte der modernen Welt bezeichnet hatte.

Marks nimmt mit seinem Buch bewusst einen Standpunkt außerhalb der eurozentrischen Matrix der Geschichtsschreibung ein und legt eine Weltgeschichte vor, in der nicht Europa, sondern die außereuropäischen Kontinente die Hauptrolle spielen.

BERND HÜTTNER

Dirk Hoeges:
Niccolò Machiavelli. Dichter – Poeta. Mit sämtlichen Gedichten, deutsch/italienisch, Peter Lang Verlag Frankfurt/M. 2006 (29,80 €)

Es gibt wahrscheinlich nur wenige Autoren, die einer ähnlichen Verfemung durch die Nachwelt unterliegen wie Niccolò Machiavelli. Unter dem Stichwort des Machiavellismus sind alle jene Vorurteile gebündelt, die gegen ihn vorgebracht werden. Als Autor des berühmt-berüchtigten »Principe« wird er für eine amoralische Haltung verantwortlich gemacht, mit welcher sich die Ellenbogengesellschaft ebenso legitimieren lässt wie das Prinzip der Stärke des Siegers oder Ansätze von Lug, Betrug, Mord und Totschlag. Spätestens seit den 1970er Jahren ist in der Forschung allerdings deutlich geworden, dass

diese Zuschreibungen so nicht stimmen. Gleichzeitig wurde sein Wirken als Begründer der modernen Geschichtsforschung ebenso betont wie seine innovativen Beiträge zur Thematik der bürgerlichen Gesellschaft und der positiven Demokratietheorie. Die Werke, die dabei in den Fokus der Betrachtung gerieten, waren die »Discorsi« und die »Geschichte von Florenz«. Es wird also gesagt werden können, dass die Geschichtswissenschaften und die Politologie auf ihren jeweils spezifischen Arbeitsfeldern eine Neubestimmung des Theoriegebäudes von Machiavelli vorgenommen haben, die den populären Vorurteilen durchaus antagonistisch gegenübersteht. Und dennoch, auch wenn die bereits genannten Hauptwerke der politischen Philosophie Machiavellis als relativ gut erforscht gelten können, bleibt doch nach wie vor das Problem der verzerrenden Wahrnehmung aktuell.

Zu seinen Lebzeiten war Machiavelli nämlich nicht als politischer Theoretiker bekannt, sondern vielmehr – neben seiner von 1498 bis 1512 dauernden politischen Karriere – als Literat und Dichter. Dirk Hoeges hat nun in einer beachtlichen Edition die Gedichte Machiavellis in einer zweisprachigen Ausgabe vorgelegt, die auch bei der Präsentation der Texte neue und originelle Wege geht. Denn die einzelnen Schriften Machiavellis wurden von Hoeges in begleitende Kommentare und interpretierende Texte eingebettet, die nicht nur als Einführungen fungieren, sondern gleichzeitig die Lesbarkeit und Verständlichkeit eindeutig verbessern. Hoeges geht bei seiner Darstellung davon aus, dass sich Machiavelli Zeit seines Lebens als Dichter verstand: Eine These, die zutreffend ist, allerdings insofern eingeschränkt werden sollte, als der Start seiner politischen Laufbahn von ihm durchaus als Auftakt einer möglicherweise verheißungsvollen Karriere verstanden wurde, so dass seine poetische Veranlagung in den Hintergrund geriet. Weitaus wichtiger für das Machiavelli-Bild Hoeges' ist allerdings seine zweite These, der vollständig zuzustimmen ist. Machiavellis poetische Schriften dürften nicht auf ihre politisch-ideengeschichtlichen Dimensionen reduziert werden, es komme ihnen vielmehr ein eigener literarischer Wert zu. Diese Beobachtung wurde mit Blick auf Machiavellis historische Schriften und die dabei

von ihm verwendeten Methoden bereits wirkungsvoll zur Geltung gebracht. Daher ist es kaum überraschend, dass Hoeges der Nachweis gelingt, dass Machiavelli auch auf dem weiten Gebiet der Literatur und Poetik innovative Potenziale entfaltete, die für sich selbst stehen.

Hoeges kommt das Verdienst zu, einen weiteren und wichtigen Baustein zu einem modernen Machiavelli-Bild geliefert zu haben, das nicht mehr in der eindimensionalen Interpretation verankert ist, sondern Machiavelli in seinem Facettenreichtum wahrnimmt: Als politischen Theoretiker, als Historiker, als Staatsmann und als Dichter. Dass sich diese unterschiedlichen Aspekte seines Lebens und Schaffens überlappen, sich gegenseitig bedingen und nur in ihren Verzahnungen interpretiert werden sollten, versteht sich von selbst. Dem Leser steht dank Hoeges nun die Möglichkeit zur Verfügung, einen Schriftsteller der italienischen Renaissance neu zu entdecken und auf diese Weise einen Machiavelli kennen zu lernen, der eine wesentliche Eigenschaft besaß, die ihm so bisher nicht zugeschrieben wurde: Er konnte über sich selbst lachen.

ANDREAS HEYER

Andreas Elter:
Propaganda der Tat.
Die RAF und die Medien,
Suhrkamp Frankfurt/M. 2008,
288 S. (10 €)

Was kommt heraus, wenn sich in einer Person ein profunder Historiker und ein theoretisch wie praktisch bewanderter Kommunikationswissenschaftler antreffen lassen? Ein ausgesprochen aktuelles Brevier über Terroristen und ihre (jeweiligen) Kommunikationsstrategien; dies jedenfalls bei Andreas Elters neuestem Buch, in dem er viele überraschende Erkenntnisse in überzeugendem Stil vermittelt.

Man muss dem Autor bescheinigen, dass er verblüffend kenntnisreich (350 Autoren weist allein das Literaturverzeichnis aus) an das zentrale Thema des Buches herangeht, an die Frage nämlich: »Welche Kommunikationsstrategien verfolgten die RAF-Gruppen der ersten, zweiten und dritten Generation?«

Er zeigt in einer spannenden Analyse (auf den ersten 70 Seiten) den Werdegang von Terrorismus über die letzten drei Jahrtausende, räumt also (so ganz nebenher, nein: schon gezielt) mit dem Vorurteil auf, das sei eine neue Qualität und aus dem 21. Jahrhundert – dies schon einmal ins Stammbuch der Fleißig-Talker, Kommentatoren und CDU-Wahlkämpfer.

Seine Darstellungen sind sämtlich akribisch, quellengenau und verbürgt.

Dabei ist er stets wohltuend bestrebt, die Fakten vorzulegen, jedoch endgültige Bewertungen eher zurückhaltend auszusprechen – manches war eben auch ihm nicht vollständig zugänglich oder muss aus indirekten Zeugnissen gemutmaßt werden.

Auch wenn er über die Beziehung von Dynamit und Massen(drucker)presse schreibt, höchst Erhellendes zu Bakunin und Kropotkin nennt und darauf verweist, dass es früher eben der Dolch (als Mordwerkzeug der Assasinen z. B.) und keine Flugzeuge (zum Anschlag auf die *twin towers*) gab und vieles anderes referiert (Tyrannenmord als gottgefällig, die Terroristen von gestern sind die Staatslenker von heute und morgen ...).

Im Zentrum steht die *Propaganda der Tat* (nicht des Wortes) als Mittel – vor allem der RAF –, Geschehnisse zu inszenieren, die die Medien zwangsläufig dazu veranlassen mussten, darüber zu berichten. Weil die Taten ungeheuerlich waren, Schrecken verbreiteten, Menschenleben kosten, Staatsdiener oder Edelkapitalisten bestrafen, weil sie zum Überbringer der RAF-Botschaften regelrecht einbestellt wurden, weil ihnen die Geiselschaften per Polaroidfoto oder Videoband förmlich in den Briefkasten expliziert wurden.

Immer bemüht, die Gesetzmäßigkeiten im konkreten politischen Geschehen (»Laßt Taten sprechen!«) aufzuzeigen, weist er – für mich stringent – nach, dass die Geschichte der deutschen Terrorgruppe RAF am besten beurteilt werden kann, wenn man der Eskalationshypothese zustimmt: Sie traten mit unerhörten Taten an, die nur zur Verhaftung und Krise führten. Aus der brachen sie aus mit noch ungeheuerlicheren Taten (Fallenlassen der Differenzierungsthese: keine unschuldigen Opfer als Kollateralschäden!), allerdings immer hoffend, dass die Staatsmacht die Steigerungen mitgehen würde und sich so selbst desavouiert.

Dem diene das Bemühen der RAF-Köpfe, den Mythos von der Vernichtungshaft und dem der Isolationsfolter möglichst tief zu kommunizieren. Das – so Elter – ist allerdings nicht aufgegangen; ob mangels tatsächlicher Vorkommnisse, »verstopfter« Quellen, gehöriger Staatsräson oder unglaublicher Interpretationen aus zweiter Hand, bleibt nach meiner Lesart (wohl klugerweise?) offen.

Gescheitert ist die gewaltigste politische Erschütterung der frühen Bundesrepublik, auch das kann Elter plausibel mit Selbst- und Fremdzeugnissen belegen, an der Tatsache, dass sie glaubten, ein empörtes Volk auf die Barrikaden rufen zu können. Es waren aber kaum Barrikaden da, es war vor allem kein Volk da gewesen, das auf irgendein Signal, Fanal oder Propaganda der Todesfakten zu warten schien.

Gerade passend zum »Gedenkjahr 1968« kann man der Publikation viele weitere Details beschrieben und beurteilt finden, die vielleicht doch sonst entrückt wären und ihres förderlichen Lehr-Charakters beraubt: das Feindbild Springer, der Schah-Besuch, Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke, der Olympiaschock von München 1974, die Botschaftsbesetzung in Stockholm, die Schleyer-Entführung, der Mord an Bubka und Ponto, die Stammheim-Story usw. usf.

Insgesamt, wie erkennbar wird, ein Werk wie selten lehrreich, hilfreich, beispielhafter Journalismus.

FRANK SCHUBERT

**Peter Ullrich:
Begrenzter Universalismus.
Sozialismus, Kommunismus,
Arbeiter(innen)bewegung und
ihr schwieriges Verhältnis zu
Judentum und Nahostkonflikt.
Aphorisma Berlin 2007, 50 S.
(5 €)**

Wenn es in der jüngsten politischer Literatur linker Provenienz an einem nicht gefehlt hat, dann an Veröffentlichungen zum Verhältnis »der« Linken zu Israel, den Palästinensern,

dabei vor allem aber zu sich selbst. Politische Analyse und die Bereitstellung neuerer Hintergründe schienen dabei nicht so sehr gefragt wie Selbstbespiegelung und -verortung von einzelnen Autoren, politischen Gruppen und Verlagen. Veröffentlichungen zu politischen Entwicklungen im Nahen Osten etwa erfüllten mitunter die Funktion von Glaubensbekenntnissen, sei es zur »moralische(n) Verteidigung von Israels Kriegen« (Konkret-Verlag) oder aber radikalen Kritik an »Israels Krieg gegen die Hisbollah im Libanon« (Edition Nautilus)¹. Staub aufzuwirbeln vermochten Abhandlungen zur Geschichte der bzw. zur Abrechnung mit »den« Antideutschen.² Der Leipziger Soziologe Peter Ullrich, Jahrgang 1976, legt nun mit dem im Berliner Aphorisma-Verlag (Reihe: Kleine Texte) erschienenen Bändchen »Begrenzter Universalismus« eine kurze Geschichte des vom Autor als schwierig definierten Verhältnisses von »Sozialismus, Kommunismus und Arbeiter(innen)bewegung« zu »Judentum und Nahostkonflikt« vor und gewährt uns zudem Einblicke in seine Promotionschrift (»Die Linke, Israel und Palästina. Diskursive Gelegenheitsstrukturen und die linken Nahostdiskurse in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland«)³.

Um Bekenntnisdruck geht es Peter Ullrich nicht, und doch ist die Lektüre seines Bandes dafür geeignet, eine neue Art von Standortbestimmung innerhalb linker Kontexte und Kreise zu betreiben. Denn »immer wieder in der Geschichte waren Linke der Versuchung ausgesetzt, ihr universalistisches Ideal, die Befreiung *aller* Menschen von Ausbeutung, Unterdrückung und Herrschaft, aufzugeben« (S. 7) – besonders dann, so möchte man unterstützend ergänzen, wenn es darum ging, die je eigene Position in Abgrenzung von anderen als moralisch, intellektuell, politisch korrekt auszuweisen.

Hans Magnus Enzensberger befand im Kontext der Fatwa, die 1989 über den britisch-indischen Schriftsteller Salman Rushdie von Seiten der iranischen Regierung verhängt worden war: »Ich glaube, dass man es sich besonders in Deutschland nicht leisten kann, solche Dinge wie die Freiheit der Presse und Meinungsäußerung in Frage zu stellen. Wir können uns das nicht leisten, und wir wollen uns das nicht leisten. Also keine Diskussion

über Kulturrelativismus in diesem Zusammenhang.«⁴ Der Stimmen jener, die sich im Gewande emanzipatorischer Ideen aufmachen, der Freiheit das fürchten zu lehren, gibt es viele. Lothar Baier nannte es 1990 eine »sich aus der Nazi-Lektion nährende bundesdeutsche Prinzipienfestigkeit gegenüber den demokratischen Werten«, die »vor lauter Angst, im falschen Moment nachgiebig zu erscheinen«, den »Raum der Diskussionsfreiheit verengt« habe. Mit Blick auf die Rushdie-Kontroverse gab Baier zu bedenken: »Im Vergleich mit der Bundesrepublik ist die britische Diskussion viel freier, weil kontroverser geführt worden, obwohl Großbritannien Schauplatz heftiger öffentlicher Proteste gegen Rushdie und seinen Verlag Penguin-Viking war. In unmittelbarer Nachbarschaft mit dem bedrohten Rushdie hat sich erstaunlicherweise viel weniger Korpsgeist gebildet, der die Affäre en bloc verhandelt.«⁵

Wie ist es innerhalb der Linken bei Fragen des Verhältnisses zu Jüdinnen und Juden zu Haltungen gekommen, die einen Korpsgeist dieser Provenienz atmeten? Wie verhielt es sich mit dem Verhältnis zum Zionismus? Wie mit Antisemitismus? Angefangen bei Marx sowie der klassischen Sozialdemokratie, über Bolschewismus bzw. Stalinismus (vor allem mit Blick auf KPD und SED) bis zur Vierten Internationale und Neuen Linken, liefert Ullrich Erhellendes.

Das Ergebnis: Antisemitismus und Sozialismus gehören keineswegs unweigerlich zusammen, aber Antisemitismus darf nicht übergangen werden als Teil der ganzen Geschichte der Linken. Der in links-sozialistischen Kreisen verfochtene Universalismus kam vielfach dann ins Trudeln, wenn zu bekämpfende Strukturen in Personen bzw. Personengruppen umgedeutet wurden. Universalismus wurde zur hohlen Phrase, sobald sozialistische Akteure nationalistisch-partikularistische Strategien und Ziele verfolgten. »Der klassenkampfbasierte Universalismus von Marx und Engels war zumindest internationalistisch, wenn nicht sogar antinational. Die Crux besteht jedoch darin, dass auf der Basis auch in der Arbeiter(innen)bewegung bestehender Vorstellungen und weiterverbreiteter Vorurteile über die Lage und Rolle der Jüdinnen und Juden, diese traditionell mehr als alle an-

deren des burgeoisen nationalistischen Partikularismus geziehen und für eigene nationale Bestrebungen kritisiert wurden« (S. 13 f.). Universalismus wurde zu Grabe getragen, wenn Antisemitismus – zumal eigener – unterschätzt bzw. bereitwillig benutzt wurden, zur Ausschaltung (vermeintlicher) Feinde bzw. wenn es um eine möglichst ideologisch-korrekte Interpretierung der jeweiligen Weltlage ging. Ullrich verweist u. a. auf die Säuberungen der Jahre 1952/53, dem wohl »dunkelsten Kapitel der Benachteiligung von Jüdinnen und Juden in der DDR« (S. 24). Auch in anderen Staaten des damals noch jungen Warschauer Pakts machte sich der Umstand bemerkbar, dass »Antizionismus und Antisemitismus [...] am Beginn der 50er Jahre zu »prägnanten Komponenten Stalinscher Politik« geworden waren und mit dazu beitragen sollten, »die Unzufriedenheit der Bevölkerungen der Volksdemokratien auf jüdische Kommunist(inne)n (zu) lenken« (S. 25). Die Geschichte links-sozialistischer Modelle und Traditionen, das macht Ullrich deutlich, hat vieles dazu beigetragen, dass Juden marginalisiert oder aber in ihrer Präsenz als problematisch dargestellt wurden bzw. zum Zweck der Aktivierung diverser Projektionsmechanismen missbraucht wurden. Ob aus klassenkämpferischen Motiven (Juden als Verkörperungen des raffenden Kapitalismus) oder aus geschichtspolitischen Erwägungen heraus (Juden als eine von vielen Opfergruppen des Nationalsozialismus', aus denen allein die sogenannten Antifaschisten herausragten), sei es, weil der Staat Israel in Zeiten des Kalten Krieges per se als Brückenkopf eines westlichen Imperialismus zu gelten hatte, so dass man bei der Differenzierung von Antizionismus und Antisemitismus zunehmend großzügig wurde. Ullrich weist dabei nach, dass sich ein solcherlei begrenzter Universalismus nicht allein auf die autoritäre Linke beschränken lässt. Sowohl die antiautoritäre Neue Linke westlicher Ausprägung ab Mitte der 1960er Jahre als auch eine von der Vierten Internationale beschrittene, trotzkistische Linie wussten etwa auf die Krise im Nahen Osten bzw. Israel-Palästina (besonders im Kontext des Sechs-Tage-Krieges 1967) vielfach nicht anders zu reagieren als mit der Bemühung eines so romantischen wie ideologisch verbohrten Freund-Feind-Schemas, das Carl Schmitt zur Ehre gereichte.

In den Texten und Blogs von Verfechtern anti-deutscher Positionen wird gern Bezug genommen auf selbstgewählte Klassiker: »Wolfgang Pohrt schrieb einmal [...], auf Eike Geisel geht die Einsicht zurück, nach welcher [...]«. Dass Peter Ullrichs Chancen auf einen Platz in der antideutschen Hall of Fame nicht eben groß sind, dafür hat er in der Vergangenheit schon gesorgt.⁶ Auch *Begrenzter Universalismus* dürfte daran nichts ändern. Zu gering scheinen bei ihm Fähigkeit und Bereitschaft zur von Lothar Baier als solcher bezeichneten »Prinzipienfestigkeit gegenüber den demokratischen Werten« (s. o.). Zu wenig plakativ seine Analyse linker Wahrnehmungen von Juden, zu kritisch seine – wenn auch vergleichsweise knappen – Einschätzungen jener sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Traditionslinien, die sich schon früh in Solidarität mit der zionistischen Bewegung bzw. mit dem Staat Israel verbunden fühlten. Dass sich in dieser Solidarität nicht bloß eine Abwehrhaltung gegenüber Antisemitismus einserseits und Bolschewismus andererseits, sondern zweifellos auch eine Art weiß gewaschener Kolonialismus ausdrückt, macht Ullrich unmissverständlich deutlich, beispielsweise wenn er auf das 1928 gegründete *Sozialistische Komitee für das arbeitende Palästina* zu sprechen kommt, deren Vertreter die zionistische Besiedlung des damaligen Mandat-Palästinas nachhaltig unterstützten und somit »für die Aufgabe der ehemals klaren Linie des Antikolonialismus und im weiteren Verlauf sogar der des Selbstbestimmungsrecht der Nationen« (S. 15) standen.

Eine Perspektive, die sich gemein macht mit dem Blickwinkel des Kolonisatoren⁷ – und dass der Zionismus als Teil des europäischen Imperialismus verstanden werden kann, ist unstrittig⁸ – und in die Perspektive des Kolonisierten bestenfalls übergeht, kann nicht als universalistisch bezeichnet werden – und das will sie auch gar nicht. Gleiches gilt für einen Anti-Imperialismus, der sich so sehr eins wähnt mit den Opfern der zionistischen Kolonisierung des historischen Palästinas, dass darüber die Shoa zur *quantité négligeable* und der Antisemitismus insgesamt im günstigsten Falle zum *blind spot* (S. 41) verkommen.

Begrenzter Universalismus, so könnte man im Anschluss an Ullrich, jene Krise beschreiben, mit der Sozialismus, Kommunismus und

Arbeiterbewegung seit jeher zu kämpfen haben. Jenes Beharren auf der eigenen Position als der vermeintlich allein Seligmachenden; jenes blindlings bereitwillige Sich-Schlagen auf die vermeintlich einzig richtige und vertretbare Seite in einem ewigen Kampf der Gezeiten, Systeme und Ideen; jene selbst gewählte Unfähigkeit, anderen zuzuhören – hier ist ein Grund für das bisherige Scheitern allzu vieler genuin linker Projekte im Laufe der Geschichte.

Begrenzter Universalismus enthält ein reichhaltiges Quellen- und Literaturverzeichnis. Rechtschreibung und Zeichensetzung bewegen sich im Rahmen der alten Regeln – so will es der Herausgeber.

Die Geschichte des Sozialismus muss im Anschluss an *Begrenzter Universalismus* sicherlich nicht neu geschrieben werden, noch hat Ullrich allzu viel Neues über den Nahostkonflikt zu berichten. Die Leistung dieses Traktats besteht in den Einblicken in linke Ideen- und Rezeptionsgeschichte gegenüber Juden, die es vermittelt, leisten sie doch wertvolle Grundlagenarbeit zum Verständnis der Geschichte des Sozialismus als furchtbar schönes Trauerspiel.

DIRK BIESTMANN-KOTTE

- 1 Vgl. Yaacov Lozowick: Israels Existenzkampf. Eine moralische Verteidigung seiner Kriege, Hamburg 2006, sowie Gilbert Achcar, Michahel Warschawski: Der 33-Tage-Krieg. Israels Krieg gegen die Hisbollah im Libanon und seine Folgen, Hamburg 2006.
- 2 Gerade in diesem Punkt ist die Trefferquote in Internetsuchmaschinen geradezu kolossal! In gedruckter Form sind besonders zu nennen: Robert Kurz: Die Antideutsche Ideologie. Vom Antifaschismus zum Krisenimperialismus: Kritik des neuesten linksdeutschen Sektenwesens in seinen theoretischen Propheten, Münster 2003, bzw. Gerhard Hanloser (Hrsg.): Sie waren die Antideutschen der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004.
- 3 Siehe dazu auch: Peter Ullrich: Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden, in: UTOPIE kreativ, Heft 199 (Mai 2007).
- 4 Zitiert nach: Lothar Baier: Volk ohne Zeit. Essay über das eilige Vaterland, Berlin 1990, S. 88 f.
- 5 Ebenda, S. 91.
- 6 Vgl. etwa: Peter Ullrich: Projektionen. Der Nahostkonflikt und die antideutsche Linke, in: Marxistische Blätter Special, Israel, die Palästinenser und wir, Essen 2001, S. 105-110.
- 7 Dazu Baier (S. 94): »Offenbar ist das Bewußtsein immer noch sosehr der Tradition territorialen Denkens verhaftet, daß ihm immer die Dimension der Zeit verschlossen bleibt, in der sich die Macht der herrschenden industriellen und postindustriellen Zivilisation entfaltet.«
- 8 Vgl. hierzu: Karlheinz Schneider/Nikolaus Simon (Hrsg.): Der Zionismus und seine europäischen Wurzeln, DIAK 15, (West-)Berlin 1987.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ
zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen
Termin zum Preis von 57 € incl. Versand
(Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ
im Förderabonnement zum Preis von
75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft
zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 181 bis 200 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 51 bis 180 (soweit vorrätig)
zum Preis von je 1 €
(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr,
wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des
Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.
Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen
widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

WOLFGANG BEUTIN

Kurt Hiller's Early Expressionism

Literary Beginnings and the »New Club« (1909-1913)

Kurt Hiller (1885-1972) was the – nearly forgotten – cofounder and theoretician of early expressionism and the »Berliner Moderne«, which contributed to five currents of European modern art: naturalism, neo-romanticism (aestheticism, fin de siècle, decadence, symbolism, impressionism, art nouveau), expressionism (also early expressionism), proletarian revolutionary art and new sobriety. Kurt Hiller's volume is, to a large extent, comprised of previously hardly accessible glosses, essays, speeches, aphorisms, critiques and pamphlets. There exists neither a »complete works« nor a representative »selected works« of Hiller's. Hiller was arrested in 1933 and badly tormented in several concentration camps. In 1934, he was able to flee into exile, first to Prague then later to London. He returned to Germany in 1955 and lived in Hamburg until his death.

MEINHARD CREYDT

Intellectual and Social Work – Professional Activities as a Subject of Critical Reflection

Criticism of the substance of professional activities (in the health and educational systems, the sciences and in social work) is currently a very neglected focus of left-wing attention. It was different in West Germany of the 1970^s. This article recalls to mind the extent of the debate at the time, exposes some of the issues and authors, localizes work-related expectations within the capitalist contradictions and pursues the question of why criticism of the substance of professional activities has become so mute. Criticism of the professions pertaining to the whole of society lost significance in the 1980^s. How participants will be able to work in a diligent and efficient manner, conscious of the prerequisites and impact, is of primary concern to every socialist perspective.

GARNET HELEN BRÄUNIG

Constrained and Social Labor – A Contradiction In Itself?

Social work is commonly accepted as a human rights profession, even though it is characterized by its three-fold mandate – to its clients, its sponsors and to its professional standards. Can social work sufficiently fulfill all these demands or does it remain confined within the constraints imposed by society? Vis à vis the contradictions in the society, does it activate or neutralize the clients' protest potential? This essay handles the biggest problem confronting social work – the work in the context of constraints.

RICHARD SORG

Social Conditions and Social Policy in Germany

This text introduces the book »Social Policy and Social Conditions in Germany«, by Gerhard Bäcker, Gerhard Naegele, Reinhard Bispinck, Klaus

Hofemann and Jennifer Neubauer, that was republished in 2008, in a fundamentally revised and extended fourth edition. This standard reference work for social policy contains analyses and presentations to all aspects of social policy, from the social situation to social services in Germany. With its exceptional quality and high degree of practical value, its numerous informative summaries and data, this work could qualify as an infrastructure of knowledge for the entire social sector.

HEERKE HUMMEL

Commodity Value, Where Did It Go?

For a theoretical reconstruction of the laws of economic movement in contemporary capitalist society, the focus is on Karl Marx' theory of value and the development of the form of value. Today one has to speak of a new – the finance – form of value. The value of the commodity or product is no longer represented in its utility value of the common monetary commodity, gold, but rather in a finance certificate. Money, as value, has been dissolved into the general promise of supply of goods and services, its sociability has been completed. Inside the womb of the old, the new has developed, requiring simply an adaptation of its superstructure to the material economic basis.

STEFAN MÜLLER

Reflections on Dialectics

Arguments for a Revival of the Discussion

Dialectics has been discussed in philosophy for nearly 2,500 years and is still a very controversial topic. How can contradictory elements be considered together, how can they be brought into harmony with one another when they are contradictory? That is the main problem with any dialectical theory. Hegel's observations on dialectics are presented here along with the positions of his critics. Adorno demonstrates in his »Ideology-Critic« the simultaneity of »true« and »false« elements in ideology, as well as the tireless insistence that an objective truth exists.

JÜRGEN MEIER

Stalinism's Long Shadow

It is imperative to clear up the source from which Stalin's shadow is cast, if the current capitalist dismantlement of the social system is to be confronted with a broad front and if the various groups of wage workers are to be united around the objective of a socialist society. »Socialism in a single country« was the core from which Stalinism and its violent implementation developed. Under Stalin, Russia became a great industrial power. A well fortified Russian state monopolism developed. Socialism was never achieved in Russia. It remained a state monopolism, with all of its alienation and crimes.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.),
Redaktionsassistentz: HARRY ADLER

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 180:	je	1 €
Heft 181 bis 200	je	2,50 €